

# Backnang von 1933 bis 1939

## Untersuchungen zu den Friedensjahren des Dritten Reiches in einer württembergischen Industriestadt

Von Gérard Heinz

### 1. Allgemeines

Die nachfolgende Abhandlung über Backnang in den Jahren 1933 – 1939 basiert auf einer im Juni 1993 an der Universität Nizza – Sophia Antipolis bei Prof. Dr. Ralph Schor eingereichten Magisterarbeit im Fach Geschichte (Mémoire de maîtrise d'Histoire) mit dem Titel „Backnang de 1933 à 1939. Etude d'une petite ville du Württemberg sous le IIIème Reich“. Allerdings unterscheidet sich der im folgenden abgedruckte Text erheblich von der französischen Urfassung. So konnten umfangreiche Passagen weggelassen werden, namentlich solche, die dem französischen Leser allgemeine landeskundliche Informationen über Backnang und Württemberg geben. Auch wurden in den deutschen Text solche Aussagen nicht übernommen, die in Deutschland allgemein Bekanntes über Amtstitel, Verwaltungsbezeichnungen, Parteien etc. enthalten. Für den französischen Leser mußte dies dagegen eigens erläutert werden.

Die Übersetzung des Textes besorgte Monika Fahrner-Fritz. Im übrigen wurde der Text im Zuge der Übersetzung von Gerhard Fritz überarbeitet; in einer Reihe von Fällen wurden in Absprache mit dem Autor zwischenzeitlich

bekanntgewordene neue Informationen zusätzlich aufgenommen. Neu eingefügt wurde der Abschnitt über den Forschungsstand. Das System der Anmerkungen bzw. Fußnoten wurde dem im Backnanger Jahrbuch Üblichen angepaßt.

#### 1.1 Der Stand der Forschung

Die Erforschung der NS-Zeit auf lokaler Ebene in Südwestdeutschland hat schon seit geraumer Zeit eine gewisse Tradition. Mittlerweile sind etliche Einzeluntersuchungen erschienen,<sup>1</sup> es kann aber noch keine Rede davon sein, daß das Land flächendeckend untersucht wäre. Die meisten südwestdeutschen Städte und Gemeinden sind, was die Erforschung ihrer NS-Geschichte angeht, immer noch weiße Flecken.

Dies gilt im wesentlichen auch für Backnang. Es gibt lediglich einige Beiträge zum Beginn und zum Ende der NS-Zeit in Backnang und Umgebung. So wurden bereits die lokalen Wahlergebnisse und Ereignisse gegen Ende der Weimarer Zeit und zu Beginn des Dritten Reiches untersucht. Außerdem gibt es eine mäßig ergiebige, unveröffentlichte Schülerarbeit zum Beginn des Dritten Reiches.<sup>2</sup> Umfangreicher ist die Literatur zu den letzten Tagen der

<sup>1</sup> Vgl. als eine der ersten umfassenden Arbeiten Paul Sauer: Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus. Ulm 1975. Zu beachten sind insbesondere die grundlegenden Arbeiten von Thomas Schnabel: Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Stuttgart 1982 (= Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 6) und ders.: Württemberg zwischen Bonn und Weimar 1928 – 1945/46. Stuttgart 1986 (= Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 13). Aus der mittlerweile großen Zahl der rein lokalen Arbeiten sei insbesondere genannt: Roland Müller: Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus. Stuttgart 1988, aus der Umgebung Backnangs die in Entstehung befindliche Arbeit von Barbara Hamerschmitt über Schorndorf z. Z. des Nationalsozialismus, ferner für Städte, deren Größe Backnang ungefähr vergleichbar ist: Heidenheim zwischen Hakenkreuz und Heidenkopf. Eine lokale Dokumentation zur Nazi-Zeit. Hrsg. v. Heiner Kleinschmidt und Jürgen Bohnert. Heidenheim 1983; Göppingen unterm Hakenkreuz. Projektleitung Karl-Heinz Rueß. Göppingen 1994 (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Göppingen 32); Gerd Hübel und Uwe Klein: Die nationalsozialistische Machtergreifung auf lokaler Ebene. – In: „Aufwiegler, Rebellen, saubere Buben“. Alltag in Botnang. Geschichte eines Stuttgarter Stadtteils. Mit Beiträgen von Andreas Gestrich u. a. Stuttgart 1994 (= Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Stuttgart 63), S. 315 – 357.

<sup>2</sup> Gerhard Fritz: Die „Machtergreifung“ im Spiegel der Zahlen, Reichstagswahlen und Wahlkämpfe am Ende der Weimarer Republik und im oberen Murrtaal. – In: einst + jetzt. Heimatbeilage der Murrhardter Zeitung 2, Nr. 6, 1983, S. 77 – 83. Brigitte Reiser u. a.: Die Anfänge der NS-Herrschaft (in Backnang und Umgebung; Literatur, Interviews; Beitrag einer 10. Klasse des Gymnasiums in der Taus Backnang zum Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten, Wettbewerb 1980/81; Betreuer: Heimo Schulreich). Erwähnenswert auch: Der demokratische Neubeginn 1945/46 in Backnang unter Berücksichtigung der Initiativen aus Stuttgart. (= Beitrag der Klasse 11b des Max-Born-Gymnasiums Backnang zum Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten, ca. 1975/80, Betreuer: Rolf Königstein.) Diese Arbeit geht ebenfalls auf die Verhältnisse um 1933 ein.

NS-Zeit, wo bisher mehrere Autoren aktiv geworden sind.<sup>1</sup> Gut aufgearbeitet ist die Geschichte des Backnanger Gymnasiums in der NS-Zeit.<sup>2</sup> Ansonsten gibt es lediglich einige wenige Untersuchungen zu militärischen Einzelfragen des Zweiten Weltkrieges in Backnang.<sup>3</sup> Fragen des Widerstands gegen das NS-Regime werden cursorisch und z. T. mit falschen Fakten im *Heimatgeschichtlichen Wegweiser zu Stätten des Widerstands und der Verfolgung 1933 – 1945 behandelt*.<sup>4</sup> Die Forschungslücken für Backnang in der NS-Zeit sind indessen sicher nicht auf bewußtes Aussparen oder absichtliches Verschweigen zurückzuführen, sondern auf eine z. T. recht komplizierte Quellenlage, die eine Bearbeitung der in Frage kommenden Epoche zu einem höchst zeitaufwendigen und komplexen Unternehmen macht.<sup>5</sup>

## 1.2 Die Quellen

### 1.2.1 Gedruckte Quellen

Als wichtigste gedruckte Quelle für die uns interessierende Zeit ist der „Murrthal-Bote“ zu nennen. Der „Murrthal-Bote“ ist seit 1832 die Tageszeitung von Backnang und seiner Region. Auch wenn die Backnanger gelegentlich andere Zeitungen lasen, blieb der „Murrthal-Bote“ trotzdem die üblichste und am weitesten verbreitete Informationsquelle. Zu Beginn der 30er Jahre erhielt der „Murrthal-Bote“ seine überregionalen Berichte vom Hugenberg-Konzern. Hugenberg war der Führer der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und der Inhaber des mächtigsten Pressekonzerns in Deutschland. Gemäß der politischen Ausrichtung Hugenberg

waren die Nachrichten im Mantelteil des „Murrthal-Boten“ mehr oder weniger deutlich ultra-rechtskonservativ ausgerichtet. Am 1. August 1933 wurde der „Murrthal-Bote“ in die nationalsozialistische Presse integriert und erschien seitdem mit dem Untertitel „Nationalsozialistische Tageszeitung“.

Der „Murrthal-Bote“ ist in Form von halbjahresweise gebundenen Bänden vorhanden, welche sich im Stadtarchiv Backnang befinden. Ausgewertet wurden die Bände vom ersten Halbjahr 1933 bis zum zweiten Halbjahr 1939. Der Erhaltungszustand war von Band zu Band sehr verschieden. Die Zeitungsbinden waren etwa 15 Jahre lang auf dem Dachboden einer Backnanger Schule ohne jeden Schutz gelagert. Daher fehlen einige Seiten. Mit freundlicher Genehmigung des Verlags Strohm, der die Nachfolger-Zeitung des „Murrthal-Boten“, die heutige „Backnanger Kreiszeitung“ herausgibt, war es möglich, die fehlenden Seiten im Privatarchiv des Verlages einzusehen.

Der Quellenwert des „Murrthal-Boten“ ist mittelmäßig. Interessant ist, daß die Zeitung, welche durch die Gleichschaltung der Presse mehr ein Propaganda- als ein Informationsmittel geworden war, wenige für uns relevante Informationen brachte. Von Zeit zu Zeit erschien ein interessanter Artikel oder einige die Stadtverwaltung betreffenden Statistiken. Diese sind allerdings mit Vorsicht zu behandeln.

### 1.2.2 Ungedruckte Quellen/Archive

Das Staatsarchiv Ludwigsburg und das Hauptstaatsarchiv Stuttgart haben für unsere Untersuchung große Bedeutung. Dabei konnten wir uns – abgesehen von einem Bestand

<sup>1</sup> Gerhard Fritz und Mathias Klink: Vor 40 Jahren: Ende des 2. Weltkriegs im oberen Murrthal. – In: ebd., 4, Nr. 3 – 5, S. 217 – 236. – Eugen Wohlfarth: Die Backnanger Widerstandsbewegung gegen die Nazis. – In: Schriftenreihe des Heimat- und Kunstvereins Backnang 5, 1986, S. 153 – 168. – Zu den letzten Kriegstagen 1945 in Backnang. Aufzeichnungen aus einem Tagebuch von Karl Bruder, hrsg. v. Adelheid Bruder. – In: ebd., 6, 1988, S. 203 – 215. – Richard Coppentrath: Lebenslauf meines Vaters Richard Coppentrath. Die Backnanger Widerstandsgruppe ist nicht politisch zu sehen. – In: ebd., 5, 216f.

<sup>2</sup> Rolf Königstein: Von der Realschule zum Gymnasium. – In: 450 Jahre Lateinschule Backnang. Jubiläumsschrift des Max-Börn-Gymnasiums Backnang, Backnang 1989, S. 42 – 70.

<sup>3</sup> Klaus Loderer: Aus dem Luftschutz-Kriegstagebuch der Stadt Backnang. – In: Backnanger Stadtarchiv. Mitteilungen und Berichte 13, Nr. 2, 1985, S. 3 – 19. – Ders.: Die Aufstellung des Volkssturms. – Der Einmarsch der Amerikaner in den Kreis Backnang – Die Zeit nach der Besetzung. – In: ebd., 13, Nr. 3, 1985, S. 3 – 21.

<sup>4</sup> Hrsg. v. Studienkreis Deutscher Widerstand, Redaktion: Ursula Krause-Schmitt u. a. Bd. 5: Baden-Württemberg 1. Regierungsbezirke Karlsruhe und Stuttgart. Frankfurt/M. 1991, S. 277f, 282f.

<sup>5</sup> Es sei in diesem Zusammenhang auch darauf hingewiesen, daß mittlerweile schon eine ganze Reihe von Versuchen der Geschichts-Leistungskurse des Heinrich-von-Zügel-Gymnasiums Murrhardt, die NS-Zeit für Murrhardt aufzuarbeiten, an den Schwierigkeiten der Quellenlage weitgehend ergebnislos gescheitert sind. Vgl. zum letzten Anlauf der Murrhardter Schüler und zu dessen dürftigen Ergebnissen den Artikel „Spurensuche mit Hindernissen“, in: Murrhardter Zeitung vom 20. 9. 1993. Am selben Thema hatte sich u. a. auch eine Murrhardter Schülergruppe im Jahre 1981/82 versucht. Damals waren unter Leitung von Hans-Dieter Bienert und Gernot Gruber immerhin in der Murrhardter Schülerzeitung „Heumade“ unter dem Titel „Murrhardt unter dem Hakenkreuz“ 22 DIN-A5-Seiten mit fotokopierten Zeitungsannoncen aus der NS-Zeit und einigen kommentierenden Texten allgemeiner Art zu Papier gekommen. Zweifellos sind Schüler von der Komplexität des Stoffes bei weitem überfordert, und umfassende Themenstellungen in der Art von „Die Stadt X im 3. Reich“ sind für Schüler nicht angemessen.

über die Verwaltung in Württemberg von 1935 bis 1940 im Hauptstaatsarchiv Stuttgart – hauptsächlich auf die Bestände des Staatsarchivs Ludwigsburg konzentrieren. Dort befindet sich der größte Teil der Quellen, welche Ende des Zweiten Weltkrieges nicht zerstört worden waren. Ferner wurden Quellen aus dem Backnanger Amtsgericht herangezogen. Diese befassen sich mit der Strafverfolgung politischer Gewalttaten (Zusammenstöße, Schlägereien und Verletzungen, Waffenbesitz usw.). Die Quelle war ausgesprochen aufschlußreich.

Eine einzelne Quelle über die Nationalpolitische Erziehungsanstalt Backnang (NPEA) war ohne größere Bedeutung. Weitere Quellen zur NSDAP im Oberamt (bis 1938) bzw. Kreis (seit 1938) Backnang waren, vor allem was Parteifunktionäre angeht, sehr ergiebig.

Eine wichtige Quellengruppe sind schließlich die Entnazifizierungsakten oder, korrekter, die „Spruchkammerakten“. Sie lieferten wesentliche Informationen. Leider konnten weitere Akten über die Entnazifizierung nicht herangezogen werden, weil ein Teil von ihnen neu geordnet wurde. Der Quellenwert der Spruchkammerakten war in fast allen Fällen bemerkenswert.

Das Backnanger Evangelische Dekanatsarchiv enthält für unser Thema Quellen von größter Bedeutung. Sie betreffen v. a. das Innenleben der Kirche sowie deren Verhältnisse zu Staat und Partei. Eine große Rolle spielt in diesen Quellen der Konflikt zwischen dem Regime und der Evangelischen Kirche, der sogenannte Kirchenkampf. Erschwerend war, daß die kirchlichen Quellen wegen der damals verwendeten Sütterlinschrift manchmal schwer lesbar waren.

Aus dem Stadtarchiv Backnang wurden mehrere Quellen zum Dritten Reich hinzugezogen. Über den Leiter des Archivs konnten Kontakte mit Zeugen hergestellt werden. Außerdem verschaffte er Zugang zu einigen schriftlichen Quellen (Autobiographien), die ohne vorherige Erlaubnis der betreffenden Familien nicht eingesehen werden durften.

### 1.2.3 Zeitzeugen

Es wurden 24 Personen mündlich befragt. Dazu kommen noch einige in schriftlicher Form vorliegende Aussagen, meist von mittlerweile verstorbenen Personen. Die Treffen mit den Zeugen spielten sich in einer besonders

freundlichen, ja sogar herzlichen Atmosphäre ab. Dennoch sind die Zeugen von unterschiedlichem Wert. Einige Zeugen verfügten über sehr wichtige und sehr genaue Informationen. Andere Zeugen waren allgemeiner und berichteten über den allgemeinen Zeitgeist der Epoche. Da das Gedächtnis ein ziemlicher Unsicherheitsfaktor war, müssen diese Zeugen sehr kritisch gesehen werden. Dennoch stellen sie eine wichtige Quelle dar. Man muß betonen, daß fast alle der befragten Zeugen ebenso wie die Familien der Personen, die eine schriftliche Zeugenaussage gemacht haben, darum gebeten haben, daß ihr Name nicht erscheint. Wir beschränken uns demnach darauf, die Anfangsbuchstaben dieser Personen zu nennen ebenso wie das Datum des Treffens. Nur dort, wo die Nennung des Namens der Befragten gestattet wurde, geben wir den vollen Namen an.

## 2. Das gesellschaftliche Leben in Backnang 1933 – 1939

### 2.1 Die Zeit vor dem 30. Januar 1933

#### 2.1.1 Die ablehnende Haltung gegen Weimar

Wenn man die vorhandenen Quellen auswertet – meist handelt es sich um mündliche Zeugenbefragungen, manchmal auch um schriftlich dokumentierte Zeugenaussagen –, dann hat man den Eindruck, daß vor dem 30. Januar 1933 allgemein eine tiefe Unzufriedenheit herrschte. Die befragten Zeugen, die zu der Zeit meistens zwischen 10 und 15 Jahre alt waren, erinnern sich eindrücklich an die Unzufriedenheit und Depression dieser Jahre. Der Friedensvertrag von Versailles erscheint geradezu als Trauma, das das Selbstwertgefühl der befragten Personen tief verletzt hatte. Nicht wenige lasteten – ganz unberechtigterweise – der Weimarer Republik diesen Diktatfrieden der Siegermächte des Ersten Weltkrieges an. Es gibt bei vielen Zeugen wenige detaillierte Erinnerungen, aber man spürt bei allen Zeugen eine eindrückliche Beklommenheit, ja teilweise geradezu eine tiefsitzende Angst, wenn man an diese Periode erinnert. Es werden die verschiedensten Eindrücke, oft verwirrende und ver-



*Abb. 1: Backnang am 27. 7. 1933 aus der Luft, gesehen von Nordwesten.*

wirte Gefühle mitgeteilt, es handelt sich um eine seltsame Art der Erinnerung, die gelegentlich freiwillig verschwommen erscheint. Man hat nicht selten das Gefühl, die Erinnerungen seien insbesondere deshalb so ungenau, weil man von den unangenehmen Erlebnissen möglichst wenig im Gedächtnis behalten wollte. Ein regelrechter psychologisch leicht verständlicher Verdrängungsprozeß scheint hier stattgefunden zu haben. Die Erinnerung an diese Periode wirkt schmerzhaft, lähmend, qualvoll. Oft suchen die Zeugen nach Worten, prüfen sich, ob sie eine Eingebung finden, die nicht kommen will. Nach einigen Minuten des Überlegens kommen dann hastige Schlußfolgerungen, die oft ganz allgemeinen Charakter haben. Auffällig ist, daß die Zeugen dem Interviewer oft zu verstehen geben, daß die Zeit nach dem 30. Januar 1933 im Gegensatz zu der dunklen Periode vorher viel klarer in ihrem Gedächtnis geblieben ist:

*Auf jeden Fall war damals alles dabei, sich selbst zu zerstören. Es gab überhaupt nichts Positives mehr.<sup>8</sup>*

Alles war Hoffnungslosigkeit und Enttäuschung. Mir läuft es heute noch kalt über den Rücken, wenn ich an diese schreckliche Zeit denke.<sup>9</sup>

Für die Bewohner Backnangs war die Ordnung der Braunhemden dem Chaos von Weimar vorzuziehen. Einer der Zeugen verwendet ein paradoxes Bild, um die zu Ende gehende Republik von Weimar zu beurteilen, das zur damaligen Zeit keinen Sinn gegeben hätte:

*Weimar? Eine Atomkatastrophe!<sup>10</sup>*

Der Eindruck tiefer Unzufriedenheit zeigt sich in der noch heute deutlich spürbaren Verbitterung über die damaligen Regierungen, die von der Bevölkerung verachtet wurden. Das „System“ war in den Augen aller Zeugen der allein Verantwortliche für das Elend Deutschlands Anfang der 30er Jahre. Jedesmal gibt es dieselben Beschuldigungen und Argumente: Die Annahme des Versailler Vertrags, das machtlose parlamentarische Regime, die unaufhörlichen politischen Kämpfe, das immense Anwachsen der Arbeitslosigkeit, die Unsicher-

heit und Angst vor paramilitärischen Organisationen und Banden, die sich ohne Unterlaß bekämpften. Das Scheitern der Weimarer Demokratie, die nicht fähig war, einen ausreichend starken Konsens herbeizuführen, um die nach der Niederlage von 1918 aus den Fugen geratene deutsche Gesellschaft zu vereinigen, hat den Zeugen ein extrem negatives Bild von den Fähigkeiten der damaligen Politiker schlechthin vermittelt. Die endlosen Streitigkeiten sogar der demokratischen Parteien untereinander hat diesen Eindruck noch verstärkt. Das Bewußtsein, daß die Demokratie überhaupt einen Wert darstellte, war auch unter den Zeugen offenbar wenig entwickelt.

*Die Demokratie? Ich habe sie mit Konrad Adenauer im Jahr 1949 entdeckt.<sup>11</sup>*

Die schwache Verankerung der Demokratie in Deutschland vor Hitlers Machtübernahme ist keine unbekannte Tatsache, ganz im Gegenteil. Es ist deshalb nicht sehr verwunderlich, daß diese distanzierte Haltung zu Weimar bei den Zeugen gleich geblieben ist, selbst 60 Jahre nach dem Untergang der Republik. Man hätte zwar erwarten können, daß Erfahrungen mit den Nationalsozialisten die Ablehnung der Weimarer Republik bei vielen Zeugen abgeschwächt haben könnte. In Wirklichkeit ist das Gegenteil eingetreten, denn die befragten Personen – und darüber hinaus sicher viele Deutsche – haben Weimar für das Aufkommen des Dritten Reiches verantwortlich gemacht. Dieses Gefühl hat bis heute überlebt und hat sich angesichts der bisher guten Gesundheit der Bundesrepublik Deutschland verstärkt.

Interessant ist, wie die Zeugen sich mit dem Vorwurf auseinandersetzen, man habe durch Passivität zum Untergang der ersten deutschen Demokratie mit beigetragen. Durchweg wird dieser Vorwurf zurückgewiesen bzw. als an den damaligen Problemen vorbeigehend betrachtet:

*Aber was konnte man verteidigen? Selbst ein überzeugter Demokrat, ein Demokrat bis in die Seele hinein, wagte nicht mehr, dieses Regime zu verteidigen. Wenn er es verteidigte, hätte er zwar gegen Hitler gekämpft, aber Weimar hatten alle schon abgeschrieben.<sup>12</sup>*

<sup>8</sup> Aussage von Frau B. am 1. 12. 1992.

<sup>9</sup> Aussage von Herrn S. am 3. 12. 1992.

<sup>10</sup> Aussage von Herrn R. am 2. 12. 1992.

<sup>11</sup> Wie vorhergehende Anm.

<sup>12</sup> Aussage von Herrn N. am 14. 12. 1992.



Abb. 2: Die Backnanger Innenstadt am 1. 7. 1933 aus der Luft.

Diese Meinung ist sicherlich extrem, denn es gab ohne Zweifel zahlreiche Deutsche, welche Weimar verteidigten und an die Demokratie glaubten.<sup>13</sup> Dennoch hatte die Mehrheit der Bevölkerung diese junge Republik zu Grabe getragen. Man glaubte ganz einfach, noch Schlimmeres könne einem nicht passieren.

### 2.1.2 Die Familien und ihr Umgang mit der Krisensituation

Die deutsche Familie während der letzten Jahre Weimars wurde in den Zeugenaussagen nicht zuletzt durch den Zwang der äußeren Umstände zusammengehalten. Die Familie befand sich in einer defensiven Haltung. Sie versuchte angesichts der beklemmenden äußeren Lage wenigstens innerhalb der Familie zu retten, was noch zu retten war. Die Zeugen, die noch sehr jung zu dieser Zeit waren, erinnern sich an schwierige Familiensituationen. Häufig stritten die Eltern sich, aber diese Auseinander-

setzungen waren keine eigentlichen Ehestreitigkeiten. Sie waren vielmehr auf die Müdigkeit und Abgespanntheit, auf den Dauerstreß zurückzuführen, die die allgemeine Situation hervorgerufen hatte:

*Ich erinnere mich sehr gut an einen Ausflug auf die Schwäbische Alb, als ein Lastwagen mit Braunhemden, der vor uns fuhr, uns nicht überholen ließ. Mein Vater war sehr wütend und meine Mutter mußte ihn beruhigen: „Du darfst dich nicht von diesen Kerlen provozieren lassen. Sie warten nur auf einen Anlaß, nämlich vom Lastwagen zu springen und uns zu belästigen.“ Und zum ersten Mal änderte mein Vater die Fahrtrichtung.<sup>14</sup>*

Diese Episode zeigt eine Gereiztheit im Hinblick auf das politische Klima. Hätte übrigens dieser Lastwagen SPD-Gruppen oder KPD-Gruppen gehört, wäre die Reaktion dieses Familienvaters wahrscheinlich dieselbe gewesen.

<sup>13</sup> Hier wäre beispielsweise die Familie Lachenmaier zu nennen. In dieser sozialdemokratischen Familie Backnangs und im Kreis ihrer politischen Genossen war der Gedanke völlig fremd, die Weimarer Republik abzulehnen (Aussage von Hermann Lachenmaier jun. am 19. 12. 1994).

<sup>14</sup> Abgedruckt in: Im Blick – Informationen vom Landesseniorenrat Baden-Württemberg, März 1992.

Die Einheit der Familie zeigte sich vor allem angesichts der schwierigen sozialen Bedingungen, denen sie ausgesetzt war. Die Position des Vaters, der eigentlich den Lebensunterhalt der Familie zu sichern gehabt hätte, wurde angesichts der häufigen Arbeitslosigkeit und ganz allgemein wegen der trostlosen wirtschaftlichen Lage schwer erschüttert. Die Kinder dieser Zeit erinnern sich, daß trotzdem – oder gerade deswegen – jeder mit anpackte, um ein ordentliches Familienleben führen zu können.

Ein eigentliches Interesse an der Politik war in den Familien der befragten Zeugen selten vorhanden. Zwar stand die Weimarer Republik allgemein in einem schlechten Ruf, aber das bedeutete, wie wir gesehen haben, nur sehr bedingt ein Interesse für die Politik. Vielmehr handelte es sich um ein allgemeines Gefühl, das die erwachsenen Personen hatten. Ein oft feststellbarer, gewisser trotziger Stolz auf die Zugehörigkeit zum deutschen Volk diente oft als Mittel, um angesichts der materiellen Nöte nicht ganz den Boden unter den Füßen zu verlieren.

*Meine Eltern waren konservativ und liberal. Aber mit dem neuen Haus, mit den Sorgen, die damit verbunden waren, dem mageren Einkommen und der Unsicherheit, was am nächsten Tag geschehen sollte, hatten sie genug zu tun. Sie hatten einfach keine Zeit mehr, sich um die Politik zu kümmern.<sup>15</sup>*

Man bezeichnete sich als konservativ oder sozialdemokratisch je nach den Überzeugungen, aber für die praktische Politik interessierte sich fast niemand. Es gab keine Perspektiven mehr, und die Eltern wußten nicht, was aus ihren Kindern werden sollte. Das tägliche Leben zeigte in vielfachen konkreten Erfahrungen, wie der Arbeitsmarkt in Backstapel und anderswo zusammenbrach. Die Massen von Arbeitslosen in den Straßen, und dieses Bild der Hoffnungslosigkeit grub sich tief in die allgemeine Erinnerung ein.

Man hat den Eindruck, daß die Familie und in ihr der Familienvater die letzte Sicherheit darstellte, den letzten sicheren Wert einer enttäuschten Gesellschaft.

Die befragten Zeugen beschrieben größtenteils ihre Väter mit einer Mischung aus Zuneigung, Gefühl, Bewunderung und tiefem Respekt. Es gab durchaus auch Familien, deren

Väter in den politischen Parteien kämpften, und in diesem Fall war das Oberhaupt der Familie wenig anwesend. Dann war es die Mutter, die die Familie führte, und sie gab den Kindern dasselbe Bild von Verantwortlichkeit und Festigkeit. In solchen politisch engagierten Familien haben sich die Zeugen ein idealistisches Bild ihres Vaters bewahrt, der sich einsetzte in einem Kampf für Werte, hinter denen auch die Kinder standen. In zwei Fällen schließlich erinnern sich Zeugen, daß ihre Eltern als Folge der Entlassung des Vaters dem Alkohol verfielen. Die Kinder mußten dann ihr Schicksal allein in die Hand nehmen, was nicht einfach war. Von diesen beiden Fällen abgesehen, kann man sagen, daß die Familie intakt, vereint und geschlossen den widrigen Umständen entgegentrat, welche den Familienvater umgaben.

## 2.2 Der Bruch zwischen Erwachsenen und Jugendlichen seit 1933

### 2.2.1 Die Erwachsenen

Die Erinnerungen an ihre Eltern von denjenigen Zeugen, welche das Erwachsenenalter im Jahre 1933 schon erreicht hatten, und derjenigen Zeugen, die zu der Zeit noch Kinder waren, stimmen in einer Weise überein:

Man empfand im Hinblick auf das Hitler-Regime durchaus ablehnende Gefühle. Andererseits gab es einen gewissen Fatalismus, und man erwartete, daß das neue Regime keine noch negativeren und schädlicheren Auswirkungen auf das tägliche Leben haben könnte. Typisch ist die Äußerung: *Es konnte uns nichts Schlimmeres als Weimar passieren!*<sup>16</sup>

Diese Personen, die geprägt waren vom Krieg, von dem als ungerecht empfundenen Friedensvertrag, von der Erfahrung schwacher Regierungen, von der Weltwirtschaftskrise, hatten keine Lust, in den Kampf gegen Hitler zu ziehen.

Dabei stellt man bei den befragten Zeugen sogar außerhalb der Kreise der Mitglieder der SPD oder der KPD, die grundsätzlich hitlerfeindlich waren, erstaunlicherweise eine allgemeine Abneigung gegen Adolf Hitler fest. Ein damals 19jähriger Zeuge erinnerte sich an eine Unterhaltung, die er 1933 mit einem Freund seiner Eltern führte:

<sup>15</sup> Aussage von Herrn N., am 14. 12. 1992.

<sup>16</sup> Aussage von Herrn N., am 14. 12. 1992.

*Dieser Freund, der ursprünglich sehr hitlerfreundlich eingestellt war, entfernte sich von Hitler und wurde zu einem Anhänger Ludendorffs. Er hat mir eine kritische Sicht der NSDAP vermittelt. Er hat mir viel erzählt, und so erinnere ich mich sehr wohl daran, in Hitler einen Demagogen gesehen zu haben. Mir war relativ klar, daß seine Politik zu einem neuen Weltkrieg führen würde, der noch fürchterlicher als der erste sein würde.<sup>17</sup>*

Die Ablehnung scheint sich seltsamerweise übrigens eher gegen die Person Hitlers gerichtet zu haben und nicht so sehr gegen den Parteiapparat der NSDAP. In einer Arbeiter-Stadt wie Backnang scheint nach den Zeugenaussagen nicht einmal das lokale Bürgertum einen allzu großen Enthusiasmus für das neue Regime gezeigt zu haben.

In Wirklichkeit handelt es sich weder um eine Ablehnung noch um eine Unterstützung Hitlers. Man hatte die Republik von Weimar eigentlich bereits begraben, und das war paradoxerweise letztlich wohl sogar einer der Gründe, die ein wenig Hoffnung machten. Die ortsansässigen sozialdemokratischen und kommunistischen Kreise, welche froh waren zu sehen, daß das Präsidial-Regime von Marschall Hindenburg sich seinem Ende zuneigte, stellten sich vor, daß sich nun eine bessere, verschärfte Möglichkeit zum ideologischen Kampf ergeben würde.

Auf jeden Fall scheint damals eine gewisse passive Haltung verbreitet gewesen zu sein, ein Verweigern, sich in das Weimarer System zu integrieren. Diese Verweigerung zeigte sich von Anfang an bei den ganz kleinen Leuten.

Es bleibt noch zu sagen, daß das, wogegen man sich im Jahr 1933 wandte, zwar die Praxis der Weimarer Republik war, nicht aber die Prinzipien der parlamentarischen Demokratie schlechthin. Ein Mann wie Friedrich Ebert, der erste Reichspräsident, war in Backnang auch in den letzten Jahren der Weimarer Republik durchaus noch populär. Ebenso populär dürfte insgesamt gesehen in Backnang aber auch Eberts Amtsnachfolger, der konservative Feldmarschall von Hindenburg gewesen sein. Die Tatsache, daß ausgerechnet der alte Marschall Hitler ernannt hatte und daß der alte Marschall

über Hitler immer noch an der Spitze des Staates stand, beruhigte sicher auch einen großen Teil der Backnanger.

Ein gewisses Mißtrauen gegenüber Hitler wird auch aus der folgenden Bemerkung deutlich:

*Ich war Mitglied des „Stahlhelm“. Ich habe immer die DNVP gewählt, die Bewegung Hugenburgs, aber ich kann Ihnen versichern, daß ich absolut nicht geschätzt habe, daß dieser Lausbube Hitler an die Macht kam.<sup>18</sup>*

Es handelt sich dabei um dieselbe Person, die von sich sagt, die Demokratie erst 1949 entdeckt zu haben. Alle befragten Zeugen sagen aus, daß die ablehnende Haltung immer intensiver wurde, je mehr das Regime seine Politik verschärfte. Aber die Kritik an Hitler blieb häufig persönlich und verließ nicht den Kreis der Familie.

Erstaunlich ist nun, daß in den Backnanger Zeugenaussagen das Bild der festgefügtten Familie angesichts des Hitler-Regimes allmählich verschwand. An seine Stelle trat ein Bruch zwischen den Erwachsenen und den Jungen. Die Erwachsenen integrierten sich freiwillig oder unfreiwillig in die Organisationen und Institutionen des Regimes, wenn auch oft eine gewisse Abneigung bleiben mochte. Natürlich besteht bei den Zeugen die Tendenz, einen Teil der Verantwortung, die sie in die Funktionen des Regimes hatten, herunterzuspielen. Dennoch war das Anhängen der Älteren an das Dritte Reich nicht total, was bei etlichen jungen Leuten Enttäuschung über die alten hervorrief. Es entstand ein echtes Mißverständnis zwischen der vorsichtigeren Generation der Eltern und der begeisterten der Jungen.

### 2.2.2 Die Jugend

Die Jungen wurden von einer Lawine enthusiastischer Gefühle erfaßt. Sie hatten die Ablehnung der Weimarer Republik tief in sich aufgenommen. Diese Ablehnung hatten sie von ihren Eltern gelernt, im Unterschied zu diesen nahmen sie aber mit Sympathie und Freude das neue Regime an. Das galt allerdings nicht für diejenigen Kinder, die in linken Kreisen aufwuchsen. Diese übernahmen in Backnang anscheinend von ihren Eltern eher eine relativ

<sup>17</sup> Aussage von Herrn W. am 4. 12. 1992. Erstaunlich ist bei dieser Aussage allerdings, daß ausgerechnet der krausen Weltverschwörungstheorien anhängende und keineswegs rundheraus hitlerfeindliche General Ludendorff bei dem Bekannten des Zeugen einen solchen Umdenkungsprozeß ausgelöst haben soll.

<sup>18</sup> Aussage von Herrn R. am 2. 12. 1992.



verzweifelte Haltung. Aber auch in den linken Kreisen Backnangs folgten die Kinder nicht der Richtung ihrer militanten Väter. Zwei Zeugen aus dieser Gruppe haben sogar zugegeben, mit heimlicher Begeisterung die Machtergreifung Hitlers aufgenommen zu haben, während ihre Eltern in den linken Parteien kämpften. Die Kinder und Heranwachsenden wurden in der Folge in das System integriert, welches darüber wachte, daß die Begeisterung der Jugend nicht schwächer wurde.

*Ich habe niemals eine eigene Meinung gehabt. Alle politischen Reden, die Propaganda, die außenpolitische Entwicklung interessierten mich nicht, ich war ganz einfach begeistert und glücklich. Und ich habe niemals begriffen, warum mein Vater die Machtergreifung Hitlers nicht mit Freude aufgenommen hat und warum er während der ganzen Zeit des Dritten Reiches mißtrauisch geblieben ist.<sup>19</sup>*

Hier ist ein echtes Unverständnis gegenüber den Eltern vorhanden und vor allem gegen den Vater der Familie, welcher im Grunde der einzige war, der mit einigem Sachverstand über Politik sprechen konnte. Die Eltern akzeptierten übrigens nur durch den Zwang der Umstände den Eintritt ihrer Kinder in die Jugendorganisationen des neuen Regimes. Die Jungen traten ziemlich rasch in diese Organisationen ein, und im Jahr 1934 war der Beitritt allgemein üblich und praktisch unumgänglich. Für diese Jugendlichen wurden die Treffen und die Ausfahrten beim „Jungvolk“, bei der Hitlerjugend oder beim BDM zur festen Gewohnheit, die ihr tägliches Leben bestimmte, wenn es sicherlich auch eine Anzahl Widerspenstiger gab. So mußte ein junges Mädchen, welches aus einem kommunistischen Elternhaus kam, immer zu mehr oder weniger glaubwürdigen Entschuldigungen greifen, um den Eintritt in die Jungmädelsgruppe und dann in den BDM zu vermeiden. Schließlich doch eingetreten, beschreibt sie ihre Erfahrungen so:

*Ich war schrecklich unglücklich, jedesmal wenn ich gezwungen wurde, zu den Versammlungen des BDM zu gehen. Und sobald es möglich war, versuchte ich, nicht an diesen Versammlungen teilzunehmen. Auf jeden Fall langweilte ich mich zu Tode, und ich wurde*

*von den anderen abgelehnt. Die Scharführerinnen waren besonders streng mit mir.<sup>20</sup>*

Diese Widerspenstigen wurden übrigens nur mit großer Mühe dazu gebracht, sich in ihre Gruppen zu integrieren. Allerdings verbesserten sich mit der Zeit ihre Beziehungen zu den NS-Jugendorganisationen. Die Jugendlichen, die politischen Reden im allgemeinen aus Interesselosigkeit keine große Bedeutung beimaßen, begeisterten sich für andere Dinge, nämlich für die Fahrten auf das Land an den Wochenenden, die sportlichen Aktivitäten, das Leben in der Gruppe und die Gesangsabende. All das war vorher unmöglich oder unbekannt und war für viele Familien, insbesondere die arbeitslosen, nur ein Traum gewesen. Jetzt wurde es plötzlich ein konkreter Teil des täglichen Lebens.

Genau hier wird der Bruch zwischen der Mehrheit der Erwachsenen und der Mehrheit der Jugendlichen und Kinder deutlich: Die Jungen fanden die politischen Reden abstrakt und waren desinteressiert, die Älteren waren sich über die Inhalte dieser Reden eher im klaren, wobei es in unserem Zusammenhang gar nicht so sehr darauf ankommt, ob die Erwachsenen diese Inhalte billigten oder ablehnten.

Es ist festzustellen, daß das nationalsozialistische Regime sich sehr wohl darüber klar war, daß die Fortdauer seiner Macht auf einer Beeinflussung der Jugendlichen beruhte. Auf ihrer Unschuld und Naivität sollten die Grundmauern des Regimes errichtet werden.

Drei Zeugen haben das Gefühl, in diesem Sinne vom Regime mißbraucht worden zu sein, explizit zum Ausdruck gebracht:

*Nach dem Krieg habe ich mich verraten gefühlt, ich habe meine ganze Jugend verloren und alle meine Träume, und dieses Regime ist schuld daran. Ich werde, so lange ich am Leben bin, nie wieder erlauben, daß sich so etwas wiederholt.<sup>21</sup>*

## 2.3 Brüche im sozialen Beziehungsgeflecht seit 1933

### 2.3.1 Die Linke

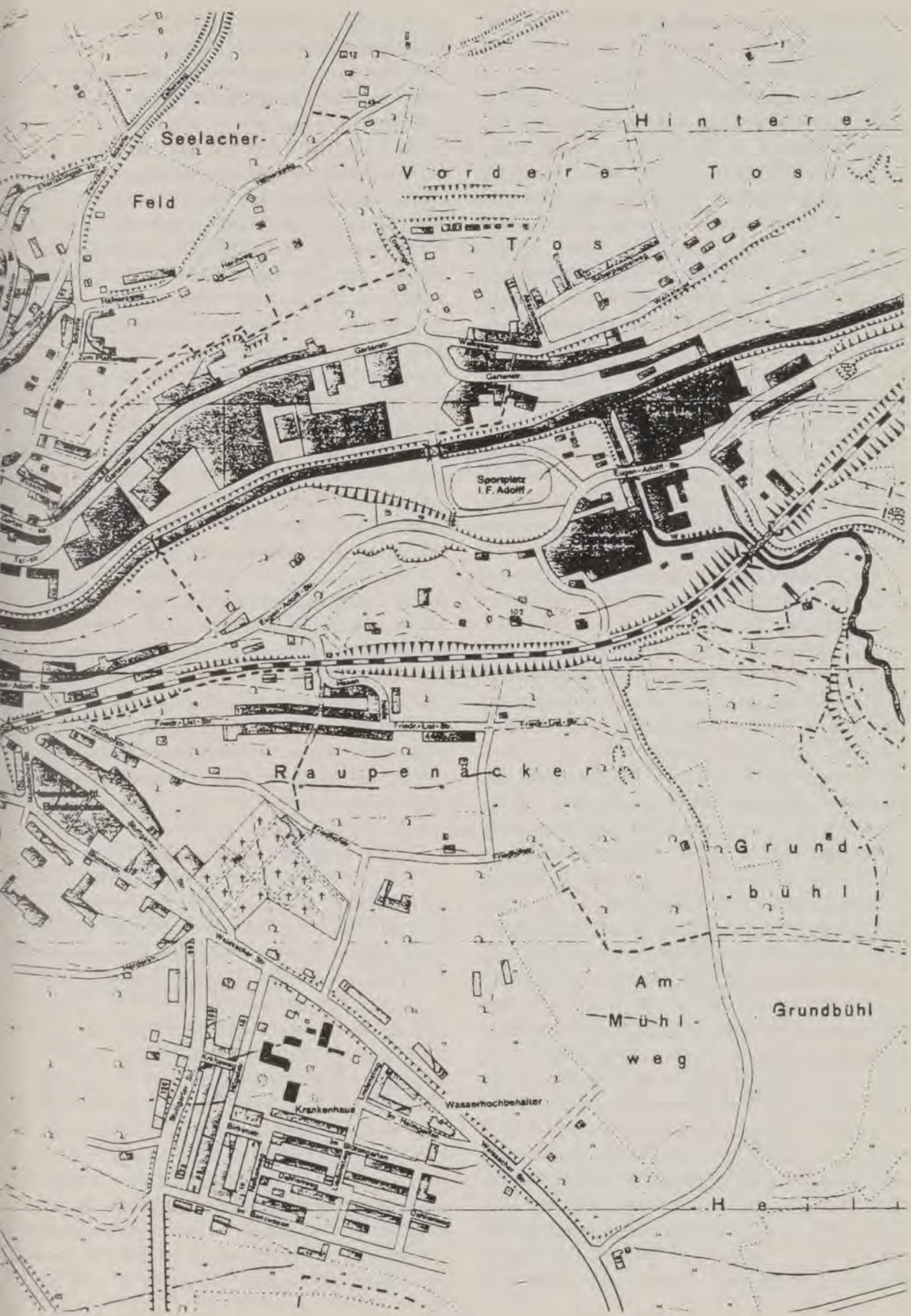
Eine gesicherte soziale Position während dieser Jahrzehnte konnte rasch verlorengehen. Mehrere Personen, welche bis zur Machtergreifung Hitlers großes Ansehen genossen, mußten

<sup>19</sup> Aussage von Frau A. am 21. 12. 1992 und von Frau S. am 3. 12. 1993.

<sup>20</sup> Aussage von Frau M. am 2. 11. 1992.

<sup>21</sup> Ebd. und Aussage von Frau A. am 21. 12. 1992.





Seelacher-

Feld

Vordere Toss  
Hintere Toss

Sportplatz  
i. F. Adolff

Raupenacker

Grundbühl

Am  
Mühl-  
weg

Grundbühl

Krankenhaus

Wasserhochbehälter

He...

sich an eine neue, marginale Rolle anpassen. Es gibt zunächst die Verdrängung aus direkt politischen Gründen. Die Familien Lachenmaier und Erlenbusch, die bekannt waren für ihr Engagement in der SPD, haben eine derartige Verdrängung erlitten. Nach mehreren Inhaftierungen und mit Hilfe einer wirksamen Propaganda befanden sich diese Familien in einer eher unangenehmen sozialen Position. Ihr Laden bzw. ihre Wäscherei wurden immer seltener besucht, die öffentlichen Kontakte wurden immer kühler und distanzierter. Die Inhaftierung einer wichtigen und respektierten Person wie der Hermann Lachenmaiers wirkte sich ausgesprochen negativ für dessen Familie aus, obwohl – (oder weil?) man wußte, daß die Gründe dieser Inhaftierung politischer Natur waren. Hermann Lachenmaier senior versuchte nicht, sein öffentliches Prestige im alten Maße wieder aufzubauen, das hätte ihn sicherlich erneut in politische Haft gebracht. Er entschloß sich, auf bessere Zeiten zu warten.

Eine derartige Situation war natürlich schwierig für die anderen Familienmitglieder. Frau Lachenmaier stieß überall auf eine gewisse Verachtung. Ihr Sohn wurde im Jungvolk mit Mißtrauen bedacht, ja er erinnert sich an ständige Bedrohungen, wenn er dorthin ging. Schließlich hatte er nur mehr wenig Kontakt mit den Jugendlichen seines Alters.

Immer mehr wurden die Familien der ehemaligen Aktivisten der SPD und KPD, in der letzteren war die Familie Hopfensitz an maßgeblicher Stelle engagiert gewesen, streng von der Polizei überwacht. Diese hätte nicht den kleinsten politischen Fehltritt verziehen. Auch nur eine angedeutete Kritik in der Öffentlichkeit oder das Treffen mit einem ehemaligen Mitkämpfer war gefährlich. Die Versammlungen ehemaliger Mitglieder der SPD und KPD fanden dennoch statt. Hermann Lachenmaier senior blieb in engem Kontakt mit seinen Genossen. Eine andere Familie aus der Stadt empfing regelmäßig und ganz geheim Vertreter der ehemaligen sozialdemokratischen Kreise Backnangs, darunter Carl Robitschek, welcher Jude war. Dieses Untergrundleben der hitlerfeindlichen Kreise, das im übrigen der örtlichen NSDAP wohl nicht völlig verborgen geblieben sein dürfte, ist typisch für die Art des damals praktizierten passiven Widerstands. Die linke

politische und intellektuelle Elite der Stadt bewahrte immerhin ihre Geschlossenheit, auch wenn von einer nach außen dringenden politischen Wirksamkeit keine Rede mehr sein konnte.

Das Verhältnis der extremen Linken zur extremen Rechten konnte freilich auch andere Züge annehmen: So wird berichtet, daß NSDAP-Kreisleiter Alfred Dirr den Schüler Fritz Weller, den Sohn des KPD-Mitglieds Friedrich Weller, zu sich holen ließ und ihn fragte, warum er nicht in der Hitlerjugend sei. *Fritz antwortete – von der Mutter auf eine solche Frage vorbereitet – der Vater habe kein Geld, um eine Uniform zu kaufen. Darauf sagte Dirr zu Fritz: „Jetzt gehst du zu deinem Vater und fragst ihn, ob er etwas dagegen hätte, wenn du zur Hitlerjugend gehst.“ Was wollte der Vater schon sagen, als „mir ist es gleich“. Darauf schickte Kreisleiter Dirr in Backnanger Geschäfte, um sich mit Sommer- und Winteruniform sowie Schuhen und Stiefeln auf Kosten des Kreisleiters einzukleiden, so daß Fritz – vorher als „Kommunistenbuble“ beschimpft –, der am besten gekleidete Hitlerjunge war.<sup>22</sup>* Es ist offenkundig, daß der Kreisleiter hier unter Einsatz eigener finanzieller Mittel einen Jungen aus kommunistischer Familie ganz individuell für den Nationalsozialismus gewinnen wollte. Von einer Diskriminierung des Hitlerjungen wider Willen Fritz Weller kann insofern keine Rede sein.

### 2.3.2 Die Beamten

Aus dem öffentlichen Leben verdrängt wurden auch alle diejenigen, die es abgelehnt hatten, der NSDAP oder einer ihrer zahlreichen Organisationen beizutreten. Dies gilt für einen wichtigen städtischen Beamten aus Backnang:

*Und dann kam der 30. Januar 1933. Ich trat damals nicht, wie viele andere Beamte das taten, der „Partei“ bei. Mehrfach wurde ich beanstandet und beschimpft, weil meine ablehnende Einstellung bekannt war. Sie erschwerte mir nach der Machtergreifung Hitlers vielfach die Arbeit, wurden doch die Parteidienststellen jetzt in den Gemeinde- und Staatsapparat eingebaut. Nach dem Gesetz zur Säuberung des Berufsbeamtentums und dem neuen Beamten-gesetz konnte nur der ein Amt bekleiden, der im Sinne der neuen Machthaber politisch*

<sup>22</sup> Helmut Bomm, Der Inflationsjahrgang 1922/23 feierte das 70er-Fest. – In: Bllb 2, 1993/94, S. 184 – 194, hier 186.

zuverlässig war. So riskierte ich nicht, das Amt des Kreispresewerts der NSV (= Nationalsozialistische Volkswohlfahrt) abzulehnen, das mir 1936 von meinem Freund Dorn, dem Kreisamtsleiter der NSV, angetragen worden war. Ausserdem sah man die NSV als unpolitische, gemeinnützige Einrichtung an. Hermann Dorn wollte nicht nur meine Arbeitskraft gewinnen, sondern mir auch Gelegenheit zur „Rehabilitierung“ geben! Für solche Amtswalter wurde 1937 die Eintrittssperre der NSDAP aufgehoben, und so wurde ich mehr oder weniger zwangsläufig Parteianwärter, dann „Pg.“.<sup>23</sup>

Ein anderes Beispiel dieser Art paßt auf einen Rathausbeamten, der damals allerdings nicht in Backnang, sondern in einer wenige Kilometer entfernten kleineren Gemeinde beschäftigt war. Dieser Beamte fiel in den Augen der Nazis negativ auf, weil seine Frau sich kategorisch weigerte, an den Treffen der NS-Frauensschaft teilzunehmen. Sein Vorgesetzter bedrohte den jungen Beamten ungefähr mit folgenden Worten:

*Sie sind ein junger Beamter, und Sie müßten wissen, was Sie dem Führer schuldig sind! Ich erwarte von Ihnen, daß Sie Ihre Frau überzeugen, nächste Woche an unserer Versammlung teilzunehmen.*<sup>24</sup>

Seine Frau mußte sich schließlich beugen, weil ihr Gatte um seinen sicheren Arbeitsplatz bangte. Auf diese Weise wird klar, wie genau Beamte als Mitglieder einer gewissen sozialen Elite überwacht wurden. Selbst eine neutrale Position oder ein Nicht-Engagement wurden absolut nicht toleriert.

## 2.4 Zentren der Geselligkeit und des Gemeinschaftslebens

### 2.4.1 Die Gastwirtschaften

Die Backnanger Wirtschaften und Gasthäuser hatten schon lange vor der Machtergreifung Hitlers eine wichtige gesellschaftliche Funktion. Sie waren Versammlungsorte, Orte der Diskussion, des Meinungsaustausches – und all dies weitgehend ohne Berücksichtigung der sozialen Herkunft:

Arbeiter, Rechtsanwälte, Ärzte, Arbeitslose versammelten sich um einen Tisch, einen Bier-

krug in der Hand, um an einer Debatte teilzunehmen. Einen großen qualitativen Unterschied zwischen diesen Wirtschaften gab es kaum. Man konnte dort essen oder ganz einfach gemeinsam mit Freunden etwas trinken. Einige Wirtschaften entwickelten sich zu Stammlokalen der verschiedenen politischen Gruppen, weil die Anhänger einer Partei sich eben dort regelmäßig trafen. Auf diese Weise wurde das Lokal „Germania“ zum Treffpunkt der Kommunisten und deren Sympathisanten. Praktisch gegenüber im „Schwanen“ versammelten sich die Mitglieder der SPD. Diese beiden Wirtschaften befanden sich unten in der Stadt, nicht weit von der Aspacher Brücke in der Schillerstraße. Das „Waldhorn“ und die „Linde“ in der Stuttgarter Straße wurden zum Stammlokal der Backnanger Nazis, nicht zuletzt weil Alfred Dirr, der Sohn des Lindenwirtes Karl Dirr, Mitbegründer und Führer der Backnanger NSDAP war. Besonders pikant war die Situation in der „Linde“, weil im Dachgeschoß der Schreiner Friedrich Weller wohnte, der als Kassier des Holzarbeiterverbandes und Mitglied der KPD zu den heftigsten Gegnern der Backnanger NSDAP zählte. Im Volksmund erhielt deshalb die „Linde“, in der übrigens Alfred Dirr bis 1938 die Kreisleitung der NSDAP eingerichtet hatte, den Spitznamen „Braunes Haus mit rotem Dächle“.<sup>25</sup> Zu einer persönlichen Feindschaft zwischen dem Nazi Dirr und dem Kommunisten Weller scheint es – bei aller politischen Gegnerschaft – keineswegs gekommen zu sein.

Es gab andere Gaststätten, die ein etwas neutraleres Publikum hatten, aber auch unter diesen hatte jedes Lokal seinen eigenen Ruf. Dieses Gleichgewicht wurde nach dem 30. Januar 1933 mehr oder weniger in Frage gestellt. Einige Wirtschaften wurden sogar zur Schließung gezwungen. Das geschah teils durch Entzug der Betriebsgenehmigung wie im Falle der „Germania“, teils wurde der Weiterbetrieb aber auch aus allen möglichen anderen Gründen unmöglich. Die aus dem linken Lager kommenden Leute konnten ihre Abende nicht mehr in den gewohnten alten Gaststätten verbringen.

<sup>23</sup> Auf Wunsch der Nachkommen darf der Name nicht genannt werden.

<sup>24</sup> Aussage von Herrn Z. am 16. 11. 1993.

<sup>25</sup> Bomm (wie Anm. 22), S. 186.

## 2.4.2 Die Vereine

Aber es gab auch andere Orte der Geselligkeit, wie die Schützengilde, die Musikvereine oder die Sportvereine. Auch dort bedeutete die Machtübernahme der Nazis eine Wende. Carl Robitschek mußte als Halbjude im Jahr 1936 die Schützengilde verlassen, gehörte aber dem Liederkranz-Vorstand – oder „Führerrat“, wie es nun hieß – noch bis 1942 an. Auch dann verließ er laut Protokollbuch den Vorstand nur aus Altersgründen – er war mittlerweile 65 Jahre alt – und nicht wegen politischem Druck. Als „förderndes Mitglied“ blieb Robitschek über das Ende des NS-Zeit hinaus im Liederkranz. Erstaunlich war, daß die anderen Vorstandsmitglieder dieser Vereine, welche alle der NSDAP angehörten oder nahestanden, Robitschek so lange halten konnten und sich offenbar nicht im geringsten an dem „Halbjuden“ störten.<sup>26</sup> Noch 1937 war Robitschek zu seinem 60. Geburtstag in aller Öffentlichkeit ein Ständchen gebracht worden.

### 2.4.2.1 Die Stadtkapelle

Leider gibt es über die Backnanger Vereine so gut wie keine brauchbaren Untersuchungen. Lediglich für die Stadtkapelle Backnang sind einige knappe Ausführungen veröffentlicht:<sup>27</sup> Vor 1933 existierten in Backnang drei Blasmusikvereine, nämlich die Stadtkapelle unter ihrem Kapellmeister Ernst Steiner, der Musikverein unter Albert Tittel und die Schalmeienkapelle der KPD. Der Musikverein galt als gewerkschaftsnah und wurde, ebenso wie die Schalmeienkapelle der KPD, bald nach der Machtübernahme Hitlers verboten. Auch die Stadtkapelle hatte vor 1933 keine Sympathien für die Nazis gezeigt – noch am 1. Mai 1932 hatte sie die Veranstaltung der Backnanger Gewerkschaften musikalisch begleitet – sie durfte jedoch als einzige 1933 weiterexistieren. Eine ganze Anzahl Musiker des Musikvereins und der Schalmeienkapelle traten deshalb, um

weitermusizieren zu können, Notgedrungen in die Stadtkapelle über.

Als die Nazis die Stadtkapelle bald in eine SA-Kapelle umwandelten, die in der Regel in Uniform aufzutreten hatte, bereitete das nicht wenigen Mitgliedern erhebliches Unbehagen, ja Scham. Ein namentlich nicht genannter Bläser äußerte sich dazu folgendermaßen: „Was glauben Sie, wie ich mich schämte, als ich – als Linker bekannt – plötzlich in SA-Uniform durch die Stadt gehen mußte?“ Abends allerdings habe er die Uniform auf den Boden fallen lassen und zu sich gesagt: „So, da liegt der SA-Mann und der Kommunist geht ins Bett.“<sup>28</sup>

Die Stadtkapelle erlebte übrigens im Rahmen des sogenannten „Röhm-Putsches“ im Juni 1934 einige hochdramatische Stunden:<sup>29</sup>

Zusammen mit SA-Abteilungen aus dem ganzen Großraum Stuttgart – darunter etlichen Kapellen – waren die Backnanger zu einem Brigadeaufmarsch nach Cannstatt befohlen worden. Niemand von den Backnangern ahnte, daß solche – letztlich von der SS inszenierten – SA-Versammlungen überall in Deutschland stattfanden und den Hintergrund für die berüchtigte Röhm-Affäre lieferten. Man wollte dem SA-Chef Ernst Röhm mit den Aufmärschen Putschpläne in die Schuhe schieben. Röhm und mehrere Dutzend weitere dem Regime mißliebig gewordene Politiker und SA-Führer wurden am 30. Juni 1934 von der SS ermordet. Auch die Backnanger Musiker sahen am Abend des 30. Juni 1934 zu ihrem Entsetzen plötzlich aus verschiedenen Fenstern Maschinengewehre der Wehrmacht auf sich gerichtet. Man fürchtete – ohne irgend etwas Genaueres zu wissen – erschossen zu werden. Am nächsten Tag ordnete der hitlertreue neue SA-Chef Viktor Lutze dann an, daß der riesige Cannstatter Aufmarsch doch stattfinden sollte, und die Backnanger marschierten mit 45 Mann und einem etwas mulmigen Gefühl musizierend als Teil der SA-Kolonnen vom Wasen über die Daimlerstraße.

<sup>26</sup> Vgl. insbesondere das Protokollbuch des Liederkranzes, Sitzung vom 21. 3. 1942: *Altvorstand Carl Robitschek hat bei Claus Schlaich um seine Entlassung aus dem Führerrat nachgesucht. Seinem Ansuchen wurde entsprochen; C. R. wird als förderndes Mitglied des Liederkranzes ohne Beitragszahlung weitergeführt. Seine Verdienste um den Liederkranz aus früheren Jahren bleiben bestehen. Herrn Dr. Karlmann Maier sei für die Überlassung des Protokollbuchs des Liederkranzes gedankt.*

<sup>27</sup> Gerhard Fritz: *Viele Jahrhunderte Backnanger Musikgeschichte. Zum 125jährigen Jubiläum des Städtischen Blasorchesters.* – In: *125 Jahre Städtisches Blasorchester Backnang. Festschrift und Jahresprogramm 1994.* Backnang 1994, S. 13 – 22, hier v. a. 17ff.

<sup>28</sup> Zitat nach Bomm (wie Anm. 22), S. 186f.

<sup>29</sup> Zitat nach Fritz (wie Anm. 27), S. 19f. Vgl. zu den Ereignissen des 30. Juni 1934 auch: Heinz Höhne: *Mordsache Röhm. Hitlers Durchbruch zur Alleinherrschaft.* Hamburg 1984, S. 247 – 296.

Ein gewisser Rest von Widersetzlichkeit blieb in der Stadtkapelle auch lange nach Beginn des „Dritten Reiches“ noch spürbar und zeigte sich bei dem vereinsintern berühmt gewordenen Wertungsspiel im benachbarten Marbach im Jahre 1937: Die Backnanger Stadtkapelle trat nicht in der üblichen SA-Uniform an, sondern in Zivil. Der Zufall wollte es, daß die Backnanger Stadtkapelle in der Endausscheidung ausgerechnet gegen eine „Parteikapelle in der Uniform politischer Führer“ anzutreten hatte – und diese auch noch schlug.

#### 2.4.2.2 Der Zinnoberclub

Mit dem neuen Regime gab es auch einzelne neue Vereine. Man kann hier den „Zinnoberclub“ nennen. Dessen Gründungsdatum ist zwar unsicher, er existierte aber auf jeden Fall seit 1935. Er wurde von einem wichtigen NS-Funktionär geleitet.

*Es handelte sich um eine Gruppe, welche sich immer um den selben Tisch versammelte, eine mehr oder weniger politische und kulturell interessierte Gruppe, welche sehr trinkfest war. Sie bestand aus Menschen, die unterschiedlichste politische und geistige Interessen hatten, selbst ehemalige Kommunisten waren unter ihnen. Alle waren praktizierende „Zinnoberer“. Kurios war, daß Hitler ziemlich offen das Objekt ihrer Kritik war! Und etliche Sätze, die sich auf die staatliche Autorität oder die der Partei bezogen, hätten ausgereicht, um eine Deportation ins Konzentrationslager nach sich zu ziehen.<sup>30</sup>*

Ein neues soziales Gleichgewicht pendelte sich ein. Man konnte unter dem Schutz der Vereinszugehörigkeit und unter dem Deckmantel, der Freund irgendeines NSDAP-Verantwortlichen zu sein, sich einer gewissen Redefreiheit erfreuen. Natürlich war nicht jedermann Mitglied dieser Gruppe von Biertrinkern. Dennoch schauten viele, bevor man nach der Arbeit nach Hause ging, in einer Gaststätte vorbei, wo man an Gesprächen teilnahm, die voller Diskussionen und politischer Anspielungen waren. Insofern war in mehr oder weniger vertraulichem Rahmen der Austausch

auch teilweise kritischer Gedanken keineswegs ganz verschwunden.

## 2.5 Die Hitler-Jugend (HJ)<sup>31</sup>

### 2.5.1. Das Ende der anderen Jugendorganisationen

In der Zeit der Weimarer Republik gab es besonders viele Jugendorganisationen. Praktisch jede politische Partei und auch die Kirche hatten Jugendgruppen. Es war damals in weiten Kreisen üblich, in irgendeiner dieser Jugendgruppen Mitglied zu sein. Die jungen Leute fanden in diesen Gruppen Freude und Entspannung, was angesichts der schwierigen Lage in Deutschland ein notwendiger und gern wahrgenommener Ausgleich war. Außerdem gab es damals noch kaum die modernen Medien; man verbrachte schon deshalb seine Freizeit damit, sich in einer organisierten Gruppe mit Freunden zu treffen.

Auch auf diesem Gebiet sollten sich nach dem 30. Januar 1933 die Dinge ändern. Für diejenigen, die einer Jugendorganisation angehörten, welche der KPD oder der SPD nahestand, bedeutete Hitlers Machtergreifung ein abruptes Ende des bisherigen Zustandes. Die Jugendlichen wurden in der Regel gezwungen, der Hitler-Jugend beizutreten. Ihre Integration gestaltete freilich sich schwierig. Andere Jugendliche empfanden den Eintritt in die HJ keineswegs als Zwang, sondern als völlig normal.

Diejenigen Jugendlichen, die Mitglieder einer kirchlichen Organisation waren, konnten ihre Aktivitäten noch einige Zeit fortführen. Die kirchlichen Jugendgruppen gerieten indessen bald in eine Konkurrenzsituation zur HJ. Im Laufe des Jahres 1933 verwandelte sich dieser Unterschied in Rivalität:

*Wir waren in der christlichen Jugend, und wir hatten unsere eigenen blauen Hemden. Wir waren stolz, unsere eigenen Vorstellungen zu haben und keine braunen Hemden zu tragen.<sup>32</sup>*

Ein anderer Zeuge erinnert sich an die schwierige Situation in den Sommerferien 1934. Er stammte aus einer sehr religiösen Familie und gibt zu, als langjähriges Mitglied

<sup>30</sup> Autobiographische Notizen von Hermann Lachenmaier, StAB, Sammlung 3. Reich.

<sup>31</sup> Aus der Flut an Literatur über die Hitler-Jugend seien stellvertretend genannt: Werner Klose: *Generation im Gleichschritt. Ein Dokumentarbericht.* Oldenburg, Hamburg 1964, und H. W. Kach: *Hitler Youth – The Duped Generation.* 1972. Deutsch: *Hitlerjugend.* München 1982.

<sup>32</sup> Aussage von Herrn B. am 23. 11. 1992.



### Bann 364 der Hitlerjugend steht an 15. Stelle im Reich

Nunmehr sind die Ergebnisse der im Sommer und Herbst des vergangenen Jahres durchgeführten Mannschaftswettkämpfe innerhalb der Gefolgschaften und Banne zusammengestellt.

Dieser Aufstellung nach steht der Bann 364 Schwäbischer Wald als einziger Bann des Gebietes Württemberg unter den 50 Besten des Reiches und zwar an 15. Stelle.

Durchgeführt wurden 100 Meter-Lauf, Keulenweitwurf, Weitsprung. Als beste Gefolgschaft im Bann 364 steht die Gefolgschaft 13, die sich aus den Jugendgenossen der Nationalpolitischen Erziehungsanstalt Badnang zusammensetzt.

Mit dieser Leistung kann sich der Bann wirklich sehen lassen. Sie soll uns Ansporn sein, nicht müde zu werden, um in Zukunft in der vordersten Linie der Deutschen Jugend zu stehen.

*Abb. 4: Die Hitler-Jugend, die alle anderen Jugendorganisationen ersetzte, genöß ausführliche Berichterstattung im Murrthal-Boten: Hier ein Bericht über sportliche Leistungen der Backnanger HJ vom 10. 2. 1937.*

der christlichen Jungschar in den Jahren 1933/34 sehr gelitten zu haben:

*Ich bin Mitglied der Jungschar bis zum Ende geblieben, d. h. bis nach dem Sommer 1934, als unsere Gruppe verboten wurde. Die letzten Jahre waren sehr schwierig, denn die Hitler-Jugend übte auf uns einen beträchtlichen Druck aus. Auf jeden Fall war ich sehr wütend, als das Verbot der Jungschar verkündet wurde und als ich dem Jungvolk beitrug, geschah das mit Widerwillen.<sup>33</sup>*

Am 23. Dezember 1933 unterzeichneten der evangelische Reichsbischof Müller und der HJ-Führer Baldur von Schirach ein Abkommen über die Eingliederung der evangelischen Organisationen in die HJ und den BDM. Dieses Abkommen wurde zwar nicht immer sofort angewandt, allerdings bewußt immer dann, wenn sich Widerstand gegen die HJ bemerkbar machte. Die evangelischen Gruppenleiter, die sich um ihre Jugendgruppen kümmerten, setzten zunächst trotz des von der Partei ausgeüb-

ten Drucks ihre Aktivitäten fort. Schließlich wurden durch Druck und formales Verbot, welches Ende 1934 ausgesprochen wurde, die Aktivitäten dieser Gruppen untersagt. Das geschah genau zu dem Zeitpunkt, als Adolf Hitler die Einrichtung seiner Diktatur abschloß.

Wenn das Abkommen vom 23. Dezember 1933 bis dahin nicht respektiert worden war, dann geschah dies wohl nicht zuletzt auch wegen der Person des Reichspräsidenten Marschall Hindenburg, der als Schutz für die evangelische Kirche wirkte. Obwohl der Ausbau 1933/34 also nicht so zügig voranging, wie sich dies die NS-Führung vorgestellt haben mochte, und obwohl es zu gewissen Reibereien mit den zunächst noch geduldeten Jugendorganisationen kam, setzten sich die NS-Jugendgruppen doch relativ zügig durch. Das läßt sich auch in Backnang beobachten: Während im Jahre 1933 dort nur eine einzige Gruppe des Jungvolks, der Jungmädels, der HJ und des BDM erwähnt wird, sind es 1934 schon Gruppen für das Jungvolk und zwei für die HJ. Im Jahre 1935 nimmt die Zahl der Jugendlichen in diesen Gruppen weiter zu. Entsprechend wuchs die Zahl der NS-Jugendgruppen und des entsprechenden Führungspersonals. Die Erfahrung von Herrn W. ist zu diesem Thema symptomatisch:

Er war Seminarist am Backnanger Lehrer-Seminar und wurde, obwohl er sich 1932 innerlich von der NSDAP entfernt hatte und auch aus ihr ausgetreten war, im September 1933 von der Backnanger NSDAP aufgefordert, eine Jungvolk-Gruppe aufzubauen. Er ging darauf nach einigem Zögern ein. Als Jungvolk-Führer organisierte er an den Wochenenden Sportveranstaltungen und Ausflüge.

Nur wenigen gelang es, sich so elegant wie Hermann Lachenmaier junior der HJ zu entziehen: Er ergriff bewußt den Beruf des Kochs, um abends lange arbeiten zu müssen. Da er in der Regel bis um 22 oder 23 Uhr arbeitete, wurde er morgens aus Gründen des Jugendschutzes meist von der Teilnahme an HJ-Übungen freigestellt.<sup>34</sup>

Mit der immer weitergehenden Etablierung des NS-Regimes 1934 pendelten sich die Mitgliederzahlen der Jugendorganisationen auf einem hohen Niveau ein und veränderten sich nur noch wenig. Insgesamt erfuhr der Aufbau

<sup>33</sup> Aussage von Herrn T. am 2. 12. 1992.

<sup>34</sup> Aussage von Hermann Lachenmaier am 20. 12. 1994.



der HJ in Backnang und Umgebung demnach keine größeren Hindernisse.

## 2.5.2 Das Leben in der Hitler-Jugend

Das Regime war sich der Bedeutung der ideologischen Erziehung der Jugendlichen bewußt und wollte eine neue Art des Umgangs mit dieser Altersgruppe. Die Aktivität in den Gruppen für die Jüngsten, d. h. das Jungvolk und das Jungmädchel, ebenso wie in der HJ und dem BDM, bestand zu einem großen Teil aus sportlicher Betätigung und kam entsprechend gut an:

*Ich kam aus einer bürgerlichen Familie, und es war daher für mich vorher schwierig, Fußball zu spielen. Man sah das nämlich als proletarischen Sport an. In der HJ konnte ich immer Fußball spielen, das machte mir große Freude.<sup>15</sup>*

Auch andere Sportarten wurden gepflegt. Das und der Eindruck, Abenteuer zu erleben, verstärkte die Begeisterung bei den Jugendlichen. Die HJ führte regelmäßig an den Wochenenden Ausflüge und Fahrten durch. Fünfzehn Kilometer von Backnang entfernt befand sich das Naturfreundehaus in Sechselberg. Dieses Haus gehörte der linken Organisation der Naturfreunde und wurde von den neuen Machthabern konfisziert. Das Gebäude wurde unter NS-Führung neu hergerichtet. Namentlich beteiligt war, seit er Jungvolk-Führer war, Herr W. Man wollte im bisherigen Naturfreundehaus die Jugendgruppen Backnangs aufnehmen.

Von Anfang an war ein gewisser militärischer Charakter der HJ vorhanden (obwohl man der Vollständigkeit halber sagen muß, daß auch die Jugendorganisationen der Kirche und der politischen Linken einschließlich der Pfadfinder bis 1933 einen zumindest im Äußerlichen quasi-militärischen Grundzug besaßen). Der militärische Charakter der HJ-Fahrten und HJ-Geländespiele verstärkte sich jedoch nach 1935.

Typisch waren beispielsweise Wecken mit Trompetenklang, Antreten im Hof nach Rang, Flaggenappell und ganz grundsätzlich eine Rangordnung und Gliederung, die eine gewisse Ähnlichkeit mit der der Armee hatten. Für die Jugendlichen war all dies ein bewegendes und

aufregendes Erlebnis, an dem jeder teilhaben wollte. Wir haben schon gesagt, daß nur manche Jugendlichen aus nazifeindlichen Elternhäusern manchmal nicht dabei waren. Wie Herr W. sich erinnert, wurde ein ihm bekannter Sohn aus einer sozialdemokratischen Familie bei der HJ immer von der Kameraden gehänselt. Herr W. hat als HJ-Führer allerdings darauf gedrängt, daß solche Hänseleien möglichst unterbunden wurden.

Zum Programm der HJ gehörte es auch, Ferienaufenthalte auch in anderen Regionen Deutschlands zu organisieren. Die Möglichkeit, weiter weg zu reisen, war in den 30er Jahren keine Selbstverständlichkeit, und somit waren solche Ferien für viele Jugendliche etwas ganz Neues. Die Jugendlichen wurden durch derartige Ferienaufenthalte, in denen natürlich eine geradezu ideale Möglichkeit zur Massenbeeinflussung gegeben war, stark geprägt. Diese manchmal als „grüne Klassen“ bezeichneten Ferienaufenthalte waren auf jeden Fall eine allseits geschätzte Einrichtung. Ein damaliges Jungvolk-Mitglied erinnert sich beispielsweise, daß er nur durch die Radtouren des Jungvolks die Gelegenheit hatte, den Bodensee, die Nordsee und die Wälder Thüringens zu entdecken.<sup>16</sup>

Der politische Charakter war zwar zu jeder Gelegenheit spürbar, beispielsweise in den Reden oder in den Liedern, allerdings sagen alle befragten Zeugen, daß man auf die Inhalte von Reden und Liedern kaum geachtet habe. Die Zeugin Frau A. meint beispielsweise dazu, daß es *natürlich eine Bewunderung für Hitler (gab), aber jedesmal, wenn die Scharführer über die Politik zu sprechen begannen, war es für uns das Zeichen der Pause. Das interessierte mich wirklich nicht.*<sup>17</sup>

In dieselbe Richtung geht auch eine Äußerung von Herrn M.: *Erst nach dem Krieg bin ich mir nur allmählich darüber klargeworden, daß die Lieder, die wir sangen, teilweise chauvinistisch, ja manchmal sogar geradezu brutal waren. Aber zu der Zeit sangen wir freudig, ohne uns über den tieferen Sinn Gedanken zu machen.*<sup>18</sup>

Man kann die Anziehungskraft, die die Hitler-Jugend auf die Kinder und Jugendlichen ausübte, durchaus verstehen. Attraktiv für viele

<sup>15</sup> Aussage von Herrn B. am 23. 11. 1992.

<sup>16</sup> Aussage von Herrn B. vom 23. 11. 1992.

<sup>17</sup> Aussage von Frau A. am 2. 11. 1992.

<sup>18</sup> Aussage von Herrn M. am 14. 11. 1992.

## Jungbannfehde des deutschen Jungvolks



### Meldungen vom Pimpfen-Kriegsschauplatz

Das Kampffähnlein 4 (Backnang und Backnang Land) erreichte Montag 18 Uhr den Ort Durlangen, wo das erste Quartier bezogen wurde. Privatquartiere! Niemand hatte dies auch nur zu hoffen gewagt. Dienstag war der erste Kampf. Er kostete uns zwar viel Lebensfäden, aber die Fahne ist noch in unserem Besitz. Dienstag-Mittwoch sind wir in Lindach einquartiert. Die Stimmung ist fabelhaft und außer einem „verstauchten Auge“ sind alle gesund. Nächster Quartierort ist Gmünd. Vorher gehts aber noch in den 2. Kampf. Wir lassen uns nicht unterliegen, sondern fallen in unseren Kampfruf ein:

Schla daud!

3. Tag

**Trotz heftigster Zusammenstöße keine nennenswerten Unfälle  
Ausbruch zum Kampf!**

Wer am frühen Morgen durch die Orte rund um Gmünd ging oder fuhr, traf überall auf die Kampffähnlein, die zum 2. Mal sich gegenseitig

im Kampfe messen wollten. Bei den Roten wurden wir überall zuversichtlich und mit viel Getöse empfangen, während die Blauen nur höhnisch grinsten und uns ab und zu ihren Kampfruf „Ostalb ahoi!“ ins Gesicht schleuderten. Zur selben Zeit wie am Vortage begannen die Kämpfe.

### Der Kampf um das Wasserreservoir

Gleich hinter Lauterburg auf einer freien Hochfläche liegt zwischen einer Einfriedigung aus jungen Tannen ein Wasserbehälter. Diesen verteidigten die Roten mit 7 Mann. Sie hatten den einzigen Zugang mit Balken, Baumstämmen und Gestrüpp verbarricadiert. Die dichten Tannen machten einen andern Zugang unmöglich. Da, auf einen Kommandopfeiff des blauen Kampffähnleinführers stürmte das ganze Fähnlein mit Leiterwagen und Leitern bewaffnet, gegen den Wasserbehälter vor, legten die Leitern an den Tannen an, um darüber zu klettern und raminten mit der Wagendeichsel die kunstvolle Blockade der Roten. Im Nu waren natürlich die 7 Roten unschädlich gemacht und ein unbeschreiblicher Siegesjubiläum der Blauen machte die ganze Luft erzittern.

### Auf Schleichwegen durch den Wald

An einem andern „Frontabschnitt“ war die Aufgabe gestellt, daß die 2 feindlichen Fähnlein von den beiden gegenüberliegenden Waldgrenzen Tornister durch den Wald zu schmuggeln hatten, sodaß sie in der Mitte des Waldes aufeinandertreffen mußten. Mit einem Heidenlärm wurde im Wald erbittert gerungen. Von beiden Seiten wurden sowohl „Affen“ als auch Kampffahnen durchgebracht. Da die vorgeschriebene Zeit für die Kampfhandlung noch nicht um war, wurden die „Schmuggler“ wieder in den Kampf zurückgeschickt und so begann eine immer heftiger werdende Balgerei, die jedoch die Schiedsrichter im Zaum hielten.

### Ergebnis des 2. Kampftages

Wie wir den Meldungen aus den verschiedenen „Frontabschnitten“ entnehmen, hat heute Blau auf der ganzen Linie gesiegt. Dies ist hauptsächlich der körperlichen Überlegenheit unseres Gegners zuzuschreiben.

Abb. 5: Schon die Jüngsten, die Angehörigen des Jungvolks, übten sich in Geländespielen, in denen Pfadfinderromantik und unverkennbar Kriegerisches sich mischten (Bericht aus dem Murrthal-Boten vom 23. 3. 1937).

Jugendliche war die Möglichkeit, über die Jugendorganisationen familiären Zwängen und anderen Schwierigkeiten zu entrinnen. Der politische Aspekt wurde dabei als kleineres Übel betrachtet, falls man sich seiner überhaupt bewußt wurde. Noch ein anderer Gesichtspunkt verdient Erwähnung: Die HJ beschränkte sich keineswegs darauf, Freizeitaktivitäten zu organisieren. Darüber hinaus

hatten die Jugendlichen von Anfang an die Möglichkeit, innerhalb der HJ in hohem Maße eigenverantwortlich zu arbeiten. Viele Jugendliche übernahmen Führungsfunktionen nicht ungern. Langjähriger HJ-Führer war der Backnanger H. W. oder der Jungvolk-Führer E. W. Andererseits kamen auch Fälle wie der des Backnangers M. vor: Er war 1933 nicht ungern der HJ beigetreten, stellte aber seit etwa

1935/36 eine zuvor nicht vorhandene Militarisierung fest. Insbesondere das Exerzieren störte ihn sehr. Er fand einen eleganten Ausweg: Er ließ sich zum Kassenwart machen, der am Exerzieren praktisch nicht mehr teilnehmen mußte. Seit Sommer 1938 war er dann überhaupt von den HJ-Aktivitäten beurlaubt, weil er sich auf das Abitur vorbereiten mußte.

Andere Jugendliche, die sich nicht auf diese Weise hervortun wollten, konnten leicht zur Zielscheibe von Kritik werden, denn sie gehorchten nicht den Grundsätzen, nach denen jeder Deutsche auf seiner Ebene Führer sein sollte, wenn er die Fähigkeiten dazu hatte. Ein BDM-Mitglied drückt dies so aus:

*Mehrfach hat man mich gefragt, ob ich nicht Lust hätte, auch eine BDM-Führerin zu werden. Ich hatte überhaupt keine Lust dazu! Schließlich wurde meine widerwillige Haltung verdächtig und ich wurde als schlechtes Beispiel hingestellt.<sup>39</sup>*

Nach zahlreichen Zeugenaussagen war es alles in allem wichtig, einen Mittelweg zu finden: Man konnte nicht zu sehr beiseite stehen, noch sich zu sehr in den Vordergrund spielen, wenn man nicht ins Blickfeld der Machthaber geraten wollte.

Auch wenn man sich nicht in den Vordergrund drängte, war die Zugehörigkeit zur HJ mit einigen unvermeidbaren Pflichten verbunden. Beispielsweise mußte man bei Umzügen und Märschen durch die Stadt und bei Massenversammlungen auf der Bleichwiese anlässlich der Feiern zum 1. Mai oder beim Geburtstag Hitlers anwesend sein. Manche empfanden das als großartig und beeindruckend,<sup>40</sup> für andere waren diese Versammlungen eher unangenehm.<sup>41</sup>

## 2.6 Zur sozialen Akzeptanz des NS-Staates

Unsere bisherigen Ausführungen ergeben ein uneinheitliches Bild, inwieweit man sich seit 1933 mit dem neuen Regime solidarisierte oder es zumindest akzeptierte. Die Jüngeren scheinen es eher getan zu haben als die Älteren, die ursprünglich bürgerlichen Schichten eher als die ursprünglich sozialdemokratischen und

### Der Bürgermeister der Stadt Backnang Maßnahme gegen Trinker

Auf Grund des Art. 32 Nr. 5 PolStrG. wurde den nachgenannten Personen bis auf weiteres der **Besuch sämtlicher Wirtschaften in Backnang verboten:**

**Cronenwett,** Karl, Gerberelarbeiter, Obdachlosenheim

**K. [Name],** Paul, Hilfsarbeiter, Theodor-Körner-Straße 18

**G. [Name],** Paul, Bauarbeiter, Seehofweg 38

Den **Wirten** wird unter Androhung der Einleitung des Verfahrens auf Entziehung der Schankerlaubnis wegen mangelnder Zuverlässigkeit **unterzagt**, diese Personen in ihren Lokalen zu dulden oder ihnen oder den Angehörigen in ihren Lokalen oder über die Straße alkoholhaltige Getränke zu verabfolgen. Dasselbe gilt für die Flaschenbierhandlungen und sonstige Verkaufsstellen von alkoholhaltigen Getränken.

Backnang, den 11. Januar 1937 Dr. Rienhardt

*Abb. 6: „Volksgemeinschaft“ und harte Hand gegen die, die sich außerhalb der „Volksgemeinschaft“ stellten: Auch mit den oben beschriebenen Maßnahmen gegen Alkoholiker fand der NS-Staat in weiten Kreisen durchaus Billigung. Die Kehrseite der Medaille: Der Gerberelarbeiter Cronenwett wurde wegen seines Lebenswandels 1944 ins KZ Dachau eingeliefert. Seine Spur verliert sich dort; er dürfte damit das bisher einzige namentlich bekannte Backnanger KZ-Opfer sein.*

kommunistischen. Wenig verblüffend ist, daß viele Jugendliche den politischen Kern des Nationalsozialismus nicht erkannten, ja daß er sie eigentlich auch nicht interessierte. Man war vielmehr von den Äußerlichkeiten und der Dynamik des neuen Staates fasziniert. Erstaunlich ist der Befund, daß sich einzelne Zeugen an der Person Hitlers störten, der Partei dagegen nicht so ablehnend gegenüberstanden haben sollen. Es stellt sich hier freilich die grundsätzliche Frage, inwieweit unsere Zeugenaussagen im Abstand von weit über 50, teils über 60 Jahren ein umfassendes, repräsentatives und zuverlässiges Bild abgeben. Im nachhinein könnte so mancher zum frühen Hitler-Skeptiker geworden sein, der es seinerzeit vielleicht gar nicht war. Man muß hier keineswegs an bewußte Falschaussagen denken. Vielmehr sind bei einem derartigen zeitlichen Abstand und angesichts der Nachkriegserfahrungen über den Charakter des NS-Staates durchaus unbewußte retrospektive Korrekturen möglich.

<sup>39</sup> Zitiert nach: Im Blick – Informationen vom Landesseniorenrat Baden-Württemberg, März 1992.

<sup>40</sup> Aussage von Frau A. am 21. 12. 1992.

<sup>41</sup> Bei den Feiern zum 1. Mai mußte die ganze Stadt hinunter auf die Bleichwiese, und zwar vor allem wir vom Jungvolk. Wir empfanden das als langweilig, aber man mußte es halt tun. Aussage von Herrn G. vom 17. 11. 1992.

**Parteigenossen, Parteigenossinnen!**

**Volksgegnossen, Volksgegnossinnen!**

Wieder ist das nationalsozialistische Deutschland Zeuge einer geschichtlichen Stunde:

**Deutsch-Österreich ist frei**

Grenzenlos ist die Begeisterung unseres Brudervolkes, ist doch ein uralter Traum in Erfüllung gegangen, die Wege der beiden großen deutschen Völker haben sich vereint.

Das nationalsozialistische Reich bekennt sich in dieser feierlichen Stunde zur gemeinsamen Aufgabe.

**Heute abend 8 Uhr findet auf dem Adolf-Hitler-Platz  
eine Kundgebung statt,**

bei der der Kreisleiter, Pg. Dirr spricht.

Das deutsche Volk grüßt seine österreichischen Brüder mit einem Fahnenmeer.

**Fahnen heraus!**

Abb. 7: Hitler auf dem Gipfel seines Ansehens: Der Anschluß Österreichs war auch in Backnang von einer großen Kundgebung begleitet.

Es gibt nämlich auch durchaus gegensätzliche Aussagen: So erinnert sich Waltraud Riehm,<sup>42</sup> die ausgesprochen detaillierte autobiographische Kindheitserinnerungen über die Zeit von 1939 bis 1946 in Backnang niedergeschrieben hat, an eine – durch konkrete Fälle belegte – ganz andere Grundstimmung in ihrem damaligen Backnanger Verwandten- und Bekanntenkreis. Der Gesichtskreis Waltraud Riehms umfaßte praktisch ausschließlich Personen aus dem Arbeiter- und Kleinbürgermilieu. Demnach muß noch in der Kriegszeit – und wieviel mehr in den Friedensjahren des NS-Staates – gerade das persönliche Prestige von Hitler auch in diesen Kreisen enorm gewesen sein. Insbesondere die Arbeiter, die materiell vom Rückgang der Arbeitslosigkeit seit 1933 profitiert hatten und von den außenpolitischen Erfolgen Hitlers 1935 – 1939 tief beeindruckt waren, seien nach den Erinnerungen dieser Zeugin in Scharen NS-Sympathisanten geworden. Sie ergänzt diese Eindrücke folgender-

maßen: *War es vor 1933 die KPD-Ideologie, der diese Arbeiter und Kleinbürger gefühlsmäßig zustimmten, so sahen sie sich im NS-System plötzlich in der für sie bis dahin ungewohnten Situation, Beachtung zu finden und als „gleichberechtigter deutscher Volksgenosse“ ernstgenommen zu werden. Allerdings hatte niemand in dem von Frau Riehm beschriebenen Familienkreis außer einem Eisenbahner und einem SS-Mann ein Parteibuch. Außerdem gab es keine Mitwirkung in der Partei und auch keine Mitarbeit in der NS-Frauenschaft. Aber die jungen Mädchen der Familie waren bereits 1934 ... im BDM aktiv dabei.*

Insbesondere die NS-Sozialpolitik und die von ihr propagierte „Volksgemeinschaft“ scheint bei vielen Backnangern durchaus akzeptiert worden zu sein und brachte dem Regime etliche Sympathien ein.<sup>43</sup>

Ein Beispiel, das 1934 hinter den Kulissen viel Staub aufgewirbelt hat, illustriert, wie die

<sup>42</sup> Skript Waltraud Riehm „Backnang war meine Stadt“ (erscheint seit 18. 3. 1995 in der Backnanger Kreiszeitung) und Interviews von Gerhard Fritz mit Frau Riehm am 6., 8. und 29. 12. 1994.

<sup>43</sup> Vgl. dazu auch unten Kap. 3.2.1. Die Aussagen zur „Volksgemeinschaft“ und zur NS-Sozialpolitik werden auch von Frau Riehm mit Nachdruck hervorgehoben.

NSDAP – wohl nicht ganz erfolglos – die Sympathien auch der Arbeiter zu gewinnen versuchte: Am 13. April 1934 führte der Backnanger Gerichtsvollzieher Gall in einer Mietangelegenheit gegen die Familie des Arbeiters A. eine Zwangsräumung durch.<sup>44</sup> Kreisleiter Dirr eilte hinzu und drohte dem Gerichtsvollzieher, er solle *sofort mit der Räumung aufzuhören, widrigenfalls er einen Sturm SA antreten und den Gerichtsvollzieher verhaften lasse*. Gall, der, wie Dirr später notierte, *früher ein offensichtlicher Gegner unserer Weltanschauung war*, klagte gegen Dirr (und den ihn unterstützenden Bürgermeister Rienhardt). In seiner Verteidigungsschrift wies Dirr darauf hin, daß A., *ein armer Arbeiter*, einer kinderreichen Familie vorstehe und daß seine Frau überdies in hochschwangerem Zustand gewesen sei. In dieser Situation habe er, Dirr, nicht nach formalem Recht handeln können, sondern *unbelastet von Gesetzen und Paragraphen*, nach seinem *natürlichen Rechtsempfinden*. Bemerkenswert ist Dirrs Schlußbemerkung: *Weite Kreise der hiesigen Arbeiterschaft, die sich heute bemühen, dem N. S. gerecht zu werden, würden wieder zweifeln an der Gerechtigkeit unserer Bewegung und an der Ehrlichkeit unseres Vollens, wenn diese Zwangsräumung durchgeführt worden wäre*.

Ein derartiges Vorgehen des Kreisleiters gegen formaljuristisches Handeln, das zudem mit einer stur und unsozial wirkenden Haltung noch im nachhinein das Weimarer System zu diskreditieren schien, dürfte in der Tat nicht wenig dazu beigetragen haben, daß auch mancher Arbeiter positive Seiten an der NSDAP zu erkennen glaubte.

Bei allem, was viele Backnanger am NS-Staat positiv bewerteten, blieben doch auch bei Leuten, bei denen Hitler keineswegs negativ eingeschätzt wurde, deutliche Ängste vor der Radikalität und vor der unbeschränkten Machtausübung des Diktators. Herr M. erinnert sich, daß der Tod des Reichspräsidenten Hindenburg am 2. August 1934 auf seine Familie wie ein Schock gewirkt habe. Man habe, solange Hindenburg lebte, immer das Bewußtsein gehabt, daß Hitler irgendwie gebremst und von Exzessen abgehalten würde, und fragte sich, was jetzt kommen würde.



**NS-Gemeinschaft**  
**„Kraft durch Freude“**  
Kreisamt Backnang

---

**Voranzeige!**

**Große bunte Abende**  
mit der Palette

am 18. März in Backnang, Bahnhofshotel  
 „ 19. „ in Großaspach, Turnhalle  
 „ 20. „ in Oppenweiler „  
 „ 21. „ in Unterweißach, Rosenaal

Kartenvorverkauf bei den Ortswarten und in Backnang bei den KdF-Betriebswarten und der Buchhandlung Krechmann.

Abb. 8: Auch mit so harmlosen Veranstaltungen wie „Bunten Abenden“ trat die „NS-Gemeinschaft ‘Kraft durch Freude’“ an die Öffentlichkeit (Bericht aus dem Murrta-Boten vom 23. 2. 1937).

Herr M. und Frau S. berichten weiter, daß Hitlers riesige außenpolitischen Erfolge, insbesondere die Überwindung des Friedensvertrages von Versailles oder der Anschluß Österreichs, das Prestige des Diktators enorm vermehrt hätten. Die als ungeheuerlich empfundene Demütigung durch Versailles wird als Grunderfahrung vieler Zeugen immer wieder betont. Die demokratischen Politiker der Weimarer Republik hatten in 14 Jahren nie das erreicht, was Hitler bei der Überwindung von Versailles zuzufügen schien. Man habe Hitlers Politik bis etwa 1938 als eine gerechte Wiedergutmachung an dem durch Versailles angetanen Unrecht gesehen. Daß Hitler einen Krieg wollte, sah man in dieser Euphorie lange Zeit nicht. Insgesamt sei die Stimmung so gewesen, daß man sich sagte, Hitler habe als einfacher Frontsoldat den Krieg mitgemacht und könne deshalb selbst keinen neuen Krieg wollen; er wisse, wie furchtbar der Krieg sei. Hitler sei als großer Bluffer angesehen worden, einen Krieg habe man ihm lange Zeit nicht zugetraut. Die Sudetenkrise im Herbst 1938 habe dann auch Beklommenheit und wegen Hitlers allmählich sichtbar werdender Kriegspolitik auch tiefe Sorge ausgelöst.

<sup>44</sup> Unterlagen von Herrn G., die mir am 17. 11. 1992 zur Fotokopie überlassen wurden. Vgl. das Faksimile in der französischen Fassung meiner Arbeit, S. 148ff.

## 2.7 Die Schulen in Backnang im Dritten Reich

### 2.7.1 Die NPEA in Backnang

#### 2.7.1.1 Offizielle Richtlinien<sup>45</sup>

Die Nationalpolitische Erziehungsanstalt (NPEA), die inoffiziell von den Backnangern in der Regel als „Napo“ oder „Napola“ bezeichnet wurde, war eine Einrichtung spezifisch nationalsozialistischer Prägung. Die erste NPEA in Deutschland wurde im Jahr 1933 eingerichtet. Insgesamt gab es nicht mehr als 20 solcher Schulen. Backnang erhielt seine NPEA im Frühjahr 1934. Die Backnanger NPEA wurde in den Gebäuden des Lehrerseminars eingerichtet.<sup>46</sup>

Theoretisch scheinen die Ziele einer NPEA klar zu sein. Wilhelm Gschwend schrieb 1934 darüber anlässlich der Eröffnung der Backnanger NPEA in einer pädagogischen Fachzeitschrift. Darin wird die Schule als Eliteschule beschrieben und als absolute Notwendigkeit für das nationalsozialistische Deutschland. Die Ziele dieser Schule werden folgendermaßen zusammengefaßt:

– Die Anwendung des Führerprinzips, welches für Deutschland wichtig sei, da es eine enge Gemeinschaft zwischen Lehrern und Schülern bildet. Die Anwendung dieses Prinzips bereitet die Schüler auf alle vorstellbaren Berufe vor, die im übergeordneten Interesse des Staates liegen.

– Die Schüler dieser Schule müssen repräsentativ sein für die nationale Gemeinschaft und sich der nationalsozialistischen Idee bewußt sein.

– Das pädagogische Programm muß Platz lassen für eine schöpferische Gestaltung des Geistes im Sinne des Nationalsozialismus.

– Eine Lehrerschaft, die diesen Prinzipien treu ist, muß zur Verfügung stehen.<sup>47</sup>

Zum pädagogischen Programm dieser Eliteschule gehört vor allem der Sport, die Fächer Deutsch, Geschichte, Geographie, wobei die letzten beiden Fächer den Akzent auf die Ras-

senlehre legen, schließlich das Fach Musik, Kunst, Dichtkunst und gleichermaßen Geopolitik oder die „Haushoferische Weltanschauung“. Später, gegen Ende der 30er Jahre, wurde zusätzlich noch Philosophie – selbstverständlich mit nationalsozialistischer Ausprägung – gleichermaßen zum Unterrichtsfach. Als geradezu revolutionär empfand man das Prinzip „Jugend führt Jugend“, das eine weitgehende Eigenverantwortlichkeit der „Jungmannen“ – der Ausdruck „Schüler“ wurde bewußt nicht verwendet – beinhaltete. Nicht minder revolutionär wirkte im Vergleich zu den biederen Lehrplänen der konventionellen Backnanger Oberschule eine umfangreiche praktische und soziale Betätigung der „Jungmannen“, angefangen vom Fliegen, Motorrad- und Autofahren über das Werken bis hin zum fast unterrichtsmäßig durchgeführten Tanz und kulturellem Leben. Ein nachgerade fast modern anmutendes Gleichgewicht von theoretischer „Kopfbildung“ und praktischem Handeln wurde angestrebt.

Die Erwartungen an die Schüler der NPEA waren hoch: *Von den Jungmannen der Nationalpolitischen Erziehungsanstalten wird erwartet, daß sie auch ohne Führerpatent aus eigener Kraft ihren Weg gehen werden. Wenn hier eine Auslese bester deutscher Jungen in harter Gemeinschaftserziehung zu Männern erzogen wird, die nicht sich selbst leben wollen, sondern für ihr Volk und ihr Vaterland und die aus einer gemeinsamen Wurzel in die verschiedensten Berufe hineinwachsen, dann kann von ihnen erwartet werden, daß sie nach Kräften mithelfen, das Reich in guten und noch mehr in schlechten Tagen mit vorbildlicher Treue und Einmütigkeit zusammenzuhalten.*<sup>48</sup>

#### 2.7.1.2 Die Schulpraxis in der NPEA

Dennoch muß man diese extrem politisierte Sicht der NPEA differenzieren. Aufschlußreich ist hier die Autobiographie von Peter Meuer, der erst Schüler der NPEA in Rottweil und von 1941 der NPEA in Backnang war.<sup>49</sup> Sein älterer

<sup>45</sup> Horst Ueberhorst (Hrsg.): *Elite für die Diktatur. Die Nationalpolitischen Erziehungsanstalten 1933 – 1945*. Königstein 1980 (= unveränderter Nachdruck der Ausgabe Düsseldorf 1969) liefert eine umfangreiche Quellensammlung zur Theorie und zum Soll-Zustand der NPEAs.

<sup>46</sup> Vgl. Hermann Wille: *Backnang und sein Seminar vor 50 Jahren*. In: UH Nr. 9 – 11, 1962; Christian Ludwig Brücker: *Das Lehrerseminar in Backnang*. Backnang 1979.

<sup>47</sup> Vgl. dazu Wilhelm Gschwend: *Die Nationalpolitische Erziehungsanstalt in Backnang*. – In: *Aus Unterricht und Forschung* 6, 1934, S. 65 – 70.

<sup>48</sup> August Heißmeyer: *Über die Nationalpolitischen Erziehungsanstalten*. – In: *Der Altherrenbund. Amtliches Organ des NS-Altherrenbundes der deutschen Studenten* 1, 1939, Folge 3, S. 201ff, zitiert nach Ueberhorst (wie Anm. 45), S. 50f.

<sup>49</sup> Peter Meuer: *Linien des Lebens. Eine Kindheit im Schwäbischen und anderswo*. Stuttgart 1991, S. 91ff, 126ff.

Bruder, welcher im Krieg fiel, war ebenfalls dort Schüler. Meuer zeigt in seinem Buch, daß die NPEA sicherlich eine Eliteschule war, aber daß die nationalsozialistische Ideologie den Schulalltag – zumindest in Backnang – wenig prägte: *In Backnang gab es viel weniger Ideologie als in Rottweil. Die beiden NPEAs hatten nicht viel gemeinsam. Das hing sowohl mit der Art und Weise zusammen, wie sie eingerichtet waren, als auch mit den sehr unterschiedlichen Lehrern an beiden Schulen.*<sup>50</sup> Meuer hat in der Backnanger NPEA als am meisten prägenden Erfahrung überdies etwas in sich aufgenommen, was man dort am allerwenigsten erwartet hätte – nämlich Zugang zur Literatur, insbesondere zur Lyrik. Insofern unterschied sich die Schulpraxis der NPEA durchaus von ihren eigenen, bei der Gründung aufgestellten Prinzipien, die natürlich voll und ganz im Geiste des Nationalsozialismus verfaßt waren. Wichtig ist es festzustellen, daß die Schüler der NPEA – anders als die Schüler der „Adolf-Hitler-Schulen“ – nicht dazu bestimmt waren, eine wichtige Funktion innerhalb der NSDAP zu übernehmen. Vielmehr sollten die Zöglinge der NPEA eine Rolle im Staat und insbesondere in der Armee übernehmen. Damit stimmt gut der Eindruck überein, den viele Schüler von der NPEA hatten: Man hatte das Gefühl, das Erbe der alten preußischen Kadettenanstalten übernommen zu haben. Sicher war es von erheblicher Bedeutung, daß es im Kollegium der Backnanger NPEA auffällig wenige Lehrer gab, die unmittelbar der SA oder SS entstammten. Übrigens gab es bei der Umwandlung des Lehrerseminars in die NPEA einen fast völligen Bruch in der Lehrerschaft. Die Seminarlehrer hatten alleamt das Angebot erhalten, in die NPEA übernommen zu werden, aber nur drei – der Oberstudienrat Fritz, ein Turn- und ein Musiklehrer – gingen auf dieses Angebot ein. Alle anderen Lehrer nahmen durch ihre Weigerung, in die Dienste der NPEA zu treten, teilweise erhebliche Nachteile in Kauf (Versetzung an andere Schulen, Aufgabe des Wohnsitzes). Zu Fritz

muß gesagt werden, daß auch er keineswegs aus Enthusiasmus zur NPEA übergetreten sein dürfte. Vielmehr hatte er eben den Neubau seines Hauses in Backnang beendet und hatte wohl gerade deswegen keine Neigung, anderswohin versetzt zu werden. Die Lehrer der NPEA galten als ausgesprochen kultiviert und gebildet.<sup>51</sup>

Die Karriere der Schüler nach dem Krieg zeigt, daß sie sich auch unter den völlig veränderten politischen Verhältnissen mit dem in der NPEA Erlernten überall gut bewährten. Kontakte der NPEA-Schüler mit der Bevölkerung gab es fast nicht. Da sich die NPEA als eine quasi geschlossene, besonders disziplinierte Gemeinschaft betrachtete, hatten die Schüler nur sehr selten Kontakt zu den anderen Jugendlichen der Stadt. Aus Backnang stammende Schüler gab es in der NPEA fast gar keine. Allerdings mußten sich etliche junge Backnangerinnen mindestens einmal im Monat zur NPEA begeben. Die Mädchen wurden ganz offiziell für den Tanzunterricht angefordert. Daß es dabei nicht bei amtlichen Kontakten blieb, ist leicht zu erraten. Ein Backnanger, der 1939 nicht an der NPEA, sondern an der normalen Oberschule sein Abitur gemacht hat, meint dazu:

*Die NPEA wurde von den Backnangern als Fremdkörper empfunden. Es bestanden kaum Kontakte, am meisten noch interessierten sich junge Backnangerinnen (zum Leidwesen ihrer Backnanger Altersgenossen) für die „Napolitaner“ in ihren schicken Uniformen und ließen sich z. B. gerne zur Tanzstunde einladen ... Die Tochter Brigitte des NPEA-Direktors Gräter kam im Jahr 1937 in meine Klasse. Wir verhielten uns ihr gegenüber ziemlich reserviert und waren auch in unseren Gesprächen wegen des Verdachtes, sie könne uns denunzieren, sehr vorsichtig. Auch die Lehrer verhielten sich so.*<sup>52</sup>

Was die Beziehung der NPEA zur Kirche angeht, so war das Verhältnis gelegentlich getrübt. Der Religionsunterricht war längere Zeit ein kontroverses Thema. Grundsätzlich war der Staat gehalten, kirchlichen Religions-

<sup>50</sup> Aussage von Peter Meuer am 13. 12. 1992; sinngemäß auch in Meuer (wie vorhergehende Anm.), S. 93f.

<sup>51</sup> Es muß allerdings beachtet werden, daß die Lehrer der NPEA pro forma allesamt in die SS aufgenommen wurden, und zwar mit einem Dienstgrad, der ihrem Rang als Lehrer entsprach. Ein Studienrat wurde somit, wenn er an eine NPEA versetzt wurde, automatisch Sturmbannführer. Das führte nach dem Krieg im Zusammenhang mit den Entnazifizierungen zu erheblichen Problemen. Ein Lehrer der NPEA konnte sich in seinem Spruchkammerverfahren mit Mühe nur dadurch rechtfertigen, daß er zwar nominell als Oberstudienrat Obersturmbannführer geworden sei, aber niemals eine SS-Uniform besessen habe. Die Mitteilungen über die ehemaligen Seminarlehrer nach Karlmann Maier: Vom Aderlaß zum Laserstrahl. Chronik der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum am Beispiel des Oberamtes Backnang. Backnang 1993, S. 178 und nach mündlichen Auskünften desselben und von Frau S. vom 30. 1. 1995.

<sup>52</sup> Vgl. zum Schicksal der NPEA-Schüler: StAB Sammlung 3. Reich. Die Aussage nach Herrn M., 18. 1. 1995.

# „Werde hart und gefährlich!“

## Ein Wahlspruch der Jungmannen in den nationalpolitischen Erziehungsanstalten Badnang und Rottweil

In diesen Wochen nehmen die 15 Nationalpolitischen Erziehungsanstalten im Reich, von denen sich zwei in Württemberg befinden, und zwar in Rottweil und Badnang, wieder Anmeldungen für das nur im Frühjahr beginnende Schuljahr entgegen. Die Befanntgabe für die Aufnahme erfolgt jeweils Ende November oder Anfang Dezember im „Regierungsanzeiger für Württemberg“.

Für viele Eltern wird da die Frage aufstehen, ob es nicht auch für sie möglich wäre, ihrem Jungen eine solche ausgezeichnete Erziehung und Ausbildung angedeihen zu lassen, wie sie in den Nationalpolitischen Erziehungsanstalten gewährleistet ist. Welches sind nun die Voraussetzungen für den Besuch einer N.P.O., welche Vorteile hat die N.P.O. gegenüber anderen höheren Schulen, wie lange dauert die Ausbildung, und vor allem, wie hoch sind die Kosten?

### Die Auslese der Schüler

Voraussetzung für den Eintritt in die N.P.O. ist im allgemeinen der Besuch einer höheren Schule bis zur Beendigung der 2. Klasse, körperliche, geistige und charakterliche Gesundheit, gute Schulzeugnisse und ein einwandfreies Gutachten vom jetzigen zuständigen Schulleiter und vom HJ-Führer. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, so wird der Schüler für eine einwöchige Probezeit einberufen, während der er nochmals auf Herz und Nieren geprüft wird und zeigen muß, daß er ein ganzer Kerl ist. So muß er beispielsweise Mutproben bestehen, hat bei einem Nachhaken anzutreten, muß im mündlichen und schriftlichen Unterricht seinen Mann stellen. Hat er all diese Proben als echter deutscher Junge bestanden, so wird er als Jungmann in die N.P.O. aufgenommen.

Diese strenge Auslese der Schüler ist notwendig, da in der N.P.O. zu dem allgemeinen Lehrplan der Oberschulen noch zusätzliches geleistet werden muß. Geländedienst, Arbeitsersatz bei der Ernte und in Fabriken, gemeinschaftliche Großfahrten im In- und Ausland, weitgehende politische und weltanschauliche Schulung — jedoch ohne jeden Bewußtseinszwang in religiöser Beziehung — sowie ein reger Schüleraustausch mit dem Ausland, treten als wertvolle Erziehungsfaktoren hinzu. Dabei darf aber die rein wissenschaftliche Ausbildung durch- aus nicht beeinträchtigt werden, im Gegenteil, es kann festgelegt werden, daß die Nationalpolitischen Erziehungsanstalten in den Reifeprüfungsergebnissen den allerbesten württembergischen Oberschulen mindestens gleichzuzählen sind.

Das ist natürlich nur dadurch möglich, daß in den Nationalpolitischen Erziehungsanstalten, die sämtlich Internate sind, die Schüler nicht nur während der Schulstunden, sondern im ganzen Tageslauf von ihren Erziehern betreut werden, daß Schularbeit und Freizeitgestaltung auf ein einheitliches Ziel ausgerichtet werden können.

Wichtig ist hierfür der möglichst frühe Eintritt in die Schule. Nur wenn die Erziehung schon in der untersten, also der 3. Klasse (Quarta) beginnt, ist die reiflose Erfüllung des Lehrplans gewährleistet. Die Erfahrung hat gezeigt, daß dann Festschläge auch sehr selten sind, daß die Jungmannen der N.P.O. die Reifeprüfung fast ausnahmslos mit recht gutem Erfolg bestehen.

### Alle Berufe stehen dem Jungmann offen

Nach Abschließung der N.P.O., der in derselben Zeit erfolgt wie in den anderen Oberschulen, stehen dem Jungmann sämtliche Berufe offen. Zwar weisen ihn die zusätzliche geländesportliche und politische Ausbildung wohl in erster Linie auf die Offizierslaufbahn

hin, doch läßt ihm die Schule alle Möglichkeiten offen. Und das schlußmäßige Rüstzeug, das er von der N.P.O. mitbekommt, wird ihm auch in den anderen Berufen von größtem Nutzen sein.

Das ist alles recht schön und gut, werden da viele Eltern denken, aber die Kosten? Eine solche

zubringenden wurde trotzdem Einheitslichkeit erreicht. Kleider und Wäsche ruhen wohlgeordnet in den Schränken, das Waschzeug in besondere Schächern im Waschkübel, Schuhe und Schuhzeug in kleinen Schränken im Putzzimmer. Von morgens 6 Uhr ab, im Winter eine Stunde später, herrscht emsige Betriebsamkeit in den Räumen



Ein Arbeitszimmer in der N.P.O. Badnang

Ausbildung muß doch sehr hohe Kosten verurursachen. Das ist durchaus nicht der Fall. Unser nationalsozialistischer Staat gibt jedem Tüchtigen die Möglichkeit, vorwärts zu kommen. Für Unterkunft, Verpflegung und Schulgeld wird je nach den wirtschaftlichen Verhältnissen ein Betrag von 200—1200 RM. für das Schuljahr erhoben, der in zehn Monatsraten zu zahlen ist. Bücher, Lernmittel und sonstiger Schulbedarf sind in dieser Summe nicht eingeschlossen, dagegen werden den Schülern mehrere Garnituren Uniformen (Drilllich, Geländeuniform und HJ-Uniform) als Dienstkleidung von der Anstalt gestellt. Für tüchtige Söhne unbemittelter Eltern steht eine Anzahl Freistellen zur Verfügung. Selbstverständlich genießen Kinderreiche ebenfalls besondere Vorteile. Die ganze Stafelung der Erziehungsbeiträge ist also auf vorbildliche und soziale Weise geregelt.

### Nicht Schüler, sondern Jungmannen

Ein Außenstehender würde die Jnfassen der N.P.O. vielleicht mit dem Wort „Schüler in Uniform“ kennzeichnen. Aber die Jungmannen sind mehr als das, sie sind das Kadettenkorps des Nationalsozialismus, eine eng verflochtene Gemeinschaft junger Nationalsozialisten, die bei harter Arbeit zu künftigen Führern erzogen werden sollen. Der gemeinsamen inneren Haltung sowohl der Jungmannen selbst als auch ihrer Erzieher wurde rein äußerlich durch gleiche Kleidung Ausdruck verliehen. Jungmannen und Erzieher tragen Uniformen ähnlich der HJ-Uniform, dazu für den Innen-dienst leichte Drillhosen und als Festanzug den braunen Rock der HJ-Führer mit langer schwarzer Hose. Auch das vertrauliche Du der Erzieher unter sich wie das der Schüler untereinander sind äußerer Ausdruck der inneren Gemeinschaft.

Zehn bis fünfzehn Jungmannen sind gemeinsam untergebracht in den großen Schlafräumen. Matratzen und Bettzeug haben die Jungen selber mitgebracht, durch genaue Größenangabe des Mit-

Nach dem Aufstehen geht's zum Frühstück, dann zum Waschen und Ankleiden. 7.40 Uhr gibt's das erste Frühstück, anschließend eine kurze Morgenlesung aus einem nationalsozialistischen Werk. Der sechsstündige Schulunterricht wird vom zweiten Frühstück unterbrochen. Das schmackhafte Mittagessen besteht aus zwei Gängen, darnach ist eine Stunde Bettruhe. Der Nachmittag ist ausgefüllt mit Sport, Werkunterricht, Musik, politische



In diesen schönen und hellen Räumen verbringen die Jungmannen ihre Freizeit.

Wid: N.P.O., Badnang



licher Schulung, dazwischen gibt's Nachmittags-tarife und am Abend ein kräftiges Abendbrot. Für die Ausfüllung des Abends sind die mannigfaltigsten Möglichkeiten vorhanden. Da werden kleine Hauskonzerte abgehalten, man liest in den zahlreichen vorhandenen Zeitungen, spielt Schach oder Gesellschaftsspiele, beschäftigt sich mit dem Ausbessern der Kleidung, hört politische und weltanschauliche Vorträge oder nimmt teil am G.A. Dienst. Dabei werden die älteren Schüler zum Teil als Schachführer eingesetzt.

Das ist ein langer und schwerer Arbeitstag, aber er vergeht wie im Flug durch seine Vielgestaltigkeit und seine Reichhaltigkeit.

#### Jungmännerboxen und Illegen

Sehr großer Wert wird neben der wissenschaftlichen Ausbildung auf die Leibesübungen gelegt. Neben den regelmäßigen Turnstunden kann jeder Jungmann einen Wahlsport ausüben. Boxen, Segelfliegen, Schifahren, Motorradfahren, Autofahren, alles wird gelehrt und geübt.

Einen großen Raum im wöchentlichen Stundenplan nimmt der Wertunterricht ein. Er erstreckt sich in erster Linie auf Segelflugzeugmodellbau, daneben werden Gebrauchsgegenstände und hölzernes Spielzeug für die NSD, hergestellt. Dabei stellen sich die einzelnen Schulen noch nette Sonderaufgaben, so fertigt zum Beispiel die NPD, Kottweil eine mittelalterliche Stadt mit Mauern, Toren, Türmen, Kirchen und langen Reihen von Fachwerkhäusern. Jeder Schüler stellt ein Stück dieser Stadt her und hinterläßt so der Anstalt ein hübsches Andenken an seine Tätigkeit. Für Photoarbeiten ist eine besondere Dunkelkammer vorhanden, in der die Jungmänner ihre Lichtbildarbeiten selbständig entwickeln und vergrößern können.

Schüler sind im allgemeinen zum Lernen da und noch nicht um große Leistungen zu vollbringen. Wie sein aber Lernen und Dienst fürs Volk miteinander verbunden werden können, das zeigen unsere Nationalpolitischen Erziehungsanstalten. Da werden zum Beispiel die Schüler bei der Erntehilfe im deutschen Grenzland eingesetzt, helfen den Bauern und leisten dabei noch wertvolle Grenzland- und Volkstumsarbeit, da stellt die NPD, Badnang das Dorfsippenbuch von Sulzbach an der Murr zusammen, da werden von den Kottweiler Jungmänner Geräte für die NSD, her-

gestellt. Das ist kein trodener Schulunterricht, das greift hinein ins wirkliche Leben, erzieht zu dem Bewußtsein, daß das ganze Tun dem Volk und dem Führer gehört.

#### Jugend von Jugend geführt

In einer Erziehungsanstalt, in der 160 junge Menschen beisammen leben, muß strengste Manneszucht herrschen. Trotzdem soll aber Zwang von Erzieherseite nach Möglichkeit vermieden werden. Die Nationalpolitischen Erziehungsanstalten haben hier einen sehr glücklichen Ausweg gefunden, indem die Schüler von den Schülern selbst geführt werden. Jeder Stube steht ein Kameradschaftsführer vor, der für Ordnung und Leistung in der ihm unterstehenden Schar zu sorgen hat und leitet dem Erzieher vom Dienst voll verantwortlich ist. Die Organisation ist dem Aufbau der Hitler-Jugend angepaßt und verbindet den Grundsatz „Jugend soll von Jugend geführt werden“ mit dem Vorhandensein absoluten Gehorsams und muster-gültiger Zucht. Wie viel Selbstständigkeit dabei den Jungmännern gelassen wurde, beweist die Tatsache, daß keine Vergehen von Ehrengerichten der Jugend selbst gehandelt werden, ohne daß Erzieher dabei sind. In ersteren Fällen greifen natürlich die Erzieher mit ein.

#### Eine Schule geht zum Tanz

Unsere Jungen sollen frisch und natürlich sein. Das besagt aber noch lange nicht, daß sie deshalb etwa keinen gesellschaftlichen Schlick zu haben brauchen. In der NPD wird darauf im Gegenteil sogar sehr großer Wert gelegt. In der NPD, Badnang zum Beispiel erhalten die älteren Jahrgänge jede Woche eine Stunde Tanzunterricht und der älteste Jahrgang fährt sogar jeden Mittwoch abend nach Stuttgart zum Tanz.

Der Arbeitstag der Jungmänner spielt sich in modernst eingerichteten Schulräumen und in freundlich ausgestatteten Arbeitszimmern ab. Jede Stube legt Wert auf möglichst schöne und originale Ausstattung.

Beide württembergischen Nationalpolitischen Erziehungsanstalten sind umgeben von Gärten und Grünflächen, von großen Höfen und Sportplätzen. Wagenschuppen bergen Kraftwagen und Motorräder für die Jungmänner, für die Beförderung von größeren Gruppen stehen einige Omnibusse zur Verfügung.

Wenn man dann noch hört, wie froh und glücklich die Jungen heimkehren von ihren Fahrten durch Ostpreußen, nach Jugoslawien, nach Griechenland, wenn sie erzählen von der Schicht im Gebirge, in der sie jeden Winter zehn Tage zubringen dürfen, wenn man ihre

Abb. 9: Einen bemerkenswerten Einblick in das Selbstverständnis der NPEA gibt der um eine Abbildung gekürzt wiedergegebene Beitrag vom 22. 10. 1938 mit dem reißerischen Titel „Werde hart und gefährlich!“

selbstgezeichneten Filme und ihre selbstausgenommenen Photos sieht, dann versteht man, daß hier eine glückliche und frohe, aber auch eine kraftvolle und stolze Jugend heranwächst. Die Nationalpolitische Erziehungsanstalt wird bald das Mutter der deutschen höheren Schule sein, denn sie trägt so richtig den Geist des Nationalsozialismus, den Geist des neuen Deutschlands in sich. Willi Merkel



Eine motorisierte Kameradschaft der NPEA, Badnang. Bild: NPEA, Badnang



Die Jungmänner beim Segelflugzeugbau

Bild: Offenbach

unterricht zuzulassen. Tatsächlich hielt bis Februar 1937 Pfarrer Gutbrod auch regelmäßig Religionsunterricht. Dann verließ er Backnang, nicht zuletzt, weil er nicht mit der Rolle der NPEA einverstanden war. Seiner Ansicht nach wurde dort der christliche Glauben bekämpft.

Im Laufe des Jahres 1937 entstand im Anschluß an den Weggang Gutbrods ein Streit zwischen Dekan Otto Bihlmeier, bis Februar 1937 Gutbrods kirchlicher Vorgesetzter, und dem Direktor der Schule, Dr. Reinhold Gräter. Es ging um die Fortführung des Religionsunterrichts. Im Jahre 1938 akzeptierte Gräter die Wiederaufnahme des Religionsunterrichts, aber er sollte nur zeitweilig gegeben werden. Zeitweilig hatte Gräter, der manchmal in SS-Uniform gekleidet war, die Religionsstunden durch Unterricht in nationalsozialistischer Weltanschauung ersetzt. Solche Stunden ergänzten auch nach 1938 den Religionsunterricht.<sup>51</sup>

Dennoch blieb eine gewisse religiöse Toleranz erhalten. Schüler, die sich konfirmieren lassen wollten, wurden in keiner Weise von der Schulleitung diskriminiert.<sup>54</sup>

## 2.7.2 Das klassische Schulsystem

Trotz der NPEA konnte die Realschule mit Lateinabteilung Backnang in den von uns untersuchten Jahren eine Schülerzahl zwischen 260 und 315 verzeichnen.<sup>55</sup> Dabei wuchs – bei einigen kleineren Schwankungen – die Schülerzahl beständig. Die Stadt mußte bis 1937 warten, bevor eine voll ausgebaute Oberstufe eingerichtet wurde, die zum Abiturabschluß führt. Bis zum Jahre 1937 konnte man in Backnang nur die Mittlere Reife ablegen. Erst 1939 machte der erste Jahrgang das Abitur in Backnang. Die Ausbildung umfaßte Fächer wie Mathematik und Physik, Deutsch, zwei lebende Fremdsprachen, Französisch und Englisch, z. T. Latein, dann Kunsterziehung, Sport und Religion.

Im Vergleich mit der NPEA war die Realschule mit Lateinabteilung, die dann ihren Namen in „Oberschule für Jungen“ änderte, von einer wesentlich gemäßigeren und konservativeren Pädagogik geprägt. Man darf auch hier nicht unbedingt die theoretischen Anforderungen mit der schulischen Realität gleichsetzen. Theoretisch galt die folgende Aussage aus dem Amtsblatt des württembergischen Kultministeriums: *Die oberste Aufgabe der Schule ist die Erziehung der Jugend zum Dienst am Volkstum und Staat im nationalsozialistischen Geist. Alles, was diese Erziehung fördert, ist zu pflegen, alles was sie gefährdet, zu meiden und zu bekämpfen. Richtunggebend für die volks- und staatspolitische Erziehung sind die durch die deutsche Freiheitsbewegung bestimmten Ziele der Reichsregierung. Das gesamte innere und äußere Leben der Schule steht im Dienst dieser Aufgabe. Leiter, Lehrer, Schüler und Schulangestellte sind ihr verpflichtet. [...] Die Hitlerjugend ergänzt diese Arbeit durch Stärkung des Charakters, Förderung der Selbstzucht und körperliche Schulung.*<sup>56</sup>

In der Praxis sah das nicht unbedingt so aus. Die Lehrer waren nicht speziell dafür ausgewählt, Schüler für eine zukünftige Elite auszubilden, vielmehr waren sie schon lange Jahre an der Schule tätig, mußten sich aber auf die neuen Umstände einstellen.

Wer das nicht tat, mußte mit Konsequenzen rechnen: Der Direktor der Realschule, Dr. Ludwig Wendelstein, der bis 1933 Mitglied der linksliberalen DDP gewesen war, wurde im Jahr 1938 entlassen – offiziell aus gesundheitlichen Gründen, aber in Wahrheit wegen mangelnder Orientierung am neuen Regime. Freilich lief die Entlassung Wendelsteins in einer Weise ab, daß Außenstehende – beispielsweise die Schüler oder deren Eltern – sich auch nicht ansatzweise über die wahren Hintergründe von Wendelsteins Abgang klar wurden.

<sup>51</sup> Aussage von Peter Meuer am 13. 12. 1992. Nach Meuer sprach man in diesen Stunden von Gott und der Welt und vom Willen, ein erneuertes Christentum zu schaffen. Gräter galt im gebildeten Backnanger Bürgertum zwar zweifellos als überzeugter Nationalsozialist, aber er hatte den Ruf eines Mannes von hoher Bildung und Kultur ohne Neigung zum Fanatismus. Er hat sich nach dem Ende des NS-Staates 1945 das Leben genommen. (Aussage von Frau S. am 30. 1. 1995.) Der verstorbene Ehemann von Frau S. war Schüler der NPEA und kannte Gräter gut; außerdem bestanden familiäre und persönliche Kontakte Gräters zur Familie von Frau S.

<sup>52</sup> Aussage von Meuer, ebenfalls am 13. 12. 1992.

<sup>53</sup> Zum folgenden Kapitel ist – wenn im Einzelfall nichts anderes angegeben – grundsätzlich zu vergleichen: Königstein (wie Anm. 4), S. 42 – 70; vgl. auch die Tabelle „Die Entwicklung der Schülerzahlen an den Backnanger Gymnasien und ihren Vorläufern in den Jahren 1899 bis 1980“, ebd., S. 41.

<sup>54</sup> Amtsblatt des Kultministeriums 1934, S. 15ff, zitiert nach Königstein (wie Anm. 4), S. 44.

Im Schulalltag korrespondierten im übrigen äußere Verhaltensweisen nicht zwangsläufig mit inneren Überzeugungen, wie sich Herr W. erinnert: *Anlässlich der zahlreichen Gedenktage mit Fahnenhissung, die von der Machtergreifung Hitlers an organisiert wurden, fiel es unseren Lehrern mit bis 1933 offen demokratischer Gesinnung sehr schwer, den rechten Arm zum Zeichen des Hitlergrüßes zu heben. Ich erinnere mich hier vor allem an unseren Mathematiklehrer. Ein anderer Lehrer, Herr Martin Goes machte dies sogar auf eine so widerwillige Art, daß man dabei leicht seine ablehnende Haltung erkennen konnte.*

Die Lehrer, welche an der Realschule unterrichteten, wechselten wenig: Das Kollegium bestand aus etwa 15 eigentlichen Lehrern, dazu kamen noch die Pfarrer, welche Religionsstunden erteilten. Doppelzugehörigkeit zur Realschule und NPEA gab es praktisch nicht. Allerdings ist ein Einzelfall bekannt, daß ein Lehrer von der NPEA an die Realschule „ausgeliehen“ wurde.

Bis zu seiner Entlassung bemühte sich Direktor Wendelstein, daß sich seine Kollegen nicht zu sehr in der Partei engagierten. In der Tat sind sehr wenig Lehrer Mitglieder der NSDAP geworden. Die meisten Lehrer der Oberschule waren nicht politisch engagiert, und sogar diejenigen, die der NSDAP angehörten, waren in ihrem Unterricht und ihren Äußerungen eher zurückhaltend. Das gilt bis zu einem gewissen Maße sogar für den seit Ende 1938 amtierenden Nachfolger Dr. Wendelsteins, Hermann Walter. Obwohl NSDAP-Mitglied und in diesem Sinne politisch „zuverlässiger“ als sein liberaler Vorgänger, können sich seine ehemaligen Schüler nicht an einen auffällig indoktrinierenden Unterricht erinnern. Walter genoß vielmehr den Ruf eines in seinen Fächern Französisch, Englisch, Deutsch und Geschichte äußerst kompetenten und beliebten Lehrers. Es fiel seinen Schülern allerdings auf, daß Walter – im Gegensatz zu den meist als unpolitisch empfundenen anderen Lehrern – sehr politische Themen aufgriff.<sup>57</sup>

Karl Bruder, ebenfalls Geschichtslehrer und im Kriege Stellvertreter des oft an die Front abkommandierten Walter, fiel seinen Schülern weniger durch nationalsozialistischen

Unterricht im engeren Sinne auf, sondern als Anhänger des Tannenbergbundes von General Ludendorff. Als Tannenbergbundler trat Bruder mit teils abstrusen Weltverschwörungstheorien hervor, die seine Schüler anfangs durchaus interessierten, in ihrer Monotonie aber bald langweilten.<sup>58</sup>

Wie nicht anders zu erwarten, wurde vor allem der Geschichtsunterricht von der Politik geprägt. Der Versailler Vertrag wurde im Unterricht unter dem Titel „Schanddiktat von Versailles“ behandelt (wobei dies freilich kein Spezifikum des Geschichtsunterrichts nach 1933 war; auch in der Weimarer Zeit waren sich die Geschichtslehrer da in ihrem Urteil einig). Die Weimarer Republik wurde in einer einzigen Unterrichtsstunde abgehandelt und als ein Komplott der Juden und der Freimaurer dargestellt. Hitlers Machtergreifung dagegen wurde unter allen möglichen Aspekten ausführlich besprochen. Mit dem Schulbeginn im Jahre 1933 hatte das Kultusministerium verboten, daß die Verfassung von Weimar im Unterricht besprochen wurde. Der Erfolg des neuen Regimes wurde dagegen zum zentralen Unterrichtsgegenstand im Fach Geschichte.

Allerdings muß man deutlich den Unterricht vor Kriegsbeginn 1939 und den Unterricht nach Kriegsbeginn unterscheiden. Charakteristisch für den letzteren sind die Fragen im mündlichen Abitur vom Jahre 1941:

1. Der Erfolg der deutschen U-Boote.
2. Die Ostfront im Jahre 1914.
3. Wie ist es dem Führer gelungen, Raum im Osten für das deutsche Volk zu erobern?
4. Welches Ziel sucht die Nationalsozialistische Siedlungspolitik in den Grenzgebieten zu erreichen?

Es bleibt zu bemerken, daß die ganze Gesellschaft sich in diesem Klima weiter entwickelte, so daß ein derartiger Schulunterricht sehr rasch zu einer Alltäglichkeit wurde.

Vor Kriegsbeginn waren die Verhältnisse wesentlich gemäßigter. Leider sind hier keine Unterlagen über typische Aufsatzthemen erhalten, aber zum Glück erinnert sich ein ehemaliger Schüler noch an ein damals zu bearbeitendes Thema. Es lautete: „Stadt und Land – Hand in Hand“ und sollte behandeln, wie die neue

<sup>57</sup> Aussagen mehrerer ehemaliger Schüler Walters, erhoben bei der Arbeit zum Buch 450 Jahre Lateinschule Backnang (wie Anm. 4) in den Jahren 1988 und 1989.

<sup>58</sup> Aussage von Herrn H. M. 1986 gegenüber Gerhard Fritz.

Abend des BDM im Marienheim  
der Spinnerlei J. F. Adloff AG.

**Backnang.** Zum ersten Male hielt der BDM im Marienheim einen Abend, an dem alle Jungsassen des Heims teilnehmen konnten. Die Untergauleitende und die Spielführerin des Untergaus 334 waren dazugekommen, um den Kameradinnen einiges aus dem Leben und Treiben des BDM zu zeigen. Die Untergauleitende begrüßte die Mädchen und gab dann das Wort weiter an die Sozialstellenleiterin vom Obergau Württemberg, Paula Steidle.

In verständnisvoller Weise sprach diese von den Aufgaben unseres Bundes: Wir haben die Erfahrung gemacht, daß die Jungarbeiterin so wenig unterrichtet ist über das, was wir schaffen und was wir wollen. Wir gehören doch zusammen durch das Gesetz des Führers. Wir sind ein geschlossenes Ganzes; weil wir die Jugend sind, die verpflichtet ist, in einem neuen Deutschland mitzubauen. Es ist unmöglich, daran zu denken, wie es in Deutschland vor 4 Jahren war, so durfte es nicht bleiben; und es muß nun von Jahr zu Jahr besser werden. Eine erfolgreiche Arbeit ist nur möglich, wenn wir unauf löslich verbunden sind, zusammenschweißt zu einem Ganzen. Unsere Frage soll nicht immer sein: was wird mein Lohn sein, was wird für mich herauskommen, sondern der Zukunft, unsern Kindern, soll unsere Arbeit gelten. Ihr sollt wissen, daß ihr nicht nur einen Handgriff den Tag über tut, eure Arbeit muß den Sinn haben: „ich arbeite auf meinem Platz und von mir hängt es ab, ob das Deutschland von morgen es besser hat.“ Was wir dem Führer und seinen Getreuen verdanken, wird uns deutlich, wenn wir heute nach Rußland und Spanien blicken.

Das, was wir uns in unseren Heimabenden erzählen, wovon wir sprechen, soll so sein, daß jedes Mädchen fühlt, wir gehören zusammen; und das ist etwas neues. Wir sind auch vergnügt, spielen und tanzen, aber wir kennen eine Verantwortung, und Einsatzbereitschaft müssen wir fordern. Wir sind mitverantwortlich, daß der Bauer seine Frucht hereinschaffen kann, — daß der Vierjahresplan durchgeführt wird. —

Es ist unmöglich, daß ein deutsches Mädchen seinen Stolz und seine Feinheit preisgibt. Wir sind die Garanten des neuen deutschen Mädchens und der deutschen Frau.

Wenn die soziale Frage noch nicht so gelöst ist, wie wir wünschen, so ist eine unserer wichtigsten Aufgaben, daran weiter zu arbeiten. Wir wollen euch helfen. Urlaub und Erholung sollt ihr in unsern Ferienlagern verbringen. Wir haben zu sorgen, daß eine gesunde Generation heranwächst. Wir sind allerdings nicht dazu auf der Welt, um es schön und bequem zu haben, sondern um unsere Pflicht zu tun und darin muß sich der Führer auf uns verlassen können.

Allerlei lustiges Spiel und Singen schloß sich an. Selbst die Mädchen aus andern Gauen konnten rasch ein schwäbisches Lied. Einige Spielführer-Mädchen ließen vor uns das Märchen von der schönen Wilossee sein entstehen, so wie es uns das alte Volkslied überliefert hat. Der Abend verging nur zu rasch; wir mußten eben Schluss machen, als es am schönsten war. Ein Lied vereinte uns noch einmal zu der großen Kameradschaft, die kein Mädchen außerhalb ihrer Reihen wissen möchte.

NS-Sozialpolitik die Benachteiligung der Landbevölkerung gegenüber der Stadtbevölkerung abgebaut hatte. Ansonsten habe man vor 1939 meistens literarische Themen im Deutschunterricht behandelt, beispielsweise Goethes Faust.<sup>39</sup>

Außer dem eigentlichen Unterricht war es die Aufgabe der Schule, darüber zu wachen, daß jeder Schüler die Versammlungen der Hitler-Jugend besuchte. Der Samstag war zum Staatsjugendtag erklärt worden, und dieser Tag gehörte ganz der Hitler-Jugend, d. h. der Unterricht fiel samstags aus. Dieses Ineinandergreifen zwischen Schule und Hitler-Jugend findet seinen Ausdruck auch in der Tatsache, daß die Zugehörigkeit zur Hitler-Jugend oder zum BDM als ein wichtiger Teil der Erziehung angesehen wurde. Außerdem wurde das Gelände der Realschule der Hitler-Jugend zur Verfügung gestellt.

Inwieweit die Schüler vom Nationalsozialismus überzeugt waren, ist aus dem derzeitigen Forschungsstand im einzelnen schwer zu ermessen, man wird aber davon ausgehen können, daß zumindest ein guter Teil der Schüler durchaus in nationalsozialistischen Kategorien dachte. Fälle, in denen Schüler ihre Lehrer wegen vermeintlich nicht genügend linientreuer Haltung zur Rede stellten, sind zwar für das benachbarte Murrhardt überliefert, nicht jedoch für Backnang. Erschwert wird eine Einschätzung der Verhältnisse auch dadurch, daß manche Schüler die neuen Verhältnisse nutzten, um ungeliebte Lehrer schlichtweg zu ärgern: *Von Politik hatten wir als Zwölf- oder Dreizehnjährige natürlich überhaupt keine Ahnung. Aber wir wußten, daß einer unserer Lehrer — ich glaube, es war ein Herr Hummel — von Hitler und der NSDAP nichts hielt. Als ein Mitschüler vor 1933 einmal ein Hakenkreuz auf die Tafel gekritzelt hatte, hatte er gesagt: „Du armer Junge!“ Eben wegen der bekannten Haltung unseres Lehrers sammelte unsere Klasse 1933 Geld für ein Hitlerbild, das wir in der Klasse aufhängten. Wir beobachteten mit*

Abb. 10: Die Mädchen fanden ihre neue organisatorische Heimat im Bund deutscher Mädchen (BDM). Der Aufsatz aus dem Murrthal-Boten vom 23. 2. 1937 zeigt, wieviel ehrlicher Idealismus und jugendliche Naivität von den Nazis schamlos mißbraucht wurde.

<sup>39</sup> Aussage von Herrn M., 28. 12. 1994.

*Schadenfreude das hilflose und verzweifelte Gesicht des Lehrers, der gegen unsere Aktion natürlich nichts machen konnte.*<sup>60</sup>

Über die Entwicklung der Backnanger Volksschulen und der Ende der 30er Jahre neu gegründeten Mittelschule liegen leider für die NS-Zeit keine Untersuchungen vor.

## 2.8 Die Rolle der Kirchen in Backnang<sup>61</sup>

### 2.8.1 Die Bedeutung der Evangelischen Kirche

Die Bedeutung der evangelischen Kirche in Backnang in der NS-Zeit war eine doppelte. Einerseits war Württemberg eine Land, das historisch vom Protestantismus seit Jahrhunderten geprägt war. Gut 90% der Backnanger Bevölkerung waren um 1933 evangelischen Glaubens. Unter diesen Protestanten gab es zwar einige Methodisten, aber die Mehrheit der Einwohner Backnangs bekannte sich zu der evangelischen württembergischen Landeskirche. Da nur relativ wenige Katholiken in Backnang lebten, die überdies meist erst seit wenigen Jahrzehnten zugewandert waren, bestimmte die evangelische Kirche weitgehend das öffentliche kirchliche Leben. Darüber hinaus waren Personen wie der evangelische Dekan und seine Pfarrer aber auch durchaus Respektspersonen im weltlichen Leben, und keine staatliche oder kommunale Macht konnte es ohne weiteres wagen, mit ihnen leichtfertig einen Konflikt zu provozieren.

#### 2.8.1.1 Die Geistlichen

Das geistliche Personal des Backnanger Dekanats bestand in unserem Untersuchungszeitraum aus fünf Mitgliedern. Zunächst gab es da den Dekan, den höchsten Geistlichen am Ort. Er unterstand direkt dem Landesbischof von Württemberg, Theophil Wurm. Bei der Macht-ergreifung Hitlers hatte Dekan Klinger dieses

Amt inne, und zwar schon seit dem Ende des Ersten Weltkrieges. Seine Gesundheit war aber angeschlagen, und so wurde im August 1934 der bisherige Backnanger Pfarrer Otto Bihlmaier für eine Übergangszeit zum Vertreter Klingers als Dekan gewählt. Schließlich wurde er im Mai 1935 nach dem Tod von Dekan Klinger endgültig zum Dekan ernannt. Die politische Orientierung des neuen Dekans tendierte in Richtung der NS-treuen „Deutschen Christen“, ohne daß sich Bihlmaier freilich mit seinem Landesbischof überworfen hätte.

Pfarrer Martin Goes, ein weiterer evangelischer Geistlicher,<sup>62</sup> hatte im Gegensatz zu Bihlmaier eher eine traditionelle Position inne, d. h. er hielt grundsätzlich zu Landesbischof Wurm. Goes war überdies ein früher Anhänger der Ökumene und hatte regelmäßige Kontakte mit der katholischen Johanneskirchen-Gemeinde in Backnang. Man beobachtete dies von allen Seiten mit einem gewissen Mißtrauen, sowohl von seiten des NS-Regimes als auch von seiten des Dekans. Noch mehr wurde von diesem seine ablehnende Haltung gegenüber den „Deutschen Christen“ mißbilligt. Goes galt beim Regime als notorisch „politisch unzuverlässig“ und wird in der 1936/40 entstandenen Liste über „Personen, die heute noch politisch unzuverlässig, asozial sind oder wegen krimineller Straftaten polizeilich überwacht werden müssen“, mit der „Stufe 3“ eingeschätzt, der offenbar niedrigsten Stufe „unzuverlässiger“ Personen.

Der dritte Pfarrer hieß Otto Gauß und war aktives Mitglied der „Deutschen Christen“ und Mitglied der Backnanger SA. Er brachte den Kirchenkampf ins Dekanat. Nach 1938 war er es, der gelegentlich die Religionsstunden in der NPEA sicherstellte. Der Pfarrer Gutbrod, welcher von Januar 1935 bis Februar 1937 im Amt war, verließ die Pfarrei aufgrund seiner ablehnenden Haltung zur NPEA. Er hatte an der NPEA Religionsunterricht erteilt.

<sup>60</sup> Vgl. zu der Denunziation unten Kap. 2.8.1.2. Die Episode mit dem Hitlerbild nach Herr M., 30. 12. 1994.

<sup>61</sup> Die Rolle der katholischen Kirche in Backnang während der NS-Zeit konnte in unserer Untersuchung nicht berücksichtigt werden. Auch die neuerdings erschienene Festschrift zum 100jährigen Jubiläum der katholischen Kirchengemeinde St. Johannes Backnang, Hrsg. v. Katholischen Pfarramt St. Johannes Backnang 1994 bietet zur NS-Zeit praktisch nichts.

<sup>62</sup> Beachte zu Goes auch das „Verzeichnis über solche Personen, die heute noch politisch unzuverlässig, asozial sind oder wegen krimineller Straftaten polizeilich überwacht werden müssen“ (Original in Privatbesitz, Fotokopie der drei Seiten langen, 57 Personen umfassenden Liste StAB Sammlung 3. Reich; die Abfassung des Verzeichnisses läßt sich auf frühestens 1936 und spätestens 1940 eingrenzen). Das Verzeichnis enthält zu Goes die folgenden Daten: *Goes, Martin, verh. Pfarrer (Stud.-Rat), geb. am 13. 8. 1883 in Gronau, wohnhaft Backnang, Schöntaler Str. 63*. Das erst im Dezember 1994 in den Besitz des StAB gekommene Verzeichnis konnte in der vorliegenden Untersuchung nicht mehr umfassend ausgewertet werden.



Abb. 11: Otto Bihlmaier, 1935 bis 1945 Dekan in Backnang. Bihlmaier fiel als Hauptmann der Artillerie im Februar 1945 an der Ostfront.

Er wurde von Pfarrer Eberhard Jetter abgelöst.<sup>63</sup> Über ihn ist zwar wenig in Erfahrung zu bringen, aber er muß jedenfalls ein entschiedener Gegner der „Deutschen Christen“ und des NS-Staates gewesen sein. In derselben Liste „politisch unzuverlässiger Personen“, in der auch Goes genannt wird, ist Jetter sogar mit der höheren Stufe 2 eingruppiert, d. h. er war dem Regime noch mißliebiger als Goes. Im Jahre 1938 könnte Jetter dem Regime wohl in besonders negativer Weise aufgefallen sein: Er hatte bei der Volksabstimmung über den Anschluß Österreichs beobachtet, wie ein NSDAP-Funktionär Manipulationen an den Wahlumschlägen durchführte. Er teilte das seinem Kollegen, dem Pfarrer Weber aus Dürrenzimmern, in einem Gespräch mit.<sup>64</sup>

Der Vollständigkeit halber sei auch die Anwesenheit eines Vikars erwähnt, welcher freilich nicht länger als sechs Monate am Ort blieb.

### 2.8.1.2 Das Kirchenvolk

Die Verbindung der Kinder und Jugendlichen zur Kirche war früh vorhanden, nicht zuletzt weil die Religionsstunden ein wichtiges Element im Unterricht darstellten. Außerdem war die Konfirmation eine wichtige Etappe im Leben der Jugendlichen. Das Feiern des Konfirmationsfestes geschah allerdings in der NS-Zeit oft in paradoxer Weise, weil die Jugendlichen sich dazu in ihre Hitler-Jugend-Uniform kleideten. Allerdings scheint man das Tragen der Uniform zum Teil durchaus als eine Ehre und nicht als ein politisches Zeichen verstanden zu haben. Überdies sprachen auch ganz praktische Gründe für eine Konfirmation in Uniform: *Ich habe meine Konfirmation im Jahre 1935 in Uniform gefeiert. Auf diese Weise mußten meine Eltern nicht extra einen Konfirmationsanzug kaufen.* Dennoch wurde deutlich, daß der politische Charakter der Uniform bis vor den Altar gegenwärtig war. Vor den Pfarrer in Uniform zu treten, war allerdings durchaus nicht allgemein gebräuchlich geworden. Mehrere befragte Zeugen können sich überhaupt nicht erinnern, daß sie oder einer ihrer Altersgenossen bei der Konfirmation die HJ-Uniform getragen haben sollen.<sup>65</sup>

Inwieweit die antikirchliche Politik des Nazi-Regimes Auswirkungen bei den Jugendlichen zeigte, ist schwer zu sagen. Unter den von uns befragten Zeugen findet sich nur eine Person, die ausdrücklich davon berichtet, daß sie bei ihrer Konfirmation – im Jahre 1939 – Aggressionen gegen diejenigen verspürt habe, die regelmäßig die Kirche besuchten.<sup>66</sup>

Der NS-Staat war gegenüber den Kirchen in einer komplizierten Situation, die auch in Backnang deutlich wurde: Einerseits wollte man die Autorität einer potentiell dem Nationalsozialismus schwer zugänglichen Institution, wie es die Kirche war, unbedingt unterhöhlen, andererseits mußte man das offiziell bestehende Band zwischen Staat und Kirche respektieren. Die Haltung der Nazis wurde bei den jährlichen Wahlen zum Kirchengemeinderat deutlich. Die NSDAP rief ihre Anhänger dazu auf, sich für diese Wahl zu mobilisieren und

<sup>63</sup> Dasselbe Verzeichnis vermerkt zu Jetter: Jetter, Eberhard, *verh. Pfarrer*, geb. am 13. 8. 04 in Ravensburg, wohnhaft Stiftshof 8 hier.

<sup>64</sup> Gerhard Schäfer: Dokumentation zum Kirchenkampf. Die Evangelische Landeskirche und der Nationalsozialismus. Bd. 5: Babylonische Gefangenschaft 1937 – 1938. Stuttgart 1982, S. 931.

<sup>65</sup> Die Aussage nach Herrn M. Nicht an HJ-Uniformen kann sich erinnern Hermann Lachenmaier jun. am 19. 12. 1994.

<sup>66</sup> Aussage von Frau A. am 21. 12. 1992.

unterstützte gleichzeitig die Liste der „Deutschen Christen“. Für sie kandidierte der Bürgermeister von Backnang, Dr. Albert Rienhardt.

Man darf allerdings solche kircheninternen Gegensätze hinsichtlich ihrer Breitenwirkung nicht überbewerten. Die Konfirmation beispielsweise lief während der ganzen NS-Zeit in Backnang in derselben festen Form ab: Sie fand jedes Jahr im März statt, und die Würde dieses Festes wurde von allen kirchenpolitischen Querelen niemals ernsthaft beeinträchtigt.

Erwähnenswert für das Verhältnis der evangelischen Kirche zum NS-Staat ist die ambivalente Haltung des damaligen Präzeptors, d. h. Lateinschullehrers Gotthold Scheytt.<sup>67</sup> Scheytt lebte zwar nicht in Backnang, sondern im benachbarten Murrhardt, er sei dennoch hier angeführt, weil sich eine Person mit vergleichbar differenzierter Aussage in Backnang nicht findet und weil Meinungen wie die seine in der evangelischen Kirche weit verbreitet gewesen sein dürften. Präzeptor Scheytt gehörte zu einer in der Gegend relativ weitverbreiteten pietistischen Strömung der evangelischen Kirche und sah sich eher als unpolitischen Menschen an. Trotzdem betrachtete er die Machtübernahme Hitlers 1933 nicht ohne Sympathie, nicht zuletzt weil er der Weimarer Republik keinerlei Überlebenschance mehr einräumte und weil er als einzige Alternative eine kommunistische Machtübernahme sah. Nach einigem Zögern trat er in die NSDAP ein, und zwar ausdrücklich, weil das Parteiprogramm der Nazis aussagte, daß die NSDAP „den Standpunkt eines positiven Christentums“ vertrete.<sup>68</sup> Er war dann jedoch über die Übungen der Hitler-Jugend irritiert, die offenbar bewußt sonntagsmorgens angesetzt wurden, um die Jungen vom Besuch des Gottesdienstes abzuhalten. Im Unterricht machte er auch entsprechende Andeutungen, obwohl er sich ansonsten in der Schule politisch völlig bedeckt hielt. Wegen seiner Andeutungen wurde er schließlich von drei Schülern zur Rede gestellt, er solle deutlicher für Hitler Stellung beziehen. Vielleicht waren es auch

diese Schüler, die ihn bei der Gestapo denunzierten, denn diese zog wenig später auf dem Rathaus Erkundigungen über ihn ein. Allerdings blieb der Vorstoß der Gestapo ohne weitere Folgen.<sup>69</sup>

## 2.8.2 Der Kirchenkampf

Der Hauptkonflikt innerhalb der evangelischen Kirche bestand in der Tatsache, daß die protestantische Kirche eine innerhalb der einzelnen deutschen Länder jeweils den gesamten Staat umfassende Kirche war. Im Gegensatz zur katholischen Kirche, welche über die päpstliche Autorität verfügte, entbehrte die evangelische Kirche in Deutschland eines solchen außerdeutschen Rückhalts und war deshalb anfälliger für staatliche Beeinflussungen.<sup>70</sup> Wichtigstes Instrument der Nazis, ihren Einfluß in die evangelische Kirche hineinzutragen, waren die „Deutschen Christen“. Sie erstrebten eine fest organisierte „Deutsche evangelische Kirche“ anstelle des lockeren „Deutschen evangelischen Kirchenbundes“, in dem die 28 Landeskirchen zusammenarbeiteten. Der „Reichsbischof“ Ludwig Müller sollte mit Hitlers Billigung die künftige Staatskirche führen. Darüber hinaus gingen die Ziele verschiedener besonders extremer „Deutscher Christen“ soweit, sogar „nichtarische“ Elemente aus der Bibel zu verbannen und getaufte Juden aus der Kirche auszuschließen. Bereits Ende 1933 formierte sich unter Pastor Niemöller der „Pfarrernotbund“, der zwar keineswegs als ein rundweg gegen Hitler gerichteter antinazistischer Block verstanden werden darf, der sich aber gegen die massiven Eingriffe in die christliche Lehre, wie sie von deutschchristlicher Seite formuliert wurden, doch entschieden zur Wehr setzte. Der „Pfarrernotbund“ entwickelte sich rasch zur „Bekennenden Kirche“. Seit Ende 1933 ging damit ein Riß durch die evangelischen Kirchen Deutschlands. Diese Kontroverse weitete sich rasch zum sogenannten „Kirchenkampf“ aus. In Württemberg war der Landesbischof Wurm ein Anhänger der

<sup>67</sup> Aussage von Gotthold Scheytt gegenüber Gerhard Fritz am 15. 6. 1984 und am 22. 8. 1985.

<sup>68</sup> Vgl. das Parteiprogramm der NSDAP in: Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933 – 1945. Hrsg. v. Walther Hofer. Frankfurt am Main 1982, S. 28ff.

<sup>69</sup> Bemerkenswert ist auch Scheytts weiterer Weg in der NSDAP: Als ihm in der Kriegszeit immer mehr Indizien für die kirchenfeindliche Haltung der Partei bekannt wurden, erklärte er 1944 den Austritt aus der Partei. Man hatte ihm vorher gedroht, daß ein solcher Schritt schwerwiegende Konsequenzen haben werde, und in der Tat erhielt der bereits 53jährige umgehend einen Einberufungsbescheid und wurde an die Front geschickt.

<sup>70</sup> Vgl. zum Sachverhalt: Karl Dietrich Erdmann: Deutschland unter der Herrschaft des Nationalsozialismus 1933 – 1939. München 1980, S. 187ff (= Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte Bd. 20).

Volkskirchenbewegung im Bund für  
**† Deutsche Christen** 

**Dienstag, 4. Mai abends 8 Uhr im Bahnhof**  
**Mitglieder-Versammlung**  
 mit geladenen Gästen.

Es spricht:  
**Reichsredner Landesbischof Schulz-Mecklenburg**  
 über: **Der Geistertkampf in der Kirche**

Im Hinblick auf die kommende Wahl zur Reichssynode ist es notwendig, daß jeder Wähler sich über die Kirchenfrage ein selbständiges und freies Urteil bildet. Die Bitte der Deutschen Christen um einmalige Ueberlassung der hiesigen Kirche zu einer Feierstunde, zu der ein Geistlicher aus unseren Reihen zu Worte kommen sollte, wurde vom 1. Stadtpfarramt auf Grund eines Erl. des Landesbischofs abgelehnt.  
 Aber „Prüfet alles, und das Gute behaltet“.  
 Deshalb laden wir jedermann zu unserer Versammlung herzlich ein. Einladegettel sind bei den D. C.-Mitgliedern und am Saaleingang zu haben.

**Gemeindeguppe Backnang**

Abb. 12: Der Kirchenkampf in Backnang wurde öffentlich in der Presse ausgetragen – ganz ungewöhnlich für den NS-Staat, dessen Massenmedien ansonsten völlig gleichgeschaltet waren (Murrta-Bote vom 4. 5. 1937).

„Bekennenden Kirche“ geblieben und stand während seiner gesamten Amtszeit in ständigem Konflikt mit der nationalsozialistischen Staatsmacht und ihren Handlangern innerhalb der evangelischen Kirche.

Auch auf lokaler Ebene in Backnang lassen sich die Verwerfungen des Kirchenkampfes deutlich fassen: Der Aufruf der NSDAP anlässlich der Wahlen zum Kirchengemeinderat zugunsten der Liste der „Deutschen Christen“ beweist dies. Bei den Backnanger „Deutschen Christen“ kandidierten fast ausschließlich städtische Beamte. In Backnang war es, wie erwähnt, Pfarrer Otto Gauß, der sich für die „Deutschen Christen“ engagierte. Er war Mitglied der SA und Delegierter der „Deutschen Christen“ auf den Reichsparteitagen in Nürnberg und trug immer das Parteiabzeichen der NSDAP. Er soll sogar Gottesdienste in SA-Uniform gefeiert haben. Zwischen den Pfarrern Gauß und Goes bestand dabei ein tiefgreifender Gegensatz, und Dekan Bihlmaier wirkte schließlich darauf hin, daß Gauß gar keinen Gottesdienst mehr in der Kirche feierte und sich darauf beschränkte, den Gottesdienst im

Gebäude der Partei vor den örtlichen NSDAP-Funktionären und den Gemeinderatsmitgliedern abzuhalten.<sup>71</sup>

Der Streit schwächte sich freilich mit der Zeit ab, vor allem deshalb, weil Dekan Bihlmeier zwar einerseits die offizielle Linie der württembergischen Landeskirche gewählt hatte, andererseits aber doch diskret die Aktivitäten von Pfarrer Gauß unterstützte. Alles in allem zeigt der Ablauf des Kirchenkampfes in Backnang gewisse Parallelen zu den Verhältnissen in der Realschule bzw. Oberschule: Dort zeigt der Konflikt um die Absetzung von Direktor Wendelstein durchaus, daß es Konflikte gab. Diese drangen aber nicht nach außen und blieben der Öffentlichkeit weitgehend verborgen. Entsprechend gab es in der evangelischen Kirche Backnangs Spannungen. Auch sie wurden dem einfachen Kirchenmitglied kaum bekannt. Dekan Bihlmaier glättete letztlich – trotz gewisser Sympathien für die „Deutschen Christen“ – die Wogen, oder, wie es die Witwe von Pfarrer Goes zusammengefaßt hat: *Dekan Bihlmeier hat es mit keinem verderben wollen und rettete auf diese Weise die Einheit der Gläubigen.* Auf diese Weise blieb die evangelische Kirche in Backnang vor dramatischeren Ereignissen verschont.

Es gab dennoch Veränderungen in der evangelischen Kirche in Backnang. Hier ist vor allem eine Austrittswelle zu nennen, die vor dem Hintergrund prinzipiell antikirchlicher und z. T. neuheidnischer Tendenzen des Nationalsozialismus gesehen werden muß. Allerdings hatte die Austrittsbewegung in dem relativ überschaubaren und folglich nicht sehr anonymen Backnang wesentlich bescheidenere Dimensionen als in den Großstädten. Ihre Zahl stieg von 2 Austritten im Jahre 1934 auf 26 Austritte im Jahr 1937. 1939 wurden 109 Austritte registriert, was bei einer Gesamtbevölkerungszahl von 11 547 Einwohnern rund 1 % der Gesamteinwohnerzahl ausmachte. Unter den 1939 Ausgetretenen waren allerdings immerhin einige Neu-Backnanger, die von ihrem ideologischen Hintergrund gewiß eine erhebliche Kirchenferne hatten: Der NPEA-Lehrer Oskar Hartmann und 8 Schüler dieser Anstalt. Von 1940 an lagen die Austrittszahlen wieder auf

<sup>71</sup> In manchem scheint die Haltung des Backnanger Pfarrers Gauß der des Göppinger Pfarrers Rippmann zu gleichen, der wegen seiner extrem deutschchristlichen Haltung in eine ähnliche Position wie Gauß geriet. Vgl. Manfred Schwarz: *Evangelische und Katholische Kirche*. – In: Göppingen unterm Hakenkreuz. Red. Konrad Plieninger und Karl-Heinz Rueß Göppingen 1994 (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Göppingen 32), S. 158 – 179.



einem niedrigeren Niveau. Entsprechende Zahlen für die katholische Kirche, die prinzipiell ebenfalls von der Austrittsbewegung betroffen war, sind leider bisher unbekannt.

Von den während der NS-Zeit ausgetretenen Protestanten traten übrigens nach dem Ende des NS-Staates 1945 die meisten wieder in die Kirche ein.

### 3. Wirtschaftliche und soziale Aspekte

#### 3.1 Allgemeines

##### 3.1.1 Traditionelle wirtschaftliche Aktivitäten

Von altersher war Backnang eine Stadt, die sowohl von der Landwirtschaft als auch von der Gerberei geprägt war. Die Landwirtschaft spielte insbesondere im Umland von Backnang eine wichtige Rolle. Die Backnanger Bürger selbst betrieben häufig neben ihrem Handwerk her noch etwas Landwirtschaft als Nebenerwerb. Im Zuge der Industrialisierung war freilich die Bedeutung der Landwirtschaft für Backnang stark zurückgegangen. Eine besondere Rolle spielten die ausgedehnten Wald- und Weidelandschaften in der Gegend östlich von Backnang. Von hier wurde bis ins 19. Jahrhundert sowohl Holz nach Backnang geflößt und von dort weiter zum großen „Holzgarten“ von Marbach als auch verschiedene Rindenarten angeliefert, die als Gerbmittel, als Lohe unabdingbarer Rohstoff für die Gerbereien waren. Die Viehzucht lieferte in Form von Häuten den Hauptrohstoff für die Gerbereien. Im 20. Jahrhundert freilich kam das meiste Backnanger Leder aus dem Ausland, nicht zum geringsten Teil aus Südamerika. Nebenbei dürfte die Nähe des Waldes auch dafür verantwortlich sein, daß in Backnang noch 1934 ein nicht ganz unbedeutendes Holzverarbeitendes Gewerbe vorhanden war: Neben vielen Schreincrn und Möbelhändlern waren auch etliche Küfer vertreten.

Im Verlauf der Industrialisierung verschwanden die meisten handwerklich arbeitenden Gerberei-Kleinbetriebe. Übrig blieben Großbetriebe von industrieller Produktion. Die wich-

tigsten Gerberbetriebe von Backnang waren in den 30er Jahren Fritz Häuser, den es bis heute gibt, dann Louis Schweizer (existiert als Gerbereibetrieb noch im benachbarten Murrhardt), Paul Breuninger, Carl Kaess (Lederwerke Backnang), Carl Pommer und Carl Robitschek. Die großen Anlagen von Louis Schweizer in der Gartenstraße wurden bei einem Brand am 7. Oktober 1935 verwüstet, bei dem man nie genau in Erfahrung bringen konnte, ob es sich um Brandstiftung oder um einen Unglücksfall handelte. Schweizer verlegte daraufhin die betroffenen Beschäftigten in seine anderen Fabrikgebäude in der Stadt und nach Murrhardt.

Die Firma Lederwerke Backnang war zum „nationalsozialistischen Musterbetrieb“ erklärt worden, der seinen sozialen Verpflichtungen in besonders herausragender Weise nachkomme und erhielt dafür im Mai 1938 die „goldene Fahne“ der „Deutschen Arbeitsfront“. 1939 waren in Backnanger Lederfabriken 1750 Personen beschäftigt, was 33,6 % aller in Backnang Beschäftigten entspricht.<sup>72</sup>

##### 3.1.2 Neue wirtschaftliche Aktivitäten seit der industriellen Revolution

Die industrielle Revolution brachte die Textilindustrie und mechanische Industrien nach Backnang. Zu nennen ist hier in erster Linie die



Abb. 13: Der Geldbedarf der NSDAP war uner-sättlich: Wie überall in Deutschland mußten auch in Backnang alle Betriebe an der „Adolf-Hitler-Spende“ teilnehmen.

<sup>72</sup> Hierzu und zum Folgenden ist grundsätzlich zu vergleichen: Albert Rienhardt: Tätigkeitsbericht der Stadt Backnang. Der Bürgermeister berichtet über das 6. Jahr des nationalsozialistischen Aufbaus. – In: „Murrthal-Bote“ vom 19. April 1939. Inwieweit die Bezeichnungen und Auszeichnungen mehr als bloße Floskeln waren, ist unter den befragten Zeitzeugen strittig. Einige glauben, es habe sich um völlig bedeutungslose Worthülsen gehandelt, andere sehen durchaus ein gewisses soziales (und nationalsozialistisches?) Engagement.

Firma Adolff, die zum größten Arbeitgeber der Stadt und des Umlandes wurde. Die Arbeiter kamen in den 20er und 30er Jahren manchmal aus weit entfernten Gegenden, so beispielsweise aus Sachsen, wo insbesondere Frauen aus der Stadt Crimmitschau nach Backnang gekommen waren. Adolff war eine regelrechte Stadt in der Stadt, mit Unterkunftsmöglichkeit für die Arbeiter und Arbeiterinnen und mit einer beträchtlichen Anzahl von Spinnerei- und Konfektionswerkstätten, welche sehr modern ausgerüstet waren. Weil die Firma Adolff mit ihren Produktionsanlagen zu beiden Seiten der Markungsgrenze zwischen Backnang und der Nachbargemeinde Steinbach lag, kam es zu einem viele Jahre währenden Streit zwischen den beiden Nachbargemeinden um die Verteilung der reichen Steuereinkünfte Adolffs. Nach langem Hin und Her konnte Backnang schließlich 1941 Steinbach eingemeinden und sich damit alle Steuereinnahmen sichern.<sup>73</sup> Die Spinnerei Adolff beschäftigte 1939 1645 Personen (= 31,6 % aller in Backnang Beschäftigten).

Auf dem Gebiet der mechanischen Industrie ist v. a. das Unternehmen Kaelble zu nennen, das sich auf die Konstruktion von Dampfmaschinen, mechanischen Apparaten, Werkzeugen und auf Nutzfahrzeuge, besonders auf schwere Lastwagen und Zugmaschinen spezialisiert hatte. Eine besondere Auszeichnung erfuhr das Unternehmen, als ein Kaelble-Fahrzeug bei der Eröffnung der Olympischen Spiele in Berlin im Jahre 1936 beim Einmarsch der Athleten vorneweg fahren durfte. Die Qualität der Produkte und die günstige Lage, insbesondere die Nähe zu Stuttgart machten aus der Firma schnell ein blühendes Unternehmen, das zur Zeit des „Dritten Reiches“ zahlreiche Ehrungen errang. Bei Kaelble waren 1939 insgesamt 550 Personen beschäftigt, was 10,6 % aller Backnanger Arbeitskräfte entsprach. In den drei Hauptbranchen Leder, Spinnerei und Maschinen- und Fahrzeugbau entfielen damit 3945 Arbeitsplätze oder 75,9 % aller Backnanger Arbeitsplätze.

### 3.1.3 Das übrige Gewerbe

Erwähnenswert für die 30er Jahre ist auch der Aufschwung von Handel und Dienstleistungen in Backnang. Im Jahre 1934 verfügte die Stadt über ausgedehnte Handelsbeziehungen, wie sie insbesondere für eine Massenkonsumgesellschaft, wie sie nach 1949 entstand, charakteristisch sind. Zweifellos wurden hier etliche Voraussetzungen in den Jahren 1933 bis 1939 geschaffen. Der Aufschwung von Handel und Dienstleistungen und, daraus folgend, einer im Prinzip nicht geringen Nachfrage, zeigte sich auch in einer ganzen Anzahl kleinerer Geschäfte: So fand man in Backnang einen Optiker, einen Pelzhandel, einen Juwelier, ein Kino, zwei Fotografen und u. a. zwei Reisebüros. Unter diesen neuen Geschäften muß man auch die Zahl der Modegeschäfte erwähnen, welche sich speziell an die Frauen wandten. Die Verbindung zwischen dem Gerbereiwesen und der Spinnerei Adolff zeigt sich vor allem auf dem Gebiet der Handschuhherstellung. Allerdings waren diese kleineren Geschäfte durch die Weltwirtschaftskrise seit 1929 schwer mitgenommen worden.

Die auf Autarkie ausgerichtete Wirtschaftspolitik des NS-Staates brachte in den Jahren 1933 – 1939 auch für Backnang einen starken Wirtschaftsaufschwung, wie sich im folgenden an vielen Beispielen zeigen läßt.

## 3.2 Wirtschaftliche und soziale Aktivitäten unter dem Nationalsozialismus in Backnang

### 3.2.1 Bautätigkeit<sup>74</sup>

Der Wohnungsbau nahm einen wichtigen Platz im wirtschaftlichen Leben der Stadt ein. Freilich waren die ersten Projekte längst vor der Machtübernahme der NSDAP in die Wege geleitet worden. Die Baugenossenschaft Backnang war bereits 1919 mit dem Ziel gegründet worden, der akuten Wohnungsnot abzuwehren.

In der NS-Zeit war es dann auf Landesebene Gauleiter Wilhelm Murr, auf örtlicher Ebene in

<sup>73</sup> Hans-Eckhard Schieferer: Die kommunalpolitische Entwicklung der Stadt Backnang von der zusammengesetzten zur einfachen Gemeinde in der Zeit von 1806 bis zur Erhebung zur Großen Kreisstadt im Jahre 1956. Diss. Tübingen 1961, S. 181 – 197.

<sup>74</sup> Vgl. auch parallel dazu die Bautätigkeit in Stuttgart (Müller, wie Anm. 1, S. 255 – 266). In Stuttgart waren die Verhältnisse insofern nicht mit Backnang vergleichbar, als dort die Errichtung von Monumentalbauten (z. B. des „Gaulforums“) eine große Rolle in der Bauplanung und -entwicklung spielten. Dazu auch: Wolfgang Christian Schneider: Die nationalsozialistische Stadtgestaltung Stuttgarts. – In: Stuttgart im Dritten Reich. Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Die Jahre von 1933 bis 1939. Hrsg. v. Projekt Zeitgeschichte im Kulturamt der Landeshauptstadt Stuttgart. 1984, S. 78 – 93, und Frei Otto: Bemerkungen zur „Stuttgarter Schule“. – In: ebd., S. 94 – 97. Eine eigentliche Untersuchung der Wohnbautätigkeit in Stuttgart 1933 – 1939 scheint nicht vorzuliegen.

Backnang die lokalen Amtsträger der NSDAP, welche Projekte für einen sozialen Wohnungsbau ins Leben riefen. Unter der Führung von Architekt Otto Nußbaum entstand das erste Projekt im Jahr 1934. Bauträger war auch hier die Baugenossenschaft. Es war die sogenannte „Seehofsiedlung“ im Nordosten der Stadt. Es handelt sich bei der Seehofsiedlung von 1934 um 11 einzelne kleine Häuser, auf Grundstücken von je etwa 350 Quadratmetern. Wie nicht anders zu erwarten, baute Nußbaum – in bewußter Ablehnung architektonischer Experimente, wie sie etwa in den 20er Jahren vom Bauhaus propagiert worden waren – in ausgesprochen bodenständiger Weise.

Im Jahre 1935 wurde, ebenfalls unter Leitung von Otto Nußbaum und ebenfalls im Nordosten Backnangs gelegen, von der Baugenossenschaft die neue Bebauung der Walksteige in Angriff genommen. Die Häuser an der Walksteige waren, wie auch die der Seehofsiedlung, für Arbeiter gebaut. Es handelte sich um 8 Häuser, die allesamt von etwas größerem Zuschnitt waren als die der Seehofsiedlung.

Seit dem Jahr 1935 entstand, lebhaft von der NSDAP propagandistisch unterstützt – die Partei erhob auch Anspruch auf die Urheberchaft insgesamt – in Sachsenweiler, einem Ortsteil, der im Juli 1935 von der Gemeinde Unterweisach nach Backnang umgemeindet worden war, eine neue Siedlung „für kinderreiche und finanzschwache Arbeiterfamilien“. Bauträger war wiederum die Baugenossenschaft. Gebaut wurden bis 1937 insgesamt 29 Häuser; in einem zweiten Bauabschnitt folgten 1937/38 weitere 31 Häuser. Für weitere Häuser wurden zwar noch die Planungen und die Erschließungsarbeiten durchgeführt, der eigentliche Bau kam jedoch wegen des Kriegsbeginns nicht mehr voran. Alle vor dem Zweiten Weltkrieg gebauten Häuser gehörten drei verschiedenen Kategorien an (I: Einfache Ausführung für 4500,- RM, II: Dreizimmer-Ausführung für RM 5800,- bis 6000,-, III: Vierzimmer-Ausführung für 7500,- RM.) Otto Nußbaum wurde auch zu diesem Projekt hinzugezogen, obwohl er selbst dann nicht maßgeblich daran beteiligt war.<sup>73</sup>

1937 wurde das letzte große Projekt vor dem Krieg in Angriff genommen, die „Robert-Kaess-Siedlung“ im Westen der Stadt. Die Siedlung ist nach dem Backnanger Gerberei-Fabrikanten Robert Kaess benannt, der sich als großzügiger Förderer sozialer Belange einen Namen gemacht hatte. Man betrachtete damals die Robert-Kaess-Siedlung als Paradebeispiel nationalsozialistischer Wohnungspolitik. Die Backnanger Lederwerke (Kaess) vergaben an diejenigen ihrer Beschäftigten, die in der Siedlung ein Eigenheim bauen wollten, ein zinsloses Darlehen von 7000,- bis 8000,- RM. Der Grunderwerb war für die Arbeiter ebenfalls äußerst vorteilhaft: *Die Bauplätze haben die Lederwerke Backnang teurer gekauft, als wir dafür bezahlen mußten. Wir mußten nur eine Reichsmark für den Quadratmeter bezahlen.*<sup>74</sup> In einer ersten Ausbauphase waren 30 Eigenheime vorgesehen. Um den Gemeinschaftsgeist, der bei der homogenen Herkunft der Bewohner sowieso schon in hohem Maße vorhanden war, weiter zu fördern, versah man die Siedlung mit einer eigenen Infrastruktur wie einem Kindergarten und Geschäften. Nicht zuletzt wegen des Baus der Siedlung erhielt das Unternehmen von Robert Kaess 1938 als Auszeichnung den Titel eines nationalsozialistischen Musterbetriebs.

Andere Siedlungen dieser Art wurden in Murrhardt und Kirchberg an der Murr errichtet. So sehr die Wohnungsbautätigkeit auch von der damaligen Stadtverwaltung hervorgehoben wurde,<sup>75</sup> konnte doch niemals die Nachfrage befriedigt werden. In Backnang fand die Wohnungs- und Arbeitspolitik ihre Fortführung im Bau der Stadthalle. Diese wurde 1937 unter der Leitung von Otto Nußbaum erbaut. Sie diente als Sporthalle für Schulen und Vereine – einschließlich der HJ – und konnte bei Festveranstaltungen oder Theatervorführungen zwischen 800 und 1000 Personen aufnehmen. Die Einweihung der Stadthalle am 4. Juli 1938 wurde als besonderes Ereignis und als Triumph des NS-Systems gefeiert. Bürgermeister Dr. Rienhardt legte Wert auf die Feststellung, daß Backnang nun über einen würdigen Versammlungsort verfüge. Die Stadthalle, in der nach dem

<sup>73</sup> Vgl. Jutta Penka: 50 Jahre Stadtteil Sachsenweiler. Backnang 1987, S. 52ff.

<sup>74</sup> Aussage des Siedlers Karl Müller, in: 50 Jahre Robert-Kaess-Siedlung. Chronik der Siedler von 1937 – 1988. Hrsg. v. Karl Keller. Backnang 1988, S. 12. Diese Veröffentlichung ist auch für alle anderen Aussagen über die Robert-Kaess-Siedlung heranzuziehen.

<sup>75</sup> Rienhardt (wie Anm. 72).



Abb. 14: Das große MurrtaIviadukt im Bau, Juli 1937.

Krieg zahlreiche Dekorationen zu Ehren Hitlers und der NSDAP entfernt wurden, wird noch heute genutzt.

Weitere große Baumaßnahmen kamen nicht mehr zur Ausführung. Schon seit 1928 hatte man in Backnang für die Realschule Neubaupläne gehegt. 1937 schienen die Pläne sich endlich der Realisierung zu nähern, zumal der Fabrikant Fritz Häuser mit einer Spende von 400 000 RM den Bau unterstützen wollte. Der Schulhaus-Neubau hätte – stilistisch an die Stadthalle angeglichen – neben dieser auf der Maubacher Höhe entstehen sollen. Pläne und Modelle waren bereits fertig, die Finanzierung schien gesichert – da zerplatzten im November 1937 alle Neubauhoffnungen, weil Backnang „mit Rücksicht auf die angespannte Rohstofflage“ nicht die zum Bau nötigen 148 Tonnen Eisen zugeteilt bekam. Das „Dritte Reich“ rüstete auf, baute Flugzeuge, Kriegsschiffe und Panzer und betonierte seinen „Westwall“. Die Kriegsvorbereitung hatte Priorität – es wurde nichts aus den Backnanger Schulbauplänen.

Auch bei der Sachsenweilersiedlung war die dritte Ausbauphase wegen Rohstoffmangels

nicht mehr realisiert worden.<sup>78</sup>

Ebensowenig kam mehr ein Heim für ältere, alleinstehende Frauen, ein Hitlerjugend-Heim und eine Brücke an der Weissach-Mündung zur Ausführung.<sup>79</sup>

Dagegen ging es auf einem anderen Gebiet durchaus voran, nämlich mit dem Bau der Umgehungsstraße der Stadt mit ihrem großen Viadukt über das MurrtaI. Der Bau dieser Straße war ebenfalls schon viele Jahre lang gefordert worden, denn die Durchfahrtsstraße führte mitten durch den Stadtkern und belastete angesichts des stark zunehmenden Autoverkehrs die Menschen erheblich. Begonnen wurde der Bau der Umgehungsstraße im Jahre 1936. Das Viadukt mit einer Länge von 400 Metern galt als architektonisches Meisterwerk, sowohl in technischer als auch ästhetischer Hinsicht. Am 20. August 1938 wurde die Umgehungsstraße und das Viadukt dem Verkehr übergeben. Allerdings dürften militärische Erwägungen beim Bau des Viadukts von Bedeutung gewesen sein. Das Viadukt war so breit ausgelegt, daß es im Begegnungsverkehr von Kettenfahrzeugen benutzt werden konnte.

<sup>78</sup> Penka (wie Anm. 75), S. 57.

<sup>79</sup> Rienhardt (wie Anm. 72).



## Reichsberufswettbewerb 1937

Kreis Badnang

**Wettkampfgruppe: Handel am Sonntag, den 14. Februar 1937**

**Antreten der Teilnehmer: 7 Uhr morgens im Hof der Volksschule in Badnana**

**Mitzubringen ist: Bleistift — Federhalter — Lineal**

*Abb. 15: Mit dem „Reichsberufswettbewerb“ versuchte man, Leistungen und Enthusiasmus zu steigern (Murrthal-Bote 12. 2. 1937).*

Im April 1945 sprengte die Wehrmacht das Viadukt im April 1945 beim Herannahen der amerikanischen Truppen in die Luft. Nach dem Kriege wurde es nur in einer einfacheren Form wieder aufgebaut. Der Wiederaufbau geschah auf Anordnung der amerikanischen Besatzungsmacht mit schmalerer Spurbreite, angeblich um eine erneute militärische Nutzung zu erschweren. Erst in den 80er Jahren erfolgte die Verbreiterung des Viadukts auf die normale Spurbreite der Bundesstraße 14.

### 3.2.2 Die „Volksgemeinschaft“

Der Charakter des Regimes zeigte sich jedes Jahr in der Durchführung des „Reichsberufswettkampfes“. Die Idee dazu hatte man offensichtlich aus der Sowjetunion übernommen. Der Reichsberufswettbewerb existierte in jedem Wirtschaftszweig und diente offiziell dazu, den nationalsozialistischen Geist zu stärken. Die besten Arbeiter wurden für ihre herausragende persönliche Leistung mit Preisen belohnt. Werner Robitschek, der Sohn von Carl Robitschek und Gerberlehrling, gewann beispielsweise bei diesem Wettbewerb eine Auszeichnung – paradoxerweise störte seine jüdische Abstammung niemanden. Der Reichsberufswettbewerb sollte zu einer Intensivierung und Ausweitung der allgemeinen Produktivität führen. Sicher kann man allgemein feststellen, daß der Wettbewerb

zur Motivation einer großen Zahl von Arbeitern beitrug, aber wie wirksam der Reichsberufswettbewerb im Endeffekt war, kann schwer beurteilt werden. Aus Badnang jedenfalls gibt es skeptische Stimmen:

*Die Leistungen der Arbeiter veränderten sich zwischen 1933 und 1939 sicher nicht. Was sich wirklich positiv auf die Produktivität auswirkte, waren die besseren Arbeitsbedingungen und das recht ordentliche Einkommen. Der Reichsberufswettbewerb dagegen ist niemals ein wirkliches Ziel für die Gerbereiarbeiter gewesen, man dachte meist gar nicht daran.<sup>80</sup>*

Der „Reichsarbeitsdienst“ (RAD), welcher im Juli 1935 als obligatorisch eingeführt worden war – vorher gab es, schon seit der Weimarer Zeit, einen freiwilligen Arbeitsdienst – war für das Regime ein wichtiges Mittel zur Verringerung der Arbeitslosigkeit. Durch den RAD wurden dem Arbeitsmarkt jährlich Hunderttausende sonst arbeitsloser Jugendlicher entzogen. Zugleich konnten große Projekte billig realisiert werden, oft solche im Zusammenhang mit der Aufrüstung. Es wurde ein sehr niedriger Sold bezahlt, von einem eigentlichen Lohn kann man kaum sprechen. Nicht zu vergessen ist auch das ideologische Motiv des RAD: In ihm sollten junge Männer aus allen sozialen Schichten zusammenleben und so bei harter körperlicher Arbeit Gemeinschaftssinn lernen; nicht

<sup>80</sup> Aussage von Herrn N. vom 14. 12. 1992.

**Letzter WHW-Monat 1936/37**  
**Durch Opfer zum Sieg!**



**Diese Plakette gehört im Monat März  
 an Deine Tür!**

Abb. 16: Einer der Hinweise auf die zahllosen Sammlungen der NS-Zeit – hier auf das Winterhilfswerk 1936/37 (MurrtaI-Bote 27. 2. 1937).

zuletzt sollten auch junge Leute mit höherer Schulbildung den Wert körperlicher Arbeit und somit ihre weniger gebildeten „Volksgenossen“ achten und schätzen lernen.

Im Juli 1933 entstand in Backnang ein Lager für den RAD auf der Maubacher Höhe. Im Juni 1934 wurde einige Kilometer entfernt in Sulzbach an der Murr ein weiteres Lager eröffnet. Etwa gleichzeitig war auch ein RAD-Lager am Seehof bei Unterweissach entstanden. Die „Arbeitsmänner“ des RAD wurden in Backnang besonders bei der Begradigung des Murrlaufes oder beim Bau der neuen Siedlungen eingesetzt.<sup>61</sup>

Neben dem RAD wurde die Partei mit verschiedenen sozialen Initiativen und Organisationen aktiv. So gab es die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV)<sup>62</sup> oder das Winterhilfswerk (WHW), die z. B. mit Straßensammlungen die Allerärmsten zu unterstützen versuchten. Jedesmal wenn man etwas für das WHW gespendet hatte, erhielt man dafür einen kleinen Anstecker. Die propagandistische Bedeutung dieser Aktivitäten ist den alten Backnangern durchaus in Erinnerung geblieben: *Das Tragen dieses WHW-Zeichens bewies jedem, daß man sich mit denjenigen, die keine Arbeit hatten oder die sonst in Not waren, solidarisch erklärte.* Außerdem hatte es einen sehr praktischen Nutzen: Man zeigte damit, daß man bereits gespendet hatte und wurde nicht weiter von den Sammlern behelligt.

Eine besondere Rolle spielte auch die Organisation „Kraft durch Freude“ (KdF), oft verbunden mit der Bewegung „Schönheit der Arbeit“. Sie ist praktisch allen Befragten in lebhafter Erinnerung geblieben. KdF führte Urlaubsfahrten, Erholungsaufenthalte, Theater- und Filmabende und gesellige Veranstaltungen durch. Obwohl die allermeisten Arbeiter – wenn überhaupt – nur in den Genuß vergleichsweise bescheidener Reisen kamen – so führte der Gerbereiarbeiter W. F. beispielsweise während der Friedenszeit gerade eine einzige zweitägige KdF-Reise nach München durch –<sup>63</sup> prägten sich diese Urlaubsreisen doch tief ins

<sup>61</sup> Vgl. Franz Engelhard: Aufbau der Abteilung 4/260. – In: „MurrtaI-Bote“ vom 26. 7. 1934.

<sup>62</sup> Es sei hier auch nochmals an jenen Backnanger Beamten erinnert, der das Engagement in der NSV als noch am ehesten unpolitisch – da rein sozial – einschätzte, als man ihn zum Eintritt in eine NS-Organisation drängte. Vgl. oben Kap. 2.3.2

<sup>63</sup> Aussage von W. F. vom Dezember 1992. Aus der gesamten etwa 40köpfigen Verwandtschaft von R. S. nahm lediglich ein einziger Onkel an einer größeren KdF-Fahrt teil – einer Norwegen-Reise (Aussage von R. S. am 12. 12. 1994).

Bewußtsein der Backnanger ein. So etwas hatte es für einfache Arbeiter zur Weimarer Zeit nie gegeben, und das Gefühl, nun auf einmal derartige zuvor unerreichbare Aktivitäten ermöglicht zu bekommen, hat sicher enorm zum Prestige des NS-Staates beigetragen. Zweifellos empfand man die Leistungen von KdF nicht zuletzt auch deshalb als um so beeindruckender, weil sie auf das namenlose Elend der Weltwirtschaftskrise folgten, was den Kontrast um so spürbarer machte. Wer gar eine der berühmten Schiffsreisen in die norwegischen Fjorde mitmachen durfte wie der intellektuell wache und hochbegabte Backnanger Baumwart und Gerbereiarbeiter Erwin Holzwarth, der hatte vollends keine Zweifel mehr am sozialen Charakter des NS-Staates: Holzwarth hat – ganz ungewöhnlich für einen jungen Mann seiner sozialen Herkunft – seine damaligen Erfahrungen niedergeschrieben.<sup>84</sup> Besonders tief beeindruckt zeigte er sich von der – ganz im Sinne der NSDAP - erlebten „Volksgemeinschaft“, in der es ihm als Mann ohne Bildung möglich war, mit Filmstars und Dichtern auf einer Ebene und als vollwertig geachteter Mensch Diskussionen zu führen. Der Quellenwert von Holzwarths Aussagen ist als besonders hoch einzuschätzen: Während praktisch alle anderen befragten Zeugen im Abstand vieler Jahrzehnte ihre Einschätzung zur NS-Sozialpolitik abgaben, ist das bei Holzwarth nicht der Fall. Holzwarth ist seit 1940 nicht mehr am Leben. Er ist am 2. Juni 1940 an der Westfront vor der Maginotlinie gefallen und hat seine Gedanken, wie oben erwähnt, zum Glück in schriftlicher Form hinterlassen. Sie dürften in ihrer unmittelbaren zeitlichen Nähe zum Erlebten wesentlich aus-

sagekräftiger sein als all die andern Äußerungen von Zeitzeugen, die infolge des jahrzehntelangen Abstands in vielfältiger Weise beeinflusst sein können.

Den subjektiv tief empfundenen Bruch zwischen Weimar und dem NS-Staat betonen auch andere der Befragten. So fiel es beispielsweise einem der Interviewten – 1933 –1939 Schüler – besonders auf, daß das Dritte Reich die bunten Schülermützen der Lateinschüler abschaffte.<sup>85</sup> Damit sei für alle sichtbar dokumentiert worden, daß die Lateinschüler „nichts Besseres“ gewesen seien als diejenigen „Volksgenossen“, die „nur“ eine einfache Schulbildung hatten. Die Abschaffung der Schülermützen habe damals durchaus Eindruck bei den Betroffenen gemacht.

Derselbe Befragte teilt auch Erstaunliches über die Einschätzung der sozialen Leistungen des NS-Staates noch Jahre später mit: Als er sich 1945/46 mit vielen anderen ehemaligen Soldaten in Kriegsgefangenschaft befand, habe man auch darüber diskutiert, wie es nach der Vernichtung des Nationalsozialismus wohl dem deutschen Arbeiter künftig gehen werde. Man sei allgemein der Meinung gewesen, daß es zwar sicher irgendwie weitergehen werde, aber so gut wie unter den Nationalsozialisten würden es die Arbeiter – da ja der „Kapitalismus“ gesiegt habe – künftig sicher nicht mehr haben!

Selbstverständlich können wir mit unserer beschränkten lokalen Fragestellung nicht im entferntesten grundsätzliche Aussagen zur Thematik „Nationalsozialismus und Soziale Frage“ bzw. „Volksgemeinschaft“ machen.<sup>86</sup> Immerhin scheint sich zumindest für erhebliche Teile der

<sup>84</sup> Erwin Holzwarth: Wer weiß, wo ich im Frühling bin. Dichterischer Nachlaß. Stuttgart o. J. (ca. 1940/41). Erweiterter Neudruck o. O. o. J. (Backnang 1994), vgl. darin insbesondere Holzwarths autobiographische Kurzgeschichte „Die Hochzeitsreise des Richard Abeloh“ über seine KdF-Hochzeitsreise in den Bayerischen Wald und sein Bericht „Norwegenreise mit der „Sierra Cordoba“ im Mai 1937“.

<sup>85</sup> Aussage von Herrn H. M. wie Anm. 58.

<sup>86</sup> So war beispielsweise noch René Erbe (Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933 – 1939 im Lichte der modernen Theorie. Zürich 1958, S. 36ff) zu einer aufgrund des Zahlenmaterials (Löhne, Lebenshaltungskosten) negativen Bilanz der NS-Sozialpolitik gekommen. Noch vernichtender fällt die – bewußt Polemik nicht vermeidende – Beurteilung in einer Berliner Ausstellung von 1976 aus (Faschismus. Hrsg. v. der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst und dem Kunstamt Kreuzberg, Berlin 1976, S. 96ff) aus. Neben solchen negativen Urteilen haben seit David Schoenbaums epochemachendem Werk (David Schoenbaum: Hitlers Social Revolution, Class and Status in Nazi Germany. 1967, Deutsch: Die braune Revolution. München 1980) differenzierendere Betrachtungsweisen der NS-Sozialpolitik viel Beachtung gefunden – so etwa letztmals, mit einer Fülle von Material, Rainer Zitelmann: Hitler, Selbstverständnis eines Revolutionärs. Darmstadt, 3. Aufl. 1990, S. 116 – 202. Auch Heinz Höhne: Die Zeit der Illusionen. Hitler und die Anfänge des Dritten Reiches 1933 – 1936. Düsseldorf, Wien, New York 1991, S. 105ff betont die subjektive Wirksamkeit der NS-Sozialpolitik. Vgl. zur Thematik auch die bemerkenswerten Einschätzungen aus dem Umkreis des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt (Helmut Schmidt u. a.: Kindheit und Jugend unter Hitler. Berlin 1992) (= auch: Goldmann Taschenbuch Nr. 12 851, 1994). Müller (wie Anm. 1), S. 316ff behandelt in seiner Untersuchung über Stuttgart in der NS-Zeit den Aspekt der „Volksgemeinschaft“ v. a. unter dem Aspekt der Kriegsvorbereitung. Zweifellos wird man zwischen empirisch nachweisbaren Zahlen und subjektiver Befindlichkeit der Arbeiter im NS-Staat differenzieren müssen. Dennoch dürfte das Thema der NS-Sozialpolitik weiterhin ein Gebiet von erheblicher aktueller politischer Brisanz sein, bei dem sich manchmal der Eindruck aufdrängt, unbefangenes Forschen sei – angesichts der politisch heute postulierten Antworten – kaum möglich.

Heute abend  
im Kreis Backnang

# Verdunkelungs-Übung

ab 18-23 Uhr.

In Backnang völlige Verdunkelung von 20-22 Uhr.



Abb. 17: Schon über zwei Jahre vor Kriegsbeginn: Kriegsvorbereitung durch eine Verdunkelungs-Übung. Die Geschäfte bieten das nötige Material an (Murrthal-Bote 12. 1. 1937)

Backnanger Bevölkerung abzuzeichnen, daß man subjektiv durchaus an Hitlers Ideal der „Volksgemeinschaft“ glaubte und sich der Illusion hingab, der NS-Staat habe sowohl die „Volksgemeinschaft“ als auch einen guten Teil eines „nationalen Sozialismus“ in die Realität umgesetzt. Inwieweit der NS-Staat eine tatsächliche, beispielsweise an Einkünften und Vermögen ablesbare Nivellierung der deutschen Gesellschaft eingeleitet hat, ist aufgrund des von uns ausgewerteten Backnanger Materials nicht erkennbar und zumindest auch mehr als zweifelhaft. Aber im Bewußtsein, in der subjektiven Einschätzung der Verhältnisse haben die Jahre der „Volksgemeinschaft“ in Backnang wohl doch nivellierend gewirkt. Insofern hat die moderne Massengesellschaft der Nachkriegszeit zweifellos ihre Wurzeln mit in der NS-Zeit.

### 3.3 Die wirtschaftliche und soziale Lage Backnangs im Jahr 1939

#### 3.3.1 Die Kriegsvorbereitung

Die Backnanger Industrie wurde – wie auch andernorts in Deutschland üblich – voll in die wirtschaftlichen Vorbereitungen für den Zweiten Weltkrieg integriert. Leider fehlen jegliche

Detailuntersuchungen und auch die Quellenlage scheint desolat,<sup>87</sup> aber einige allgemeine Aussagen sind durchaus möglich.

Die Backnanger Firma Adolff verkündete 1939 stolz, daß sie im Rahmen des Vierjahresplanes ihren Teil am Aufbau des „Dritten Reichs“ leiste.<sup>88</sup> Der Vierjahresplan von 1936 sollte Deutschland binnen vier Jahren kriegsfähig machen.<sup>89</sup> Dieses Ziel des Vierjahresplanes war zwar in der Öffentlichkeit nicht bekannt, seine Auswirkungen waren gleichwohl spürbar: Deutschland reduzierte seinen Außenhandel auf das absolut notwendige Minimum und versuchte – um autark zu sein – zugleich seine Versorgung so weit irgend möglich auf die Basis einheimischer Produkte zu stellen. Gleichzeitig spielte die Wehrmacht als Großauftraggeber eine immer wichtigere Rolle. Dies gab etlichen Backnanger Firmen gute Absatzmöglichkeiten.

Insgesamt 35 Backnanger Firmen forderten 1939 drei Tage nacheinander im „Murrthal-Boten“ zur Unterstützung und zur Solidarisierung mit dem NS-Staat auf.<sup>90</sup> Die bereits erwähnte Firma Adolff hatte ihre Produktion am Ende der 30er Jahre weitgehend auf militärische Bedürfnisse konzentriert, d. h. auf das Anfertigen von Uniformstücken von Flaggen

<sup>87</sup> So darf der Aktenbestand der Firma Kaelble als verloren bzw. vernichtet gelten, die übrigen Firmenakten sind ebenfalls entweder unzugänglich oder vernichtet.

<sup>88</sup> Vgl. die großen Annoncen im „Murrthal-Boten“ vom 27. bis 29. April 1939: *Wir helfen am Aufbau des Dritten Reiches!* | F. Adolff A. G. Backnang. *In Unterstützung des Vierjahresplanes verarbeiten wir in steigendem Maße einheimische Rohstoffe*

<sup>89</sup> Vgl. Wilhelm Treue: Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936, in: Vierteljahreshefte für Zeitschichte 3, 1955, S. 204ff.

<sup>90</sup> „Murrthal-Bote“ 27. bis 29. April 1939.



aller Art und von Mänteln usw.<sup>91</sup> Auch die Backnanger Gerbereien profitierten erheblich von der Aufrüstung; die Nachfrage nach Militärstiefeln und -schuhen und nach Lederbekleidung war besonders stark gestiegen. Die Firma Kaelble baute Werkzeuge und militärisches Gerät, insbesondere Lastwagen und Motoren für die verschiedensten Zwecke. Während des Krieges stellte Kaelble dann unter anderem in Lizenz Flugzeugmotoren für Daimler-Benz her. Überhaupt brachte der Krieg eine noch weitergehende Eingliederung der Backnanger Industrie in die nationalsozialistische Rüstungsmaschinerie. Dieser wichtige Aspekt fällt freilich nicht mehr in unser Thema.

Die Kriegsvorbereitung und ihre Folgen für die Backnanger Wirtschaft wirkte sich auch auf die städtischen Finanzen aus. In dem ausführlichen „Tätigkeitsbericht der Stadt Backnang“ im „Murrthal-Boten“ vom 19. April 1939 wird die Finanzlage der Stadt von Bürgermeister Rienhardt wie folgt beschrieben:

*Die Finanzlage des Reiches zwang zu einer Beendigung des kurzen hoffnungsvollen „Fettansatzes“ der Gemeinden. Den Gemeinden werden spürbare Opfer auferlegt sowohl gegenüber dem Reich als dem Lande und den Kreisen. Empfindlich werden Steuern geschmälert und langsam verschiebt sich die Lastenverteilung weiter auf die Gemeinden mit guten Gewerbesteuererinnahmen zugunsten des Reichs, der Länder und des industriellen platten Landes.*

Das Defizit im Stadthaushalt war dramatisch angestiegen: Konnte 1936 hinsichtlich der „dauernden Vermögenswerte“ noch ein Überschuß von 6984 RM erwirtschaftet werden, betrug das Defizit 1937 bereits 50 052 RM und 1938 198 506 RM. Gleichzeitig war es allerdings gelungen, die städtische Schuldenlast von 1 216 540 RM im Jahre 1937 auf auf 911 000 RM im Jahre 1938 zu senken. Trotz dieses Lichtblicks bei den Schulden waren insgesamt die Verhältnisse 1938/39 nicht mehr so rosig wie noch kurz zuvor. Ohne daß man sich im einzelnen über die Nähe des heraufkommenden Krieges klar war, spürten die Einwohner

nach einigen scheinbar guten Jahren doch schon, daß die wirtschaftliche Lage schwieriger wurde. Die Ursache für die wachsenden Probleme lagen in der unsoliden Finanzpolitik des NS-Staates, der mit allerlei Geldschöpfungsmethoden – am berühmtesten sind die sogenannten Mefo-Wechsel – zwar kurzfristig Geld zur Verfügung stellen konnte, der sich aber, da die Wechsel nach fünf Jahren fällig wurden, ein 1939 allmählich beginnendes Finanzdesaster aufgebürdet hatte.<sup>92</sup> Die wirklich guten Jahre wirtschaftlicher Prosperität, insbesondere 1935 und 1936, lagen bereits hinter den Deutschen.

### 3.3.2 Arbeitsplätze, Arbeitslosenquote, Sozialfälle, Bevölkerungsentwicklung

Insgesamt gab es in Backnang 1939 5200 Arbeitsplätze; da 3945 auf die drei führenden Branchen entfielen, waren in den übrigen Gewerben nur 1255 oder 24,1 % aller in Backnang Tätigen beschäftigt. Nur 2900 Beschäftigte wohnten in Backnang, 2300 oder 44,2 % pendelten aus dem Umland nach Backnang ein. Umgekehrt verfügte Backnang über 728 Auspendler. Allerdings verdreht diese Zahl die tatsächlichen Verhältnisse, da nicht weniger als 445 der Auspendler lediglich über die Markungsgrenze in den damals noch nicht eingemeindeten Steinbacher Teil der Firma Adolff pendelten. Grundsätzlich herrschte 1939 erheblicher Arbeitskräftemangel in Backnang.

Die Arbeitslosenquote lag 1938 und 1939 bei 0 % und muß schon 1937 minimal gewesen sein, da die Stadtkasse in diesem Jahr ganze 600 RM Ausgaben für Arbeitslose hatte (1938 und 1939: 0 RM!).

Die Bilanz der NS-Sozialpolitik war in Backnang 1939, wenn man dem Rechenschaftsbericht vom 19. April 1939 im „Murrthal-Boten“ glauben darf, durchaus positiv. Das zeigte sich nicht nur in der Beseitigung der Arbeitslosigkeit, sondern auch durch den dramatischen Rückgang des Fürsorgeaufwandes. Dieser hatte im Krisenjahr 1932 104 000 RM betragen und war 1936 auf 67 000 RM geschrumpft. 1937 stieg er allerdings wieder auf 75 530 RM und 1938 auf 77 400 RM.

<sup>91</sup> Ebd.; auch: Aussage von Else Keltsch (\* 1904), die von 1925 bis 1964 bei Adolff beschäftigt war. Frau Keltsch wies übrigens auch darauf hin, daß Adolff – anders als viele andere Firmen – in der Zeit der Weltwirtschaftskrise keine dramatischen Produktionsrückgänge gehabt habe. Ihrer Erinnerung nach sei immer Arbeit vorhanden gewesen. (Interview von Gerhard Fritz mit Frau Keltsch am 23. 2. 1994.)

<sup>92</sup> Vgl. Wolfram Fischer: Die Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus. Hannover 1961, S. 25ff.

Man kann diesen Wiederanstieg der sozialen Probleme entweder mit der ungünstiger werdenden sozialen Lage erklären. Genausogut wäre es aber möglich, ihn in Zusammenhang mit der steigenden Bevölkerungszahl der Stadt zu sehen. Diese stieg von 10 099 im Jahre 1933 auf 11 885 im Jahre 1939, was nicht weniger als ein Wachstum von 17,6 % in nur 6 Jahren ausmacht. Dabei ist besonders auffällig, daß 1938 die Geburtenquote Backnangs mit 21 Promille um 1,1 Promille über der Durchschnittsquote für das Reich lag, während die Sterblichkeitsquote 7,4 Promille unter dem Reichsdurchschnitt lag. Auch die Kindersterblichkeit hatte sich außerordentlich verringert, und zwar von 16,4 Promille 1913 auf nur noch 3,2 Promille 1938. Das natürliche Bevölkerungswachstum der Stadt betrug 13,6 Promille pro Jahr, wenn man die Wanderungsbewegungen nicht beachtet. Diese brachten unter dem Strich für Backnang auch Ende der 30er Jahre immer noch einen Verlust. 1938 standen beispielsweise 1507 Zuzügen 1529 Fortzüge gegenüber. Auf jeden Fall wird aus diesen Zahlen deutlich, daß Backnang eine gesunde und moderne Infrastruktur besaß.

## 4. Das politische Leben in Backnang von 1933 bis 1939

### 4.1 Die politische Konstellation

#### 4.1.1 Der soziale Konsens vor 1932

##### 4.1.1.1 Die Reichstagswahlen von 1928 und 1930

Bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise von 1929 bestanden in Backnang politische Verhältnisse, die ungefähr denen auf Reichsebene glichen: Die gemäßigten bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten hatten bei allen Wahlen eine relative, ja beinahe eine absolute Mehrheit stellen können: 1928 erreichten sie 49,8 % (DDP 8,3 %, DVP 9,8 %, Zentrum 2,6 %, bürgerliche Splitterparteien 12,8 %, SPD 16,3 %).<sup>43</sup> Diese Parteien stützten sich im wesentlichen auf die bürgerlichen Mit-

telschichten und die Facharbeiter der Stadt. Schon bei der vorgezogenen Reichstagswahl von 1930 begann die Mitte-Links-Mehrheit etwas zu bröckeln, kam aber immerhin noch auf 44,8 % (DStP [= gemeinsame Liste von DDP und DVP] 8,8 %, Zentrum 2,5 %, bürgerliche Splitterparteien 20,2 %, SPD 13,3 %).<sup>44</sup>

Die Herkunft der Wähler dieser Parteien läßt sich auch geographisch differenzieren. Backnang war in acht Stimmbezirke eingeteilt, und es wird deutlich, daß die Mitte-Links-Mehrheit insbesondere in den südlichen oder nordwestlichen Vierteln Backnangs (Stimmbezirke 3, 4 und 5), den typischen Mittelklasse-Vierteln überproportional stark vertreten war. Auch die Bevölkerung der Altstadt tendierte stark zu diesen demokratischen Parteien. Bei den Wählern der gemäßigten Parteien scheinen die jüngeren Jahrgänge weitgehend gefehlt zu haben. Ihr Wählerstamm war eher von mittlerem oder höherem Alter.

#### 4.1.1.2 Die Bürgermeisterwahlen

Auch auf kommunalpolitischem Gebiet war die Kooperation der Gemäßigten erkennbar. Der seit 1921 amtierende Bürgermeister Dr. Albert Rienhardt wurde am 7. Juni 1931 mit 71,6 % der Stimmen wieder zum Backnanger Bürgermeister gewählt<sup>45</sup> und setzte sich gegen den kommunistischen Kandidaten, den Landtagsabgeordneten Schneck durch. Diese Wiederwahl, welche mit der Unterstützung der SPD, des Zentrums, der DDP und anderer demokratischer Parteien erreicht wurde, suggeriert freilich eine Stärke dieser Parteien, die bei Reichstagswahlen gar nicht vorhanden war. Kommunalpolitik war eben nicht unbedingt mit Reichspolitik vergleichbar. Rienhardt wurde 1931 nämlich auch von ausgesprochen republikfeindlichen Parteien unterstützt, wie insbesondere der rechtskonservativ-monarchistischen DNVP und sogar der NSDAP. Rienhardt war überdies 1926 aus der DDP ausgetreten und 1931 nominell parteilos. So wurde bei der Bürgermeisterwahl von 1931 noch eine gewisse Normalität vorgespiegelt, eine Normalität freilich, die in den Verwerfungen der Weltwirtschaftskrise bald auch in Backnang gänzlich verloren ging.

<sup>43</sup> Murrthal-Bote 21. 5. 1928.

<sup>44</sup> Murrthal-Bote 15. 9. 1930.

<sup>45</sup> Murrthal-Bote 9. 9. 1931.

### 4.1.1.3 Die radikalen und extremistischen Parteien vor 1932

#### 4.1.1.3.1 Die KPD

Der politische Kampf zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten war extrem heftig und scharf. Die KPD, welche verkündete, sie sei die einzige politische Bewegung im Dienst des Proletariats, lehnte die Weimarer Republik kategorisch ab. Die Niederschlagung kommunistischer Umsturzversuche 1918/19 und 1923 nicht zuletzt durch die Sozialdemokraten, die sich dabei teilweise politisch rechtsstehender Freikorps bedienten, hatte die feindselige Haltung der KPD gegenüber der Republik noch verhärtet.

Backnang als Arbeiterstadt war – untypisch für Württemberg – eine Hochburg der KPD, die 1928 und 1930 einen fast identischen Stimmenanteil von 22,0 bzw. 22,1 % bekam. Die Wähler der KPD waren einfache Arbeiter, oft Hilfsarbeiter und Arbeitslose. Der kommunistische Wählerstamm war vor allem in einer der zahlreichen Gerbereien, weniger dagegen in der Textilfabrik Adolff beschäftigt. Die harten Arbeitsbedingungen in den Gerbereien – angeblich sollen manche Arbeiter ihren Arbeitsalltag nur im Dauerdusel des Mostrausches überstanden haben (die Masse der kommunistischen Arbeiter lebte aber durchaus in geordneten häuslichen Verhältnissen) – waren der Neigung zum politischen Extrem sicher förderlich. Die KPD-Wähler wohnten teils in der Altstadt (Wahlbezirk 2), insbesondere aber in der nordwestlichen Ecke Backnangs (Wahlbezirk 1). Dort erreichte die KPD stellenweise über 50 % der abgegebenen Stimmen. Das Gebiet im Nordosten lag in Arbeiterwohngebieten in der Nähe der Fabriken.

Die kommunistischen Wähler waren im Durchschnitt jung, die Altersgruppen von 21 bis 40 Jahren waren bei ihnen überrepräsentiert. Daneben blieben aber auch durchaus ältere Arbeiter oder Rentner aus diesem Milieu der KPD treu. Die Anhänger der KPD trafen sich in der Gaststätte „Germania“, wie sich eine Zeugin genau erinnert:

*Meine ganze Familie war seit vielen Jahren auf der Seite der Linken politisch engagiert, und auch nach dem Krieg wählten meine Eltern logischerweise KPD. Meine Großmutter arbei-*

*tete übrigens in der „Germania“, und ich hielt mich schon in jungen Jahren ständig in diesem für mich selbstverständlichen Umfeld auf.“<sup>96</sup>*

Wie war das Verhältnis der KPD zur anderen Arbeiterpartei, zur SPD? Auf Reichsebene gab es eine prinzipielle Feindschaft. Die KPD hatte der SPD nie verziehen, daß diese die kommunistischen Aufstände 1918/19 und in den folgenden Jahren mit militärischen Mitteln und im Bündnis mit der konservativen Reichswehr niedergeschlagen hatte. Nachdem die KPD im Laufe der 20er Jahre völlig in die Abhängigkeit von Moskau geraten war, hatte sich der Gegensatz noch dadurch verschärft, daß die deutschen Kommunisten auf Weisung Stalins ihren Hauptfeind nicht in den Nazis, sondern in den Sozialdemokraten sehen mußten. Die KPD trug durch diese geradezu irrsinnige Haltung nicht wenig dazu bei, die Position der verhaßten Republik zu schwächen und die Nazis zu stärken. Der Obstruktionshaltung der Kommunisten war es zuzuschreiben, daß 1925 nicht der demokratische Politiker Wilhelm Marx zum Reichspräsidenten gewählt wurde, sondern der ultrakonservative und im Grunde monarchistische Feldmarschall Hindenburg.

Inwieweit diese Feindschaft zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in Backnang bestand, ist nicht ganz leicht nachzuvollziehen. Zeugenaussagen wissen, daß man eigentlich nichts Prinzipielles gegeneinander gehabt habe, zumal man sich in Backnang in der Regel persönlich kannte, was Konflikte allemal milderte. Andererseits gingen die Parteien bei ihren Veranstaltungen doch in der Regel deutlich getrennte Wege, und in der politischen Praxis sieht das Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten in Backnang keineswegs so harmlos aus, wie es sich in der Erinnerung nach über 60 Jahren darbietet. Der Gegensatz SPD – KPD strahlte von der Reichsebene durchaus auch aufs lokale Niveau aus. Als beispielsweise am 22. Februar 1932 die Kommunisten Hermann Scheib und Eugen Wohlfarth, letzterer Stadtrat, im Anschluß an die Verbreitung eines verbotenen Flugblatts angeklagt wurden, mag die örtliche SPD dies durchaus mit einer grimmigen Genugtuung betrachtet haben: Die Kommunisten hatten sich nämlich in dem Flugblatt scharf gegen die SPD gewandt und diese als Büttel des Kapitalismus

<sup>96</sup> Aussage von Frau M., 2. 11. 1992.

denunziert. Scheib wurde freigesprochen, Wohlfarth dagegen zu einer Strafe von 40,- RM verurteilt.<sup>97</sup>

Für die bürgerlichen Bevölkerungsgruppen waren die Kommunisten *der* Alptraum und *das* Feindbild schlechthin. Dazu hatten die Kommunisten in nicht geringem Maße selbst beigetragen – und zwar keineswegs nur durch ihre überregionale Politik im Reich. Für den Backnanger Liederkranz war das Urteil über die Kommunisten beispielsweise ganz klar und eindeutig, seit es im Jahre 1923 zu einem schweren Zwischenfall gekommen war: „Kommunistische Hundertschaften“ hatten damals eine Gesangsveranstaltung des Liederkranzes gestört und durch politische Ansprachen unterbrochen.<sup>98</sup> Die Panik des Liederkranzes färbte selbstverständlich auf andere bürgerliche Gruppierungen ab.

#### 4.1.1.3.2 Die rechtskonservativen Parteien

Die KPD auf der linken und die NSDAP auf der rechten Seite des politischen Spektrums lehnten das Weimarer System kategorisch ab. Daneben gab es noch Parteien, die zwischen fundamentaler Systemopposition und zeitweiliger Mitarbeit schwankten. In jedem Fall waren diese Parteien unsichere Kantonisten, auf die die Republik im Krisenfall nicht bauen konnte. Auf der Linken war dies die USPD, die allerdings seit Beginn der 20er Jahre nur noch als Splitterpartei ohne jegliche Bedeutung weiterexistierte. Die meisten ihrer Mitglieder waren entweder nach ganz links zur KPD oder in Richtung Mitte zur SPD abgewandert.<sup>99</sup>

Von wesentlich größerer Bedeutung war die DNVP und, speziell für Backnang, der Württembergische Bauern- und Weingärtnerbund. Die DNVP war eine monarchistisch-rechtskonservative Partei, die die Republik zwar grundsätzlich ablehnte, gleichwohl aber Mitte der 20er Jahre zweimal Mitte-Rechts-Koalitionen angehört hatte. Gegen Ende der 20er Jahre waren die gemäßigten Kräfte aber auf dem Rückzug. In Württemberg wurde der gemäßigte Flügel der DNVP durch den Kultminister Bazille repräsentiert. Bazille überwarf sich 1930 völ-

lig mit dem neuen Parteivorsitzenden Hugenberg und trat aus der Partei aus.<sup>100</sup>

Der Württembergische Bauern- und Weingärtnerbund, eine regional durchaus bedeutende Partei, vertrat unter ihrem Vorsitzenden Theodor Körner ebenfalls deutlich rechtskonservative Positionen und sah sich dem „nationalen Lager“ zugehörig. Das schloß keineswegs punktuell durchaus heftige Auseinandersetzungen mit den Nationalsozialisten aus.

In Backnang holte die DNVP 1928 noch stattliche 14,3 % der Stimmen, der Bauern- und Weingärtnerbund 10,7 %, zusammen also 25,0 %. 1930 schrumpfte der jeweilige Anteil auf 7,4 bzw. 7,7 %, zusammen 15,1 %. Man wird nicht fehlgehen, wenn man die schweren Verluste der beiden Rechtsparteien mit dem gleichzeitigen Anstieg der NSDAP erklärt.

Das Wählerpotential der Deutschnationalen waren in der Regel ältere Beamte und Angestellte, die den vergangenen Zeiten des Kaiserreichs nachtrauerten und denen die NSDAP als zu „vulgär“ oder „proletarisch“ erschien. Der Bauern- und Weingärtnerbund hatte, wie nicht anders zu erwarten, seine Wähler unter den Landwirten, die insbesondere in den Backnanger Teilorten durchaus einen gewissen Bevölkerungsanteil stellten. Im Bewußtsein vieler Zeitgenossen und befragter Zeugen galt die DNVP im Vergleich zu den Nazis als „gemäßigte“ und „seriöse“ Partei, was aufgrund des bis 1930 gültigen Bazille-Kurses durchaus eine gewisse Berechtigung hatte. Daß der Kurswechsel der Partei unter Hugenberg den DNVP-Wählern überhaupt klar wurde, darf zumindest für einen guten Teil der Wähler bezweifelt werden.

#### 4.1.1.3.3 Die NSDAP

Die neben der KPD zweite extremistische Bewegung auf lokaler Ebene entstand hier im Jahr 1928: Die NSDAP. Die Nazis hatten 1928 bei der Reichstagswahl noch bescheidene 2,0 % der Stimmen gewonnen, stiegen aber 1930 explosionsartig auf 16,2 % an, eine Zahl, die freilich unter dem Reichsdurchschnitt von

<sup>97</sup> StAL F 252 I.

<sup>98</sup> Hermann Wille, Festschrift zum 100jährigen Bestehen des Liederkranzes, 3. Juni 1934. Backnang 1934, S. 90. Vgl. auch die kommunistischen Machenschaften mit Waffentransporten und Gewalttätigkeiten im Beitrag Hartmanns im vorliegenden Jahrbuch.

<sup>99</sup> Sylvia Neuschl: Geschichte der USPD in Württemberg oder: Über die Unmöglichkeit einzig zu bleiben. Esslingen 1983.

<sup>100</sup> Schnabel 1986 (wie Anm. 1), S. 73f.

über 18 % lag. Im Gemeinderat saßen die Nazis der KPD direkt gegenüber. Während der ersten Jahre zog die NSDAP in kommunalpolitischen Angelegenheiten immer wieder mit den Kommunisten an einem Strang, bevor sie 1930 und 1931 ein entschiedener Gegner der Kommunisten wurde. Von der NSDAP und der KPD gingen alle politischen Gewaltakte in der Stadt aus:

Die über 15 wegen politischer Delikte anhängigen Gerichtsverfahren betrafen nur Gewalttaten zwischen diesen beiden Parteien in den Jahren 1930 bis 1932. Die Gerichtsakten enthalten Aussagen über Schlägereien mit Verletzungen, über Waffengebrauch einschließlich Handfeuerwaffen. In der Bevölkerung, besonders unter deren bürgerlichen Teilen, entwickelte sich ein antikommunistisches Gefühl, und die militanten Kommunisten wurden für alle Gewalttaten verantwortlich gemacht. Wenn man die verworrenen Gerichtsbeschlüsse in den Akten einsieht, dann ist eine eindeutige Schuldzuschreibung keineswegs so einfach, auch wenn die Kommunisten sicher oft verantwortlich für die vorgefallenen Gewaltakte waren.<sup>101</sup>

Jedenfalls war auch in Backnang am Vorabend der Wahlen vom 31. Juli 1932 das Klima so angeheizt, daß die jahrelang stabile Position der Sozialdemokraten und der gemäßigten Bürgerlichen bereits zerbrochen war.

#### 4.1.2 Die Wahlen von 1932<sup>102</sup>

##### 4.1.2.1 Das definitive Ende halbwegs normaler Verhältnisse

Die Reichspräsidentenwahl vom Frühjahr 1932 und die Reichstagswahlen vom 31. Juli und vom 6. November 1932 markierten einen tiefen Bruch in der politischen Landschaft Deutschlands. Hitlers NSDAP, die 1930 zur zweitstärksten Partei geworden war, wurde jetzt zur mit Abstand stärksten politischen Kraft. Auch in Backnang ist diese Entwicklung deutlich abzulesen. Die demokratischen Parteien, welche bisher eine relative Mehrheit besaßen, erlitten dramatische Verluste und konnten in der Juli-Wahl nur noch 25,6 %, in der Novem-

ber-Wahl gar nur noch 24,4 % auf sich vereinen. (Juli 1932 [November in Klammer]: SPD 12,0 [10,6], DDP 2,3 [2,8], Zentrum 3,4 [3,2], DVP 1,2 [1,7], bürgerliche Splitterparteien 6,7 [6,1]) Der Stimmenanteil der demokratischen Kräfte hatte sich damit gegenüber 1928/30 ungefähr um die Hälfte vermindert. Insbesondere die liberalen Parteien waren gegenüber 1930 in die fast völlige Bedeutungslosigkeit abgestürzt. Damit waren alle demokratischen Kräfte zusammen in Backnang auf einen Stimmenanteil abgesunken, wie ihn die KPD bei den Wahlen von 1932 erreichte: Sie gewann im Juli 25,2, im November gar 26,9 %!

Die Deutschnationalen und der Bauern- und Weingärtnerbund erlitten in der Juliwahl von 1932 zwar Verluste gegenüber 1930, aber diese Verluste waren erstens nicht sehr schwer und zweitens konnten sich beide in der Novemberwahl etwas erholen: Im Juli kam die DNVP auf 6,5 %, der Bauern- und Weingärtnerbund auf 4,4 %, im November lauteten die entsprechenden Zahlen 10,1 bzw. 5,3 %.

Insbesondere in der Juliwahl konnte die NSDAP in Backnang einen Triumph verzeichnen. Sie stieg auf 37,9 %, was ziemlich genau dem Ergebnis auf Reichsebene entsprach. Im November sackte sie auf 32,3 % ab. Ihre Hauptgewinne machte die NSDAP im 3. und 4. Wahlbezirk. Das unterstreicht ebenso wie die Gewinn- und Verlustzahlen der anderen Parteien, daß die Nazis ihre Wählerschaft vor allem im ehemals bürgerlichen Lager hatten. Man kann unschwer Wählerbewegungen von den bürgerlich-demokratischen Parteien und von den bürgerlich-bäuerlich rechtskonservativen Kreisen zu den Nazis feststellen. Mit dem Juli 1932 schienen die Nazis ihren Zenit erreicht zu haben, und auch in Backnang ist deutlich festzustellen, daß sich Parteien wie DDP, DVP, aber auch DNVP und Bauern- und Weingärtnerbund im November wieder zu stabilisieren begannen, wenn auch auf niedrigem Niveau.

Die SPD war in Backnang 1932 nur noch ein Schatten einer einst großen und demokratischen Volkspartei. Wie gewaltig die Veränderungen in Backnang waren, zeigt sich daran,

<sup>101</sup> Vgl. einige Einzelheiten zu den gewalttätigen Konflikten in Backnang bei: Erich Bauer: 60 Jahre nach der sogenannten „Machtergreifung“ – Radikalisierung des politischen Lebens 1930 – 1933. – In: Geschichte und Geschichten aus unserer Heimat Weissacher Tal 8, 1993, S. 13 - 44. Vgl. auch: Hartmann im vorliegenden Jahrbuch. Die Quellen zu den Backnanger Ereignissen: StAL F 252 I, Bü. 15, 25, 26, 32, 36, 37, 39, 41.

<sup>102</sup> Dazu Fritz (wie Anm. 2).

daß die republikfeindlichsten Parteien NSDAP und KPD zusammen auf 63,1 % (Juli) bzw. 59,2 % (November) der Stimmen gekommen waren. Nimmt man die DNVP und die Bauern und Weingärtner hinzu, ergeben sich sogar alptraumhafte 74,0 (Juli) bzw. 74,7 % (November) von republikfeindlichen Parteien in Backnang.

Herr W., welcher die NSDAP nach der Reichstagswahl im November verließ, weil er ein Anhänger des von Hitler kaltgestellten „linken“ Nationalsozialisten Gregor Strasser war, erinnert sich an die Wahl vom Juli:

*Wir feierten in Backnang mit Begeisterung den Sieg der NSDAP und waren begeistert über die gewaltig gewachsene Zahl nationalsozialistischer Abgeordneter im Reichstag. Für uns war das eine Offenbarung, wir waren regelrecht betrunken vor Glück.*

Hand in Hand mit den neuen Mehrheitsverhältnissen ging in Backnang eine Zunahme und Verschärfung der politischen Gewalttaten zwischen der NSDAP und der SA einerseits und der KPD und dem Rotfrontkämpferbund andererseits – auch die Kommunisten konnten ja ein gutes Wahlergebnis vorweisen und fühlten sich als Sieger. Die Anhänger beider Parteien prügeln sich in Backnang nicht etwa nur nachts, nein, sie traten gegeneinander am helllichten Tag an und vermehrten damit Angst und Schrecken unter der Bevölkerung.

#### 4.1.2.2 Die Verwaltungsspitze und die Kommunisten

Auch in der Kommunalpolitik hatten die Wahlergebnisse von 1932 schwerwiegende Konsequenzen. Bürgermeister Dr. Albert Rienhardt, seit 1926 nicht mehr Mitglied einer politischen Partei, glich seine Politik den neuen politischen Verhältnissen an. Backnang wandelte sich von einer politisch Mitte-links ausgerichteten Stadt zu einer Stadt der Ultra-Konservativen und der Rechtsextremen. Freilich opponierte die KPD heftig gegen die neuen Verhältnisse. Allerdings gab es unter den Kommunisten durchaus Stimmen, die für ein vorsichtiges Vorgehen plädierten. Einzelne KPD-Mitglieder fürchteten, die Partei könne durch unüberlegte Gewaltakte nur unnötige Repressalien provozieren. Frau A. meint dazu:<sup>101</sup>

*Ich erinnere mich, daß mein Vater uns einmal beim Abendessen erzählte, die Kommuni-*

*sten seien wieder einmal bei Ausschreitungen dabei gewesen. Er sagte uns, die Nazis warteten immer nur auf so etwas, und er redete uns ins Gewissen, die Kommunisten sollten nicht jedesmal bei solchen Vorfällen so unvorsichtig die Initiative ergreifen und Krawall machen. Dies würde sie in der öffentlichen Meinung diskreditieren. Er hoffte, daß die Kommunisten dies verstehen würden. Für die Zukunft erwartete er Schlimmes: An dem Tag, an dem die Nazis ernsthaft ihrerseits die Offensive ergriffen, würde das Ende für die Kommunisten gekommen sein!*

#### 4.1.2.3 Der „Murrthal-Bote“

Dabei kamen Provokationen und Gewalt natürlich auch in Backnang keineswegs nur von den Kommunisten. Die Nazis waren gewiß nicht weniger gewalttätig. Aber wegen der Erinnerung an die traumatischen Jahre 1918 und 1919 und wegen des festverwurzelten Glaubens an eine bolschewistische Bedrohung hatten die sozialen Mittelschichten die KPD niemals als eine normale Partei betrachtet. Dazu trug auch die damalige Backnanger Tageszeitung, der „Murrthal-Bote“ bei.

Er war in den 30er Jahren die einzige Zeitung der Stadt und der angrenzenden Gemeinden. Der „Murrthal-Bote“ gab keineswegs eine objektive, sondern eine höchst subjektive Meinung über die politischen Verhältnisse ab. Die Ängste gegen die kommunistischen Kreise wurden bewußt in einer regelmäßigen Rubrik geschürt, welche „Locker sitzt der Revolver“ hieß. Dort wurden alle kommunistischen Gewalttaten der Stuttgarter Gegend präzise dargestellt. Der „Murrthal-Bote“ erhielt außerdem alle Informationen der Presseagentur „Telegrafunion“, welche einer Pressegruppe um Alfred Hugenberg angehörte. Daß aus einer Presseagentur des DNVP-Vorsitzenden Hugenberg natürlich keine objektive Information zu erwarten war, versteht sich von selbst. Für Hitler empfand der „Murrthal-Bote“ bis 1933 eine seltsame Mischung aus Sympathie und Ablehnung. Einerseits war Hitler der Konkurrent der DNVP und damit der politischen Grundhaltung des Blattes, andererseits billigte man viele Ansichten Hitlers.

Da der „Murrthal-Bote“ die einzige in Backnang erscheinende Zeitung war und da die Zei-

<sup>101</sup> Aussage vom 21.-12. 1992.

Backnang, Dienstag, 1. August 1933

# Murrthal-Bote

## Backnanger Tagblatt

Amtsblatt für sämtliche Behörden  
Nationalsozialistische Tageszeitung



Abb. 18: Der Murrthal-Bote vom 1. 8. 1933 - erstmals mit dem Untertitel „Nationalsozialistische Tageszeitung“.

tung bereits seit 1832 erschien und damit eine hundertjährige Tradition hatte, war es für die meisten Backnanger – egal welcher politischen Herkunft – selbstverständlich, den „Murrthal-Boten“ zu lesen. Herr S. gibt die damals weitverbreitete Ansicht folgendermaßen wieder:

*Ich habe mir niemals die Frage über die Zuverlässigkeit und Genauigkeit der Informationen des „Murrthal-Boten“ gestellt. Wir hatten Vertrauen in diese Zeitung. Eine Zeitung, und am wenigsten der „Murrthal-Bote“, konnte nach unserer Ansicht auf keinen Fall ihre Leser belügen. Was schwarz auf weiß gedruckt war, mußte für uns richtig sein. All das, was im „Murrthal-Boten“ geschrieben wurde, war für uns die volle Wahrheit.<sup>104</sup>*

Ob und wievielen Backnangern die Mechanismen einer einseitigen Beeinflussung durch die Presse überhaupt bewußt waren, ist eine offene Frage. Ungeklärt ist bisher auch – und wird es wohl in Zukunft bleiben – in welchem Maße auswärtige Zeitschriften und Zeitungen in Backnang gelesen wurden. Man wird ihre Zahl freilich als nicht allzu hoch einschätzen dürfen, allein schon aus materiellen Gründen. Nur in parteipolitisch ausgesprochen engagierten Familien las man auswärtige Blätter, so etwa im Hause Lachenmaier die in Stuttgart erscheinende sozialdemokratische „Schwäbische Tagwacht“ oder hin und wieder den „Vorwärts“. Aber die meisten Backnanger hatten keinerlei finanzielle Mittel, eine auswärtige Zeitung oder Zeitschrift zu kaufen.

## 4.2 Backnang zwischen Hitlers „Machtergreifung“ und den ersten Maßnahmen zur „Gleichschaltung“

### 4.2.1 Die Darstellung der reichspolitischen Ereignisse im „Murrthal-Boten“ insbesondere im Januar 1933

Grundsätzlich stand der „Murrthal-Bote“ der DNVP nahe, deshalb wurde die NSDAP anfangs des Jahres 1933 durchaus als Mitkonkurrent um die politische Macht empfunden. Eine Reihe von selbstgefälligen, ja zynischen Kommentaren über Hitler, die man noch im Laufe des Januar 1933 findet, sind für diese Einstellung repräsentativ. Am 3. Januar 1933 wurde ein Artikel über das Aktionsprogramm Adolf Hitlers mit dem Titel „Der Kampfwille Adolf Hitlers im Jahr 1933“ veröffentlicht, in dem zwar Hitlers Taktik des Kampfs um die politische Macht gepriesen wird, in dem aber auch ausgeführt wird, daß Hitler längst Regierungsmitglied wäre, wenn er auf seinen „Reichsorganisationsleiter“ Gregor Strasser gehört hätte. Bekanntlich war es im November/Dezember 1932 zu einem Machtkampf zwischen Hitler und Strasser gekommen, der mit Strassers völliger Entmachtung endete.<sup>105</sup>

Gegen Hitlers Vorschlag vom 10. Januar 1933, den erst im November 1932 gewählten Reichstag aufzulösen und Neuwahlen anzusetzen, sprach sich der „Murrthal-Bote“ kategorisch aus und stellte fest, daß eine derartige

<sup>104</sup> Aussage vom 3. 12. 1992.

<sup>105</sup> Udo Kissenkötter: Gregor Straßer und die NSDAP. Stuttgart 1978 (= Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 37), S. 162 - 177.

Forderung für Hitlers absolute politische Ahnungslosigkeit spräche. Für den „Murrthal-Boten“ bedeutete eine Neuwahl Zeit- und Kraftverschwendung; es sei viel wichtiger, die Arbeitslosigkeit und die Wirtschaftskrise zu bewältigen

Am 11. Januar 1933 maß die Zeitung Gerüchten über eine eventuelle Koalition zwischen Hitler, von Papen und dem Kanzler Schleicher große Bedeutung bei. Wenige Tage später diskutierte der „Murrthal-Bote“ am 17. Januar die politische Großwetterlage in einem Artikel, in dem er darüber nachdachte, welcher Art eine Regierung sein müßte, die Deutschland jetzt nötig brauche: Es ging um die Frage, ob dies ein parlamentarisches oder ein autoritäres Regime sein sollte. Für den Autor dieses Artikels konnte die Wahl nur zugunsten einer autoritären und antiparlamentarischen Herrschaft ausfallen.

Im Laufe der folgenden Tage ging es in den Artikeln immer wieder um Gerüchte über Verhandlungen zwischen Hitler, von Papen und Schleicher. Die Zeitung beharrte weiter auf ihrer Position, daß eine erneute Auflösung des Reichstages keine Probleme lösen würde. Am 20. Januar 1933 Tage später sprach die Zeitung zum ersten Mal, aber noch ohne jede Sympathie, über die mögliche Ernennung Hitlers zum Reichskanzler.

Im Laufe der folgenden Tage wünschte der „Murrthal-Bote“ eine Übereinkunft zwischen Hitler und den Männern um den Reichspräsidenten. Vom 24. Januar 1933 an wurden alle weiteren Schritte Hitlers genau erwähnt und kommentiert. Am 27. Januar erklärte die Zeitung, daß die neue Kabinettsliste schon fertig wäre:

Das „Harzburger Kabinett“ – benannt nach der Harzburger Front von 1931, in der die Nazis und die Rechtskonservativen erstmals kooperiert hatten – würde Deutschland bald regieren können. Die Mitteilung, daß Reichskanzler Kurt von Schleicher und seine Regierung am 29. Januar 1933 zurückgetreten waren, bewertete der „Murrthal-Bote“ als ausgesprochen positiv. Dadurch werde der Weg freigemacht, daß eine „nationale Regierung“ die „nationale Wiedererstarkung“ in Angriff nehmen könne.

Auch die ersten Maßnahmen zur Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten begrüßten die Kommentatoren des „Murrthal-Boten“ voll und ganz, insbesondere die Schritte gegen die Kommunisten. Während also bis zum Zeitpunkt der Machtübernahme Hitlers, also bis zum 30. Januar 1933, noch eine zwar nicht eben demokratische Haltung, aber durchaus erkennbare politische Eigenständigkeit des „Murrthal-Boten“ zu konstatieren ist, wurde die Zeitung von der „Machtergreifung“ an in atemberaubender Schnelligkeit zum reinen Propagandainstrument der Nationalsozialisten.

#### 4.2.2 Die neue politische Situation in Backnang

Wir haben schon von den Reaktionen gesprochen, die Hitlers Machtübernahme in den Familien hervorgerufen hatte. Auf örtlicher politischer Ebene rief die Nachricht von Hitlers Kanzlerschaft unter den Gegnern der NSDAP mehrere Tage lang absolutes Schweigen hervor. Dies trifft auch für die SPD und KPD zu. Bei der SPD herrschte in Backnang – durchaus den Verhältnissen auf Reichsebene vergleichbar – nach einer gewissen Schockstarre die Meinung, man solle abwarten, da Hitler sich schon die Zähne an den wirtschaftlichen Problemen ausbeißen werde und in absehbarer Zeit genauso kläglich scheitern müsse wie seine Vorgänger Schleicher und Papen. Man hoffte, durch Stillhalten einem drohenden Verbot zu entgehen.<sup>106</sup> Die KPD fuhr dagegen bald damit fort, die Nazi-Gruppen weiter zu bekämpfen, aber diese schlugen nun mit noch mehr Härte und noch siegessicherer als zuvor zurück.

Die Polizei schritt nun bei jeder Kleinigkeit der Kommunisten ein. Das Backnanger Amtsgericht war während des Februar 1933 völlig mit Anklagen wegen politischen Gewalttaten überlastet. Bürgermeister Dr. Rienhardt tat, als ob nichts wäre und schwieg zufrieden, denn die neue politische Macht entsprach seinen neuen Ideen. Der Gemeinderat wurde ebenfalls nicht zusammengerufen.

Die Backnanger NSDAP war dagegen in den Wochen nach Hitlers Machtübernahme regelrecht begeistert und gab ihrer Freude Ausdruck, indem sie Märsche durch die wichtigeren

<sup>106</sup> Aussage von Hermann Lachenmaier jun. vom 20. 12. 1994



Straßen organisierte und Versammlungen mit wichtigen Rednern aus Stuttgart oder aus anderen großen Städten organisierte.

Bei den anderen politischen Kräften waren die Gefühle gemischt, aber bemerkenswert ist doch die folgende Aussage: *Selbst wenn die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler keine gute Nachricht gewesen wäre, so gab es doch ein Gefühl der Neugierde. Man wollte abwarten, und man fragte sich wirklich, was er machen würde.*<sup>107</sup>

Allerdings scheint es in einem Falle zu einer bemerkenswerten persönlichen Tragödie gekommen zu sein. Leider war auch durch intensive Recherchen aber nichts Genaueres herauszufinden als das Folgende: Ein demokratisch gesinnter Lehrer der Lateinschule soll im Jahre 1932 nach den großen Stimmengewinnen der Nazis geäußert haben, er werde sich aufhängen, wenn Hitler Reichskanzler werde. Nachdem das am 30. Januar 1933 tatsächlich eingetreten war, wurde dem Lehrer anonym ein Strick zugeschickt. Der Lehrer soll sich daraufhin – völlig verzweifelt – nun wirklich aufgehängt haben.<sup>108</sup>

Nach der Entscheidung Adolf Hitlers, den Reichspräsidenten von Hindenburg zu bitten, den Reichstag zum 1. Februar 1933 aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben, begannen die politischen Parteien ihren Wahlkampf für die am 5. März 1933 anstehenden Wahlen.

Der Wahlkampf im Februar 1933 war ausgesprochen hart. Allerdings standen – wie die zahllosen riesigen Wahlkampfanzeigen der

NSDAP im „Murrthal-Boten“ beweisen, den Nazis nun gewaltige finanzielle Mittel zur Verfügung, denen die andern Parteien wenig entgegenzusetzen hatten. Der preußische Landtagspräsident Hermann Göring von der NSDAP hatte in den Wochen nach Hitlers Machtübernahme die Industrie dazu gebracht, mit riesigen Spenden die leeren Kassen der NSDAP überreich zu füllen.<sup>109</sup> Teilweise machte sich bei den Gegnern der Nazis auch schon Resignation breit. Die Backnanger KPD und die SPD führten dagegen einen unverdrossenen und mutigen Wahlkampf durch. Noch Mitte Februar hatte die „Eiserne Front“, die Kampforganisation der SPD und anderer republiktreuer Gruppen einen „Roten Tag“ mit großem Demonstrationzug in Backnang durchgeführt.<sup>110</sup> Unklar ist, ob es bei diesem „Roten Tag“ zu einer Zusammenarbeit von SPD und KPD kam. Der Brand des Reichstages am 27. Februar 1933 und die ihm folgende „Brandverordnung“ boxte dann die Kommunisten als angebliche Brandstifter und Verschwörer aus dem Wahlkampf. Von demokratischen Verhältnissen und einer wirklich freien Wahl konnte also keine Rede mehr sein.

Die letzte Woche vor der Wahl brachte mit einem großen Propagandamarsch des Backnanger „Reichsbanners“ quer durchs Oberamt nach Murrhardt den Höhepunkt des Wahlkampfes. Die Abschlußveranstaltung in der Murrhardter Gaststätte „Schwanen“ war als größte und bestbesuchte SPD-Kundgebung der damaligen Jahre noch lange nach dem Zweiten Weltkrieg im Bewußtsein der Teilnehmer.<sup>111</sup>

<sup>107</sup> Aussage von Frau B. vom 1. 12. 1992.

<sup>108</sup> Aussage von Frau A. vom 3. 12. 1992. Mehrere Zeugen erinnern sich an den Selbstmord und daran, sehr schockiert gewesen zu sein. Die Episode mit dem per Post zugeschickten Strick sei dagegen – so die Zeugin A. – mit Vorsicht zu behandeln. Eine Zeugin glaubt sich vage zu erinnern, daß es sich bei dem Selbstmörder um den Lehrer L. gehandelt habe. Das deckt sich freilich nicht mit dem konkreten Befund: L. ist nachweislich erst 1942 als Hauptmann der Wehrmacht an der Ostfront gefallen und nicht schon um 1933 Opfer eines Selbstmordes geworden. Eine völlig andere Variante liefert Dr. Heinz Mayer, Sulzbach gegenüber Gerhard Fritz am 5. 1. 1995: Er habe 1931 an der Realschule mit Lateinabteilung eine Lehrerin namens Korherr gehabt, die angeblich Jüdin gewesen sei. Man habe 1933 an der Schule erzählt, daß diese Lehrerin zusammen mit ihrer Schwester Selbstmord begangen habe. Die Lehrerin Korherr ist für die Jahre 1930 bis 1932 in Backnang nachgewiesen (vgl. Gerhard Fritz: Geschichte der Lateinschule Backnang und ihrer gymnasialen Nachfolger, I. Teil: Von der vorreformatorischen Zeit bis 1933. – In: Jubiläumsschrift des Max-Born-Gymnasiums (wie Anm. 4), S. 15 – 42, hier 39.) Frau S. liefert am 30. 1. 1995 wieder eine andere Lesart: Nach ihrer Erinnerung habe es zwar die angeblich jüdische Lehrerin Korherr gegeben, und diese sei um 1932/33 auch verschwunden, aber der Selbstmord beziehe sich auf den Lehrer Samuel K., der wegen seines kleinen Wuchses und seines „jüdischen“ Vornamens (ohne Jude zu sein) von den Schülern gehänselt worden sei und Selbstmord begangen habe.

<sup>109</sup> Heinz Höhne: Die Machtergreifung. Deutschlands Weg in die Hitler-Diktatur. Reinbek 1983 (= Spiegel-Buch 39), S. 219ff und v. a. 280f.

<sup>110</sup> Murrthalbote 17. und 18. 2. 1933.

<sup>111</sup> Fritz (wie Anm. 2) und mündliche Aussage des ehemaligen Murrhardter SPD-Mitglieds Lamprecht aus den 1970er Jahren, übermittelt von Gerhard Fritz. Der Marsch des „Reichsbanners“ bzw. der „Eisernen Front“ führte auch durch Sulzbach, wo Bürgermeister Stroh eine offizielle Begrüßung durch die Gemeinde durchführte. Andererseits hatte man für Zwischenfälle vorgesorgt: In Sulzbach gab es im Gasthaus „Ochsen“ eine Abteilung des freiwilligen Arbeitsdienstes. Diese wurde hinter dem Rathaus bereitgestellt, um einzugreifen, falls es zu Störungen gekommen wäre. (Mitteilung von Dr. Heinz Mayer, Sulzbach).

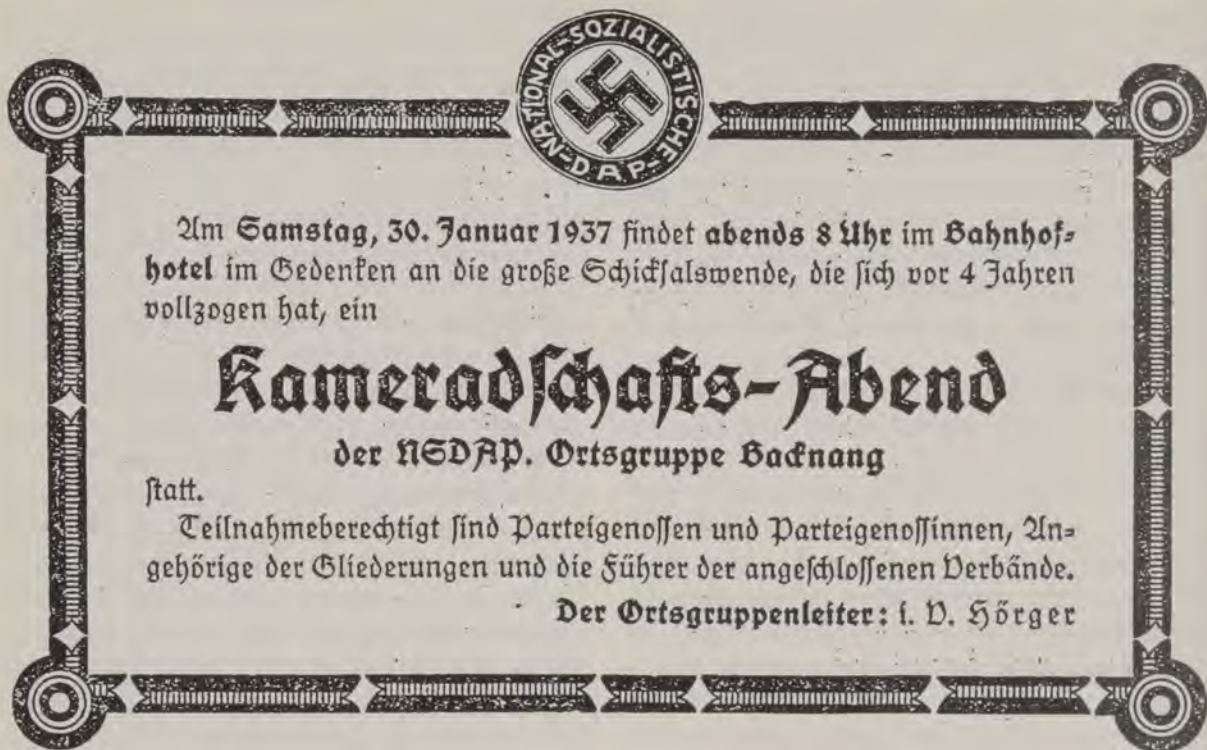


Abb. 19: Der 30. Januar 1933 wurde einer der großen Gedenktage der NSDAP. Auch in Backnang feierte man ihn jedes Jahr – so wie hier 1937 – mit großem Aufwand.

#### 4.2.3 Das Ergebnis der Reichstagswahl vom 5. März 1933

Die Reichstagswahl vom 5. März 1933 brachte der NSDAP auf Reichsebene knapp 44 % der Stimmen ein, so daß sie zusammen mit den etwa 8 % der DNVP eine Koalitionsregierung bilden konnte. In Backnang zeigte die mit 87,2 % sehr hohe Wahlbeteiligung, daß ein hoher Grad der Politisierung erreicht war. Insbesondere die Nazis setzten sich für eine Mobilisierung der Wähler ein, da sie – nicht unberechtigterweise – hofften, daß politisch relativ ahnungslose Leute, die bei früheren Wahlen nicht gewählt hatten, jetzt überproportional für die NSDAP votieren würden.

In der Tat profitierten die Nazis stark von der hohen Backnanger Wahlbeteiligung und erhielten 48,0 % der Stimmen. Betrachtet man die absoluten Zahlen, dann wird der Durchbruch für die Nazis noch deutlicher: Im November 1932 hatten noch 1465 Personen für die NSDAP votiert, bei ihrem besten Wahlergebnis im Juli 1932 waren es 1799 Personen. Jetzt schnellte die Zahl der Backnanger NSDAP-

Wähler auf nicht weniger als 2682. Der Koalitionspartner der Nazis, die DNVP, büßte gegenüber der Novemberwahl zwar prozentual ein: Sie sank von 10,1 auf 8,1 %. Betrachtet man jedoch die absoluten Zahlen, dann zeigt sich, daß die Deutschnationalen ihr Wählerpotential praktisch unverändert hatten erhalten können: Im November hatten 457 Backnanger deutschnational gewählt, im März waren es 453. Demnach dürften die gewaltigen Stimmengewinne der Nazis in Backnang weniger auf eine Wählerwanderung von den Deutschnationalen zur NSDAP zurückgehen, sondern auf die erwähnte Mobilisierung bisheriger Nichtwähler.

Auch der Bauernbund hielt – bei leichten Verlusten – im wesentlichen seinen Anteil vom November: Er wurde im November 1932 von 240 Backnangern gewählt (= 5,3 %), im März 1933 von 223 (= 4,0 %).

Bei den Nazi-Gegnern schnitten die beiden liberalen Parteien am jämmerlichsten ab: Die rechtsliberale DVP verschlechterte sich von ihrem schlechten Novemberergebnis (79 Stimmen = 1,7 %) auf ganze 33 Stimmen (= 0,6 %)

im März, die linksliberale DDP von 128 Stimmen (= 2,8 %) auf 62 Stimmen (= 1,1 %). Die katholische Zentrumspartei vermochte sich dagegen in absoluten Zahlen sogar zu verbessern, wenn sich auch ihr prozentualer Stimmenanteil wegen der hohen Wahlbeteiligung leicht verschlechterte: Im November 144 Stimmen (= 3,2 %), im März 170 Stimmen (= 3,0 %). Dagegen verschwanden die bürgerlichen Splitterparteien in der Märzwahl in Backnang praktisch von der Bühne. Ihr Anteil sank von 320 Stimmen (= 7,4 %) im November auf 225 Stimmen (= 4,2 %).

Die SPD, obwohl von ihren Feinden wütend bedrängt, schnitt in absoluten Zahlen wesentlich besser ab als in den Wahlen von 1932. Hatten die Backnanger Sozialdemokraten in der Juliwahl noch 570 Stimmen (= 12,0 %) und in der Novemberwahl 482 Stimmen (= 10,6 %) errungen, konnten sie jetzt 635 Stimmen verbuchen (= 11,4 %). Damit hatte sie in absoluten Zahlen wieder das Niveau der Wahlen von 1928 und 1930 erreicht (1928: 637 Stimmen = 16,3 %, 1930: 641 Stimmen = 13,3 %). Mit anderen Worten: Die Backnanger SPD wußte sehr wohl, um was es im März 1933 ging. Es gelang ihr, ihr gesamtes Wählerpotential zu aktivieren, aber es gelang ihr nicht, Leute zu gewinnen, die ihr zuvor ferngestanden waren.

Auch die Backnanger Kommunisten liefen trotz der für sie widrigen Verhältnisse nicht zur SPD über. Durch die Reichstagsbrandverordnung waren die Kommunisten praktisch von der Wahl ausgeschlossen, wenn sie auch in der Kürze der Zeit nicht mehr von den Wahlzetteln gestrichen werden und somit gewählt werden konnten. Durch massivste Propaganda galten sie seit dem Reichstagsbrand als Brandstifter und Hochverräter. Es verwundert deshalb nicht, daß sie in Backnang von 1221 Stimmen im November 1932 (= 26,9 %) auf 1102 Stimmen (19,7 %) absanken. Erstaunlich ist eher, daß trotz der vielfachen Repressalien noch so viele Backnanger kommunistisch wählten.

Summa summarum ergab die letzte halbwegs freie Wahl in Deutschland für die nächsten zwölf Jahre, daß in Backnang die republiktreuen Parteien (SPD, DDP, DVP, Zentrum und Splitterparteien) auf 20,3 % geschrumpft waren, dazu kamen noch 4,0 % Bauern- und Weingärtnerbund, die nationalsozialistisch-deutschnationale Koalition kam auf 56,1 % und die Kommunisten auf die erwähnten

19,7 %. Dabei hatte sich die Backnanger SPD und das Zentrum für ihre Verhältnisse respektabel geschlagen, ebenso die Kommunisten – aber gegen die Mobilisierung der Unpolitischen durch die NSDAP war auch in Backnang nichts zu machen.

Infolge der rasanten Gleichschaltungspolitik auf Reichsebene war das Wahlergebnis vom 5. März 1933 indessen sowohl im Reich als auch im lokalen Backnanger Bereich schon nach wenigen Monaten nur noch Makulatur. Die Nazis setzten ihre Alleinherrschaft rasch durch. Wie wirkte sich das in Backnang aus?

## 4.3 Die Zeit der „Gleichschaltung“ und Oppositionsversuche in Backnang

### 4.3.1 Die Gleichschaltung

#### 4.3.1.1 Das Verbot einer aktiven demokratischen Politik

Schon sehr kurze Zeit nach Adolf Hitlers Ernennung zum Reichskanzler fand eine allgemeine Beschränkung aller demokratischen Aktivitäten statt. Schon am 3. Februar 1933, also kaum vier Tage nach dem Kanzlerwechsel, wurden die Zeitungen „Die rote Fahne“ (KPD) und „Vorwärts“ (SPD) verboten. Die neue politische Polizei, die sogenannte „Geheime Staatspolizei“ nahm am selben Tag Untersuchungen im Parteigebäude der KPD in Berlin auf. Der Kampf gegen die kommunistische Bewegung hatte demnach absolute Priorität.

Während des gesamten Wahlkampfes zur Märzwahl 1933 waren die Regierungsparteien NSDAP und DNVP damit beschäftigt, die demokratischen Parteien und die KPD zu bekämpfen. Im „Murrthal-Boten“ hatten die Vertreter der NSDAP und der DNVP im redaktionellen Lokalteil deutlichen Vorrang gegenüber den anderen Parteien. Über Versammlungen der Nazis und der Deutschnationalen in Backnang wurde berichtet, nie wurde dagegen ein Artikel über Versammlungen der SPD oder der KPD veröffentlicht.

Der Reichstagsbrand am 27. Februar 1933, der durch den niederländischen Kommunisten Marinus van der Lubbe, einem Einzeltäter, gelegt worden war, wurde zum Anlaß genommen, eine allgemeine Hetzjagd auf die Kommunisten zu eröffnen. In Württemberg fanden die ersten Verhaftungen in den kommunisti-

schen Kreisen logischerweise in Stuttgart statt, in Backnang schlug die Polizei aber auch schon an den ersten Tagen des März 1933 zu, also sogar noch vor der Wahl am 5. März. Eugen Häberlin und Eugen Wohlfarth, Stadträte der KPD, wurden verhaftet, ebenso wie der Künstler Hermann Krimmer, der ebenfalls im Stadtrat saß und welcher keiner offiziellen politischen Partei angehörte, aber den Kommunisten nahestand. Sie blieben bis Dezember 1933 in Haft. Anfang April folgte eine weitere Verhaftungswelle gegen die mittlerweile illegalen KPD-Mitglieder. Diesmal wurden in Backnang und Murrhardt 20 Männer und eine Frau verhaftet und mit dem Bus ins Lager Heuberg abtransportiert. Der „Murrthal-Bote“ berichtete hierüber. Es handelte sich also keineswegs um eine geheime Aktion.<sup>112</sup>

Immerhin wurde die örtliche Abteilung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Backnang schon am 5. März 1933 verboten, ebenso die Jugendorganisation der SPD. Das Oberamt in Backnang, also der Vorgänger des Landratsamtes, erhielt am 15. März ein Rundschreiben des württembergischen Innenministeriums, in dem genauere Anweisungen über die „Verordnung des Reichspräsidenten“ vom 28. Februar 1933 (die sogenannte „Brandverordnung“) enthalten waren. Die Brandverordnung schränkte einige Grundrechte ein und hatte zum Ziel, gegen Kommunisten und Gewerkschaften hart durchzugreifen. Das Rundschreiben führte aus, daß es nicht um die Auflösung der SPD und der freien Gewerkschaften gehe, sondern um die Auflösung verschiedener Untergruppierungen der KPD oder ihr nahestehender Organisationen. Die Schritte gegen Reichsbanner und SPD-Jugendorganisation waren demnach nicht einmal durch die Landesregierung formal gedeckt. Die KPD war damit – obwohl formell noch nicht verboten – eine faktisch illegale Partei.

Die Sozialdemokraten sahen sich für den Moment gerettet, aber ihre Hoffnung sollte nicht von langer Dauer sein. Man hatte auch sofort begonnen, belastendes Material – etwa schriftliche Unterlagen zu vernichten und die wenigen vorhandenen Waffen – Revolver – heimlich fortzuwerfen. An ernsthaften Widerstand war nicht mehr zu denken.

#### 4.3.1.2 Die Unterdrückung des Vereinslebens

Bis Anfang 1933 war das Backnanger Vereinsleben aufs engste mit dem politischen Leben verflochten. Wir haben schon davon gesprochen, daß zahlreiche Jugendorganisationen den politischen Parteien nahestanden und daß diese Organisationen verboten wurden. Das galt insbesondere für politische Parteien der Linken, etwas später aber auch für diejenigen von den konservativen Parteien, die oft komplett in die Hitler-Jugend übernommen wurden. Auch die christlichen Jugendorganisationen verschwanden bald. Die großen politischen Parteien besaßen praktisch alle einen ihr nahestehenden Sportverein, eine paramilitärische Gruppe, eine Hilfsorganisation oder einen Verein, in dem die Geselligkeit oder der Gesang gepflegt wurden. Nicht zu vergessen sind auch die örtlichen Gruppen der Gewerkschaften, die in aller Regel aus KPD- oder SPD-Sympathisanten bestanden.

Die „Kampfgemeinschaft für rote Sparteinheit“, der „Rotfrontkämpferbund“, die „Rote Hilfe“, die Schalmeienkapelle der KPD, das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, der „Arbeiter-Radfahrer-Verein“, der „Turnerbund“, der Musikverein, die „Harmonie“ und andere Vereine der KPD oder der SPD wurden verboten. Dabei verschwanden die KPD-nahen Organisationen am schnellsten; die SPD-nahen Gruppen lassen sich noch Mitte März und teilweise sogar noch Ende April/Anfang Mai 1933 durch Zeitungsanzeigen nachweisen. Die Auflösung erfolgte bei ihnen offenbar im Laufe des Mai 1933, nachdem in Berlin am 2. Mai der große Schlag gegen die Gewerkschaften geführt worden war. Am 6. Mai 1933 beispielsweise hatte noch der Waldheimverein im „Murrthal-Boten“ inseriert, am 12. Mai hatte dann die Hitler-Jugend das Waldheim übernommen und lud zu einer Besichtigung ein.<sup>113</sup>

Der Backnanger Künstler Hermann Krimmer, der in Stuttgart an der Kunstgewerbeschule im „Roten Graphiker Kollektiv“ mitarbeitete, wurde ebenfalls verhaftet und sein Verein verboten. In den Augen der neuen Machthaber erschien seine Kunst antiarisch und subversiv.

<sup>112</sup> Murrthal-Bote vom 7. 4. 1933.

<sup>113</sup> Vgl. zu den verschiedenen Vereinen der Backnanger Arbeiterkultur: Erst die Arbeit... Die Geschichtswerkstatt Backnang über Leben und Arbeit und den industriellen Strukturwandel am Beispiel einer Region [Backnang], Kap. IV und VII (keine durchlaufende Seitenzählung).

Die Gleichschaltung beschränkte sich im Laufe der Zeit nicht nur auf das Verbot von Vereinen, welche den linken Parteien nahestanden. Für den bereits oben erwähnten städtischen Beamten aus Backnang<sup>114</sup> brachte die Gleichschaltung die Auflösung und das Verbot des örtlichen Beamtenbundes, dessen Vorsitzender er war. Aus der Backnanger Baugenossenschaft, in deren Aufsichtsrat der Beamte saß, wurde er als *politisch unzuverlässig* ausgeschlossen. Auch die Theatergemeinde Backnang, in der er ebenfalls eine führende Funktion innehatte, blieb nicht verschont: 1933 wurde von der NSDAP ein neuer Vorsitzender bestellt und die Theatergemeinde damit „gleichgeschaltet“. Später mußte sie in „Kultur-gemeinde“ umbenannt und in „Kraft durch Freude“ überführt werden. Übrigens wurde dem Beamten – obwohl er im Grunde kaltgestellt worden war – sein Engagement in der Theatergemeinde nach 1945 dennoch zum Vorwurf gemacht: *Bei der Entnazifizierung wurde uns die rein kulturelle Arbeit als politische Bindung an den Nationalsozialismus zur Last gelegt.*

Auch andere Vereine wurden zwar nicht offiziell verboten, aber permanenter Kontrolle und Überwachung unterworfen. Auch der Liederkranz und die Schützengilde mußten sich nazitreu zeigen. Dabei darf man keineswegs annehmen, die Vereine hätten sich durch die Bank mit großem Widerwillen den neuen Verhältnissen gebeugt. Der Liederkranz beispielsweise, der 1934 sein 100jähriges Jubiläum feierte und dazu eine Festschrift drucken ließ, jubelte geradezu über die NS-Herrschaft und beurteilte in den enthusiastischsten Tönen die Zukunftsaussichten Deutschlands unter Hitler. Die Begeisterung in der Festschrift ist so tief und echt, daß sie gewiß nicht auf Kommando erfolgte, sondern aus innerer Überzeugung.<sup>115</sup> Am Beispiel des Liederkranzes läßt sich auch sehr deutlich verfolgen, wie die innere Struktur der Vereine – aller Vereine – umgestaltet wurde: Der Vorstand (jetzt: „Führerrat“) wurde nicht mehr gewählt, sondern nach dem Führerprinzip eingesetzt, der Vorsitzende hieß nicht mehr „Vorsitzender“, sondern „Vereinsführer“.

## Turnerbund Backnang E. V.

Laut Mitteilung unserer Kreisleitung beteiligen sich die Vereine des Arbeiterturn- und Sportbundes an der

## Feier des 1. Mai

Sammlung für unsere Mitglieder Montag mittag 1/2 1 Uhr im Gasthaus z. „Rößle“.

Der Ausschuss.

## Freier Sängerkhor 'Harmonie' Backnang

Die gesamte Mitgliedschaft beteiligt sich am

## Festzug

zum Tag

der nationalen Arbeit

Sammlung nachm. 1 Uhr am Lokal zum Hirsch.

Der Vorstand.

Abb. 20: 1. Mai 1933: Nachdem Hitler unerwartet die jahrzehntelangen Forderungen nach einem arbeitsfreien 1. Mai erfüllt hatte, reagierten die Backnanger Arbeiterbewegung und ihre Vereine – soweit sie noch nicht verboten waren – völlig perplex und nahmen an dem großen Umzug zum „Tag der nationalen Arbeit“ teil! Arbeiterturner und -sänger marschierten neben der SA. Wenig später waren sowohl Turnerbund als auch Harmonie verboten.

<sup>114</sup> Vgl. oben Anm. 23.

<sup>115</sup> Wille (wie Anm. 98).

Bemerkenswert ist übrigens, daß die Begeisterung für Hitler keineswegs mit einer konsequenten Befolgung nationalsozialistischer Forderungen einherging. So kam es offenbar niemanden in Liederkranz oder Schützengilde in den Sinn, ein langjähriges jüdisches Mitglied wie Carl Robitschek zu diskriminieren oder gar auszuschließen. Trotz aller zeitbedingter Begeisterung des Vereins für den Nationalsozialismus saß der „Halbjude“ Robitschek bis 1942 im „Führerrat“ des Liederkranzes, bis er aus Altersgründen um seine Entlassung bat.

Die Vereine der nationalen Rechten erfreuten sich zunächst einer größeren Bewegungsfreiheit. So wurde zum Beispiel eine Ortsgruppe des rechtskonservativen, DNVP-nahen „Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten“ überhaupt erst nach Hitlers Machtübernahme gegründet. Da der „Stahlhelm“ aber schon 1935 in die SA eingegliedert wurde, blieb die Backnanger „Stahlhelm“-Geschichte Episode.

#### 4.3.1.3 Die Vollendung der Gleichschaltung

Das Verbot des demokratischen Lebens und des freien Vereinslebens war nur ein Vorspiel für die Gleichschaltung auf allen Gebieten der Verwaltung, des öffentlichen Lebens und der Medien. Am 31. März 1933 wurde das Gesetz zur Gleichschaltung erlassen.

Es gab der Verwaltung der sogenannten Gaue das ausschließliche Recht der Gesetzgebung und engte die Selbstverwaltungsrechte der Kommunen erheblich ein. Die betroffenen Bürgermeister protestierten dennoch nicht. Am Tag nach der Verabschiedung dieses Gesetzes wurde der Stadtrat von Backnang aufgelöst; seine neue Zusammensetzung sollte dem Ergebnis der Reichstagswahl vom 5. März 1933 entsprechen. Die KPD war zu diesem Zeitpunkt wegen ihrer angeblichen Verstrickung in den Reichstagsbrand weiterhin eine illegale Partei, und die SPD war vielfach diskriminiert und schon so gut wie illegal. In Backnang waren nun alle 16 Mitglieder des neuen Stadtrates Anhänger der NSDAP oder der DNVP. Die erste Versammlung des neuen Stadtrates fand am 5. Mai 1933 statt. Einige Monate später wurde am 20. Juli 1933 der Bürgermeister Dr. Albert Rienhardt in seinen Funktionen bestätigt und zum Bürgermeister auf Lebenszeit ernannt. Dies war quasi die Einführung des Führer-Prin-

zips in Backnang auf der Ebene der Kommunalverwaltung.<sup>116</sup>

Einen weiteren tiefen Einschnitt für die Stadt brachte am 20. Januar 1935 die Einführung der für ganz Deutschland geltenden neuen Deutschen Gemeindeordnung. Die Stadträte hatten nach ihr nur noch eine beratende Stimme. In der Praxis war man zwar schon seit 1933 so verfahren, nun wurde die nationalsozialistische Praxis aber auch vom Gesetzestext her legitimiert. Damit war die kommunale Selbstverwaltung, die insbesondere in ihrer spezifisch württembergischen Ausprägung eine jahrhundertalte Tradition hatte, in ihrer alten Form radikal beseitigt. Die Gemeindeordnung brachte zugleich die Verschmelzung von Gemeindeverwaltung und Verwaltung durch die NSDAP mit sich. Neben dem Bürgermeister saß bei Gemeinderatssitzungen der „Beauftragte der NSDAP“, die Stadträte waren oft identisch mit den örtlichen Funktionären der NSDAP. Der „Beauftragte der NSDAP“ war kein anderer als der Kreisleiter Alfred Dirr, der die Entscheidungen des Bürgermeisters zu überwachen hatte. Leider ist nichts überliefert, wie sich die Zusammenarbeit von Rienhardt und Dirr in der Praxis gestaltete. Bei der Cleverneß Rienhardts und bei seinen noch zu schildernden exzellenten persönlichen Kontakten ist indessen kaum anzunehmen, daß er gegenüber Dirr der Unterlegene gewesen sei.

#### 4.3.1.4 Konflikte innerhalb der Stadtverwaltung

Dr. Rienhardt, der erst 1937 in die NSDAP eingetreten war – vorher hatte es eine jahrelange Aufnahmesperre gegeben – hatte auf jeden Fall gemeinsam mit Kreisleiter Dirr und dem Ortsgruppenleiter Walter Stoppel die Stadt fest im Griff. Rienhardt war bei seinen Untergebenen sowieso als Machtmensch gefürchtet, mit dem man ohne äußerste Selbstverleugnung nicht zusammenarbeiten konnte:

*Dr. Rienhardt ... hat zweifellos auch vieles für die Stadt erreicht, war aber ein reiner Opportunist und in seinen Mitteln nicht wählerisch. Seinen Beamten gegenüber war er ein Despot, der in ihnen wenig mehr als nur Handlanger sah. Hatte man nur ein wenig Selbstbewußtsein, waren Zusammenstöße unvermeidlich. Freilich war es immer ein ungleicher Kampf.<sup>117</sup>*

<sup>116</sup> Schieferer (wie Anm. 73).

<sup>117</sup> Aus den Erinnerungen des mehrfach genannten Backnanger Beamten (wie Anm. 23).

Die direkten Mitarbeiter Rienhardts wechselten rasch, weil keiner die Zusammenarbeit mit dem „Despoten“ längere Zeit ertrug. Bemerkenswert ist, daß der Beginn der NS-Zeit von Rienhardts Untergebenen als Möglichkeit verstanden wurde, mit dem Bürgermeister abzurechnen: *Der übernächste (direkte Mitarbeiter Rienhardts) erstattete 1933 eine Anzeige gegen Dr. Rienhardt wegen Disziplinarvergehen.* Wie es scheint, waren aber die Beziehungen Rienhardts so glänzend, daß er diese für ihn gefährliche Situation ohne Schaden überstehen konnte: *... auf Weisung von oben (sollte) die Untersuchung so geführt werden, daß er im Amt bleiben konnte, falls er für den Nationalsozialismus eingestellt sei.* Dank des bereits beschriebenen Opportunismus fiel Rienhardt dies nicht schwer: *Und so konnte er bleiben.*

Am Charakter Rienhardts änderte die Anzeige von 1933 nichts, aber die Doppelherrschaft von Verwaltungschef und Parteiführern ermöglichte „Jahre später“ eine erneute Beschwerdeführung gegen Rienhardt. Rienhardt hatte sich wieder einmal mit einem „jungen Verwaltungspraktikanten“ überworfen, der – wie bei Rienhardts direkten Untergebenen mittlerweile beinahe üblich – den Dienst quittierte, noch bevor er endgültig angestellt wurde. *Den damals maßgebenden Stellen der NSDAP gegenüber nannte er seinen Chef einen „Seelenmörder“; er hätte dessen Behandlungsart auch als „seelische Entmannung“ bezeichnen können.* Leider ist nicht überliefert, ob und wie die NSDAP gegen Rienhardt in diesem Falle vorging. Da aber Rienhardts Sohn Adjutant beim württembergischen NSDAP-Gauleiter Wilhelm Murr in Stuttgart gewesen sein soll,<sup>118</sup> dürften die Kontakte des Backnanger Bürgermeisters auch zu den höheren Stellen der Nazis optimal gewesen sein. Rienhardt war in dieser Situation kaum etwas anzuhaben.

Rienhardt erscheint demnach als Mann mit besten Kontakten zur alten württembergischen Verwaltungselite; auf die neuen Verhältnisse wußte er sich offenbar rasch und ohne Bedenken einzustellen und schwamm folglich immer oben. Durch die Funktion seines Sohnes in der NSDAP-Gauleitung war er praktisch unangreifbar – auch wenn durchaus substantielle Vorwürfe gegen ihn erhoben wurden. Die zweifellos nicht unberechtigten Beschwerden seiner

Untergebenen überstand er sowohl durch seine alten Beziehungen – so im Fall von 1933 – als auch durch opportunistisches Verhalten gegenüber den Nazis und durch seine familiären Beziehungen in die Gauleitung – so im Falle einige Jahre später – ohne erkennbaren Schaden. Nach außen machte der gewandte Bürgermeister sowieso einen durch und durch seriösen Eindruck und genoß zweifellos bei der Masse der Bevölkerung – nicht zuletzt wegen durchaus nachweisbarem sozialem Handeln – hohes Ansehen. Eine umfassende Biographie Rienhardts ist noch nicht geschrieben, so daß alle bisher gemachten Aussagen notwendigerweise unvollständig bleiben müssen.

#### 4.3.2 Der NS-Staat ergreift alle Lebensbereiche

##### 4.3.2.1 Straßen, Presse, Medizin

Die Gleichschaltung zeigte sich in Backnang, wie überall in Deutschland, auch im Personenkult um Adolf Hitler und anderer Repräsentanten von Staat und Partei. Äußerlich sichtbar wurde dies insbesondere durch die Umbenennung zahlreicher Straßen und Plätze in Backnang: Der Marktplatz wurde zum „Adolf-Hitler-Platz“, der Obstmarkt zum „Hindenburgplatz“, die Dilleniusstraße zum „Papenweg“, die Talstraße zur „Wilhelm-Murr-Allee“. Eine neu angelegte Straße, der heutige Panoramaweg, wurde auf „Horst-Wessel-Straße“ getauft. Ebenso erhielten später die Straßen der neuen Sachsenweilersiedlung die Namen „gefallener und gestorbener Kämpfer des Bewegung“: „Fritz-Zucker-Straße“ (heute: Waldstraße), „Hermann-Bucke-Straße“ (heute: Ostendstraße), „Erwin-Dirr-Straße“ (heute: Am Dresselbach), „Ernst-Weinstein-Straße“ (heute: Zum Schneckenbühl), „Gregor-Schmid-Straße“ (heute: Beim Brenkele) und „Paul-Schopp-Straße“ (heute: Am Espenrain).

Auch in der Presse zeigte sich die Gleichschaltung rasch. Der „Murrthal-Bote“ war schon seit Hitlers Machtübernahme am 30. Januar 1933, wie wir gezeigt haben, von seinem bisher deutschnationalen auf einen nationalsozialistischen Kurs umgeschwenkt. Unter seinem Verleger Friedrich Stroh führte der „Murrthal-Bote“ überdies schon seit August 1933 den Untertitel „Nationalsozialistische Tageszeitung“. Das war nicht zwangsläufig bei allen

<sup>118</sup> Aussage von Hermann Lachenmaier jun., 20. 12. 1994.

Zeitungen der Gegend so. Im benachbarten Murrhardt, wo die „Murrhardter Zeitung“ bis zur Machtübernahme Hitlers ein der linksliberalen DDP nahestehendes Blatt gewesen war, wurde die Zeitung zwar ebenfalls gleichgeschaltet. Der dortige Verleger Lang hielt allerdings, soweit es ging, Distanz zu den Nazis und verhütete wenigstens einen Untertitel, wie ihn sich der „Murrthal-Bote“ gegeben hatte.<sup>119</sup>

Auch auf dem Gebiet der Medizin waren in Backnang die Zeichen der NS-Zeit unübersehbar. Am 4. Juli 1934 trug Dr. Burchardt im Rahmen der üblichen Fortbildungsvorträge des Ärztevereins vor, daß ein intensiver Kampf gegen die Erbkrankheiten geführt werden solle. Dies sollte durch Sterilisierung der entsprechenden Personen durchgeführt werden – eine Vorstellung, die damals freilich keinesfalls typisch für Deutschland war, sondern in der Medizin weltweit vertreten wurde. Die Backnanger Ärzte nahmen den Vortrag Burchardts zur Kenntnis, formal gebilligt wurde er nicht. In der Tat scheint am Backnanger Kreiskrankenhaus auch nie eine Sterilisation durchgeführt worden zu sein. *Der Backnanger Chefarzt Dr. Krusche hätte solch eine Operation aus seiner ethischen und christlichen Berufsauffassung und Lebensanschauung her nie vorgenommen oder geduldet.*<sup>120</sup>

#### 4.3.2.2 Die Backnanger NSDAP

Nach spätestens zwei Jahren hatte die Backnanger NSDAP alle Bereiche des örtlichen öffentlichen und zweifellos auch viele Teile des privaten Lebens durchdrungen. Nach mehreren Zeugenaussagen trafen sich innerhalb der NSDAP nach einiger Zeit sowohl übergelaufene ehemalige Kommunisten als auch frühere bürgerliche Demokraten. Das Beispiel des oben erwähnten Zinnoberclubs ist hierfür durchaus symptomatisch. Zweifellos traten solche Angehörige der Linken, die 1933/34 in Konzentrationslagern gewesen waren, kaum in die NSDAP ein, aber viele ehemalige Wähler und manche Parteimitglieder – so lief beispielsweise nicht weit entfernt von Backnang schon

1932 die gesamte Ortsgruppe Jux der KPD geschlossen zu den Nazis über<sup>121</sup> – fühlten sich doch von der NSDAP angezogen. Dies galt um so mehr nach Hitlers außenpolitischen Erfolgen 1935 bis 1938 und nachdem die Arbeitslosigkeit rasch und nachhaltig hatte vermindert werden können.

Dennoch blieb die Führung der Backnanger NSDAP von ihrer sozialen Herkunft her fast ganz bürgerlich. An der Spitze der Backnanger NSDAP stand schon seit 1928, als die Ortsgruppe gegründet worden war, Alfred Dirr. Dirr war am 2. Januar 1902 als Sohn des späteren Lindenwirts geboren worden. Er hatte von 1928 bis 1933 als Ortsgruppenleiter fungiert, seit 1933 als Kreisleiter. Bevor er – wohl seit 1933 – hauptamtlich in Diensten der Partei stand, hatte er als Kaufmann in der Backnanger Lederfirma Häuser gearbeitet. Dirr war verantwortlich für die Verwaltung der Partei und für die Kontakte zur Bevölkerung. Als „Beauftragter der NSDAP“ kontrollierte er seit 1935 den Bürgermeister und hatte gleichzeitig Verbindung zu den höheren Parteidienststellen in Stuttgart zu halten. Sein unmittelbarer Vorgesetzter in der NSDAP war der Gauleiter Wilhelm Murr, der allerdings, wie bereits gezeigt, über seinen Adjutanten Rienhardt junior mit dem Backnanger Bürgermeister in engem Kontakt stand. Der Backnanger Kreisleiter hatte überdies eng mit dem Landrat zusammenzuarbeiten und diesen bei der Führung des Landkreises in ähnlicher Weise zu kontrollieren, wie er dies mit Bürgermeister Rienhardt innerhalb der Stadt Backnang tat. Dirr hatte sich unter anderem beim Besuch des Reichsarbeitsministers und Führers der „Deutschen Arbeitsfront“ Robert Ley in Backnang am 16. und 17. Juli 1934 besonders hervorgetan. Bei dem Besuch Leys in Backnang wurde dieser übrigens seinem Ruf als „Reichstrunkenbold“ vollaufgerecht: Ley und die führenden Backnanger Nazis müssen am 16. Juli nach einem feuchtfröhlichen Abend heillos betrunken gewesen sein; Ley selbst hatte derart dem Alkohol zugesprochen, daß er nicht einmal mehr sein Bett fand.<sup>122</sup>

<sup>119</sup> Interview von Gerhard Fritz mit Herrn M. aus Murrhardt am 4. 9. 1984.

<sup>120</sup> StAB, Nachlässe und Stiftungen, Protokollbuch des Ärztevereins. Das Zitat nach schriftlicher Mitteilung von Dr. Karlmann Maier, 15. 1. 1995.

<sup>121</sup> Mitteilung von Florian Hartmann aus dem „Murrthalboten“.

<sup>122</sup> Vgl. zur Backnanger NSDAP allgemein: StAL PL 504/2 (Kreis Backnang, NSDAP-Ortsgruppen) und PL 502/2 (Kreis Backnang, NSDAP-Kreisleitung). Zur Ley-Episode: StAB, Sammlung Drittes Reich, BÜ. 2.





Abb. 21: Links Reichsarbeitsminister Dr. Robert Ley, rechts der Backnanger NSDAP-Kreisleiter Alfred Dirr am 16. 7. 1934 in Backnang.

Alfred Dirr war in der Backnanger Bevölkerung nicht unpopulär. Viele der Zeitzeugen beschreiben ihn als offener und toleranter, als es die meisten anderen Backnanger Nazis waren. Man habe mit Dirr eigentlich immer vernünftig reden können, auch wenn man anderer politischer Ansicht war. Er galt grundsätzlich als unvoreingenommen und wollte offenbar, ganz nach der NS-Ideologie, in seinen Mitmenschen unbeschadet ihrer Herkunft gleichrangige „Volksgenossen“ sehen. Dirrs besonderes Interesse galt dem Wohnungsbau.

Von einer geradezu verblüffenden Seite zeigte sich Dirr im Umgang mit politischen Gegnern. Als im Zusammenhang mit der Razzia vom 15./16. Mai 1934 auch der Kommunist

Abb. 22: NSDAP-Parteialltag von 1933 bis 1945: Das tägliche „Schwarze Brett“ im Murrta-Botenvom 12.2.1937 zeigt zum einen, wie total der „Volksgenosse“ erfaßt und in die NS-Aktivitäten eingespannt wurde, und zum andern, wie offenkundig banal und politisch indifferent die Masse aller Veranstaltungen war.



**Partei-Organisation**

**Kreisleitung Backnang**  
 Kreisbildungstagung Sonntag, 14. Febr. Beginn vorm. 9 Uhr. Ende gegen 5 Uhr. Es spricht der Kreisbildungsleiter Pg. Dr. Klett. Tagungsort Backnang Festsaal der NSDAP. Erscheinen ist Pflicht!

**Partei-Ämter mit betreuten Organisationen**

**NSD. „Kraft durch Freude“**  
 Donnerstag abend 7.30 Uhr Karten-Ausgabe für Wendling-Konzert. Gleichzeitig Meldefluß für Fahrt nach Stuttgart-Wilhelmsbau. Die Jahresprogramme 1937 sind bei der NSD., Stuttg. Str., sowie bei den NSD. Betriebswarten zum Preis von 10 Pf. zu haben.

**NS-Frauenchaft Oppenweiler**  
 Donnerstag abend 8 Uhr Zusammenkunft in der „Krone“ in Michelbach. Viederbücher mitbr.

**SA., SAR., SS., NSKK.**

**NSKK 14/M 55, Trupp 2**  
 antreten Donnerstag 20.15 städt. Turnhalle.

**HJ., JV., BDM., JM.**

**Hilferjugend Gef. 10/364**  
 Schar 2: 8 Uhr Heim. Feldschere 8 Uhr beim Unterbannarzt. S. üben. Beiträge mitbr.

**Deutsches Jungvolk 1. d. HJ.**  
 Standort Backnang  
 Die Züge treten Mittwoch 16 Uhr v. d. Heimen an. Jungschäftführer Fähnlein 16/364 Beitragsabrechnungen 15.30 Uhr in das HJ-Heim bringen.

**Fähnlein „Reisackerthal“ 18/364**  
 Der Standort Unterweiffach u. die Jungschäfts- und Jungzugführer des Fähnleins treten heute abend um 7 Uhr in Unterweiffach vor dem Schulhaus an. Uniform! Schreibzeug, Dienstbücher u. Beiträge mitbr. S. mit Instr.

**Bund Deutscher Mädel**  
 Heute abend Heimabend für alle Schäften. Schäft 19 im Heim. Schäft 15/16 erst Donnerstag 8 Uhr Schule. Refl. Beiträge mitbr. Führerinnen müssen heute bei der Geldverwalterin abrechnen.

Alle Hausgehilfinnen, die beim BDM sind, heute 8 Uhr im Knabenzeichenaal. Papier und Bleistift mitbr. (NSDAP.)

**Jungmädelschaft (JM.)**  
 Alle Jungmädelschaften treten heute 14 Uhr auf dem Schulhof an. Beiträge mitbr. Schäft Häuser und Faust 14 Uhr v. d. NSDAP. mit Turnzeug. Schäft Maag, Keutter u. Bochmann Turnzeug mitbr. Konfirmanden 15 Uhr Schulhof. Beiträge abliefern.

Friedrich Weller verhaftet werden sollte, der im Stockwerk über der damaligen Kreisleitung in der „Linde“ wohnte, wußte Dirr dies zu verhindern. Weller sei ein anständiger Mann, der immer seiner Arbeit nachgehe, und darum dürfe er nicht eingesperrt werden. Auch Dirrs Mutter stellte sich einigen fanatischen Backnanger Nazis – namentlich das NSDAP-Mitglied Z. wird genannt – vehement entgegen, die Weller verhaften wollten. Noch erstaunlicher ist Dirrs Einsatz für den Kommunisten Eugen Häberlin, der von 1933 bis 1937 wegen Waffenbesitzes eingesperrt war. Als Häberlins Familie sich an Dirr mit der Bitte wandte, doch für die Freilassung des Inhaftierten zu sorgen, setzte Dirr sich sofort für Häberlin ein. Auf Betreiben Dirrs konnte Häberlin 1937 vorzeitig entlassen werden.

Untypisch für einen Mann in seiner Funktion war auch, daß er sich nicht vor dem Wehrdienst an der Front drückte. Als Kreisleiter hätte er unter normalen Umständen allemal die Möglichkeit dazu gehabt. Ob Dirrs Weggang an die Front indessen als eine Art Flucht vor den Widrigkeiten des heimischen Parteilebens oder gar als eine Flucht vor dem Bürgermeister Rienhardt gedeutet werden kann, ist völlig offen. Es gibt auch Mutmaßungen, Dirr sei – gar nicht so freiwillig – an die Front geschickt worden, weil er in seiner Judenpolitik und auch ansonsten zu „weich“ war. Diese Mutmaßungen werden freilich von Dirrs Witwe und seiner Verwandtschaft nicht bestätigt. Dirr sei vielmehr an die Front gegangen, weil er sich nicht nachsagen lassen wollte, er nütze seine Position als Kreisleiter zur Drückebergerei aus. Er diene als einfacher Gefreiter in einer Kampfeinheit der Waffen-SS und ist am 19. Juli 1941 an der Ostfront gefallen.<sup>124</sup>

Auf ihn folgte als „Amtswalter“ und stellvertretender Kreisleiter, nie als formeller Kreisleiter, der Zahnarzt Dr. Walter Stoppel. Stoppel, der am 6. Juli 1896 in Stuttgart geboren worden war, leitete die NSDAP-Ortsgruppe Backnang seit 1933, als Dirr zum Kreisleiter aufgestiegen war. Er gehörte der Partei seit Mai 1932 an. Stoppel erwies sich innerhalb der NSDAP als ausgesprochen karrierebewußt: Die „alten Kämpfer“ der NSDAP nahmen es ihm übel, daß

er und nicht einer von ihnen 1933 Nachfolger Dirrs geworden war, vermochten aber gegen den geschickt handelnden Zahnarzt nichts zu unternehmen. Übrigens trug Stoppels Beruf in erheblichem Maße zu seinem Bekanntheitsgrad bei: Er war der einzige Zahnarzt mit akademischer Ausbildung in Backnang, und ein großer Teil der Backnanger dürfte bei ihm in Behandlung gewesen sein. Stoppel war übrigens in der Bevölkerung gefürchtet. Während man Dirr allgemein menschliches Verständnis nachsagte, war man überzeugt, daß Stoppel seine Parteipflichten kalt erfüllte und im Zweifelsfalle keine Rücksichten kannte: *Stoppel war in seiner Art mit den Leuten umzugehen, das glatte Gegenteil zu Dirr.* Kennzeichnend sind folgende von ihm überlieferte Eindrücke: *Wenn man bei Dr. Stoppel zur Behandlung war, dann war seine stehende Redensart: „Ein deutscher Junge kennt keinen Schmerz!“ Wenn man trotzdem Anzeichen von Schmerz zeigte, fing man während der Behandlung fast mit absoluter Sicherheit eine Ohrfeige.* Auch Hermann Lachenmaier junior weiß nichts Positives über Stoppel zu erzählen: Als sich seine Mutter 1934 bei Stoppel erkundigte, weshalb sein Vater eigentlich inhaftiert sei, entgegnete Stoppel: *„Weil er noch zuviel denkt!“*

Als die Backnanger NSDAP im Herbst 1938 ihre Gliederung dadurch änderte, daß die bisherige Ortsgruppe in drei Ortsgruppen geteilt wurde, wurde Stoppel der Vorgesetzte dieser drei Ortsgruppen, also eine Art Ober-Ortsgruppenführer. Er war auch zuständig für die Kontrolle der anderen 22 Ortsgruppen innerhalb des Oberamtes, seit 1938 des Kreises Backnang und überwachte die Parteimitglieder und die Jugendorganisationen der NSDAP.

Auf Stoppel folgte 1943 Gustav Dickert, der diese Aufgabe zusätzlich zu seiner Tätigkeit als Kreisleiter in Waiblingen wahrnahm. Auf Dickert folgte Alfred Schaufler, der bis zum Ende der NS-Zeit amtierte.

Für die Zeit unserer Untersuchung war also das Gespann Dirr-Stoppel tonangebend bei den Backnanger Nazis. Weitere lokale NS-Größen, beispielsweise der Kapitänleutnant a. D. und SA-Führer Jonetz, der Gipsermeister Böttinger oder der Hausmeister Deininger,

<sup>124</sup> Vgl. zu Dirr Aussagen von Fritz Weller und seiner Frau, geb. Häberlin, vom 31. 1. 1995, von Herrn E. vom 29. 1. 1995, von Frau E. F., G.G. und L. H. und den Nachruf im Murrthal-Boten vom 6. 8. 1941. Alfred Dirrs Bruder Erwin (1899 – 1936), der seit 1924 Bürgermeister in Stammheim bei Calw war, aber noch enge Kontakte nach Backnang hatte, galt übrigens als viel härterer und weniger offener Nazi.

## Ortsgruppenleiter Albert Deininger gestorben



In den Morgenstunden des vergangenen Sonntags durchlebte die Trauerbotschaft unsere Stadt: Ortsgruppenleiter Albert Deininger ist nicht mehr unter den Lebenden. Die heimtückische Krankheit, die er sich in Ausübung seines Dienstes zugezogen hatte, hat ihn aus unsrer Mitte gerissen.

Sein Tod bedeutet nicht nur für seine Familie und seine 3 Kinder einen schmerzlichen und unersehbaren Verlust, auch in die Reihen der aktiven Kämpfer für den Nationalsozialismus hat er eine Lücke gerissen, welche kaum zu schließen ist.

1931 kam er zur NSDAP und war seither immer in vorderster Front und äußerst aktiv für die Bewegung Adolfs Hitlers tätig. Bis Ende 1932 tat er Dienst in der SA. Gleichzeitig war er Politischer Leiter. Zunächst Blockwart, dann Zellenleiter und schließlich Stützpunkt- bzw. Ortsgruppenleiter in Kleinaspach. Im Juni 1937 ging die Ortsgruppe Kleinaspach in der neugebildeten Ortsgruppe Großaspach auf, deren Leitung er übernahm und bis 31. Dez. 1937 innehatte. Mit seinem durch seine Tätigkeit als Hausmeister am Rathaus und dann an der Stadthalle Backnang überlasteten Wohnstuhlwchsel wurde Pg. Deininger vom Kreisleiter als Kreisfilialstellenleiter bestellt. Dieses Amt versah er bis zu seiner Beauftragung mit der Leitung der Ortsgruppe Backnang-Ost am 1. Okt. 1938. Diese durch Aufteilung der alten Ortsgruppe Backnang gebildete Ortsgruppe hat er in jeder Hinsicht vorbildlich aufgebaut. Seit Dezember 1937 war Parteigenosse Deininger noch als Kreis- und Sichtbildredner tätig und hatte sich dann auch hier nie rastend und selbstlos für die nationalsozialistische Idee eingesetzt.

Schließlich wurde er wegen seiner politischen Fähigkeiten und Erfahrungen am 1. März 1939 in den hauptamtlichen Dienst der Partei und zwar als Kreiswohlfahrtswart der NSD berufen. Auf jedem Platz, auf den er gestellt war, hat er vorbildlich und erfolgreich gearbeitet.

Am 22. Juli wäre er 35 Jahre alt geworden. Viel zu früh hat ihn der Tod aus unsrer Gemeinschaft fortgerissen. Sein Leben war inhaltlich reich. Wir werden sein Andenken bewahren. Die Kameradschaft ist unwandelbar.

traten gegenüber diesen beiden zurück. Dirr und Stoppel hatten übrigens ein gespanntes Verhältnis zueinander – was bei den anscheinend fundamental gegensätzlichen Charakteren und der unterschiedlichen Grundeinstellung kaum verwundert. Zeitweilig soll es zwischen beiden regelrechte Grabenkriege gegeben haben.

Daß die in der NS-Theorie geforderte Zusammenarbeit von Staat und Partei in der Praxis keineswegs immer klappte, zeigt der in anderem Zusammenhang bereits von uns erwähnte Konflikt zwischen Kreisleiter Dirr und Bürgermeister Rienhardt einerseits und dem Gerichtsvollzieher Gall andererseits (vgl. Kap. 2.4). Gall war vom Kreisleiter und vom Bürgermeister daran gehindert worden, eine Zwangsäumung durchzuführen. Der Beamte erstattete Anzeige gegen Dirr und Rienhardt wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Tatsächlich funktionierte die Justiz noch so unabhängig, daß Dirr und Rienhardt in erster Instanz vom Amtsgericht Backnang unter Amtsgerichtsdirektor Haug verurteilt wurden. Auf massiven Protest der Betroffenen wurde das Urteil jedoch in zweiter Instanz kassiert und die Beschuldigten freigesprochen. Dem Gerichtsvollzieher und dem Richter in erster Instanz wurde zudem zum Vorwurf gemacht, daß sie zu sehr im Geiste Weimars gehandelt und nichts von der „nationalen Revolution“ begriffen hätten. Man fürchtete schließlich auch wohl nicht zu Unrecht, daß eine definitive Verurteilung zweier so herausgehobener Persönlichkeiten für viel Unruhe sorgen und das Prestige von Partei und Staat schädigen würden. Überdies, so der Freispruch, habe der Kreisleiter das Recht, in staatliche Maßnahmen einzugreifen.

### 4.3.3 Die linken Parteien in der Illegalität

Wie erwähnt war die Backnanger SPD nach Hitlers Machtübernahme zunächst vor Schock handlungsunfähig. Aber so wie sie auf Reichsebene glaubte, die NSDAP nicht durch unüberlegte Gewaltaktionen provozieren zu dürfen, und so wie die SPD insgesamt glaubte, der Reichskanzler Hitler sei eine rasch vorübergehende Erscheinung, so glaubte auch die

Abb. 23: Nachruf auf den 1939 verstorbenen Backnanger NSDAP-Ortsgruppenleiter Deininger vom 4. 7. 1939.



Abb. 24: Umzug durch Backnangs Innenstadt während der NS-Zeit, angeblich zum 1. Mai 1936. Vorneweg marschiert die ehemalige Stadtkapelle – jetzt umgewandelt in eine SA-Kapelle.

Backnanger SPD, durch Stillhalten am besten über die Runden zu kommen. Das galt zwar nicht für den Wahlkampf – wir haben gesehen, daß die Backnanger Sozialdemokraten sich energisch einsetzten – aber für alle anderen Aktivitäten. Tatsächlich schien für einige Zeit das Konzept aufzugehen: Während 1933 die wichtigsten Funktionäre der Backnanger KPD auf den Heuberg abtransportiert wurden, blieben die Sozialdemokraten im wesentlichen zunächst unbehelligt, zumindest was die Unversehrtheit ihrer Personen anging. Die Partei selbst wurde in Backnang wie im Reich natürlich 1933 verboten. Die Backnanger SPD war infolge der Maßnahmen gegen die Kommunisten massiv eingeschüchtert. Hermann Lachenmaier junior beschreibt die damalige Zeit als von tiefer Angst geprägt.<sup>124</sup>

Bei den Kommunisten nährte diese Haltung der SPD die alten Aversionen gegen die Sozialdemokraten. Die Backnanger KPD soll im Untergrund trotz allen Drucks das Jahr 1933 überlebt haben. Diejenigen Parteimitglieder, die im März 1933 nicht eingesperrt worden waren, konnten angeblich die Strukturen der Partei sogar bis ins Jahr 1934 hinüberretten. Man soll heimlich Mitgliedsbeiträge kassiert und Schriften und Zeitungen verbreitet haben. Inwieweit diese im „Heimatgeschichtlichen

Wegweiser zu Stätten des Widerstands und der Verfolgung“ gemachten Angaben<sup>125</sup> freilich stimmen, ist nicht zu überprüfen, da in diesem Werk jegliche Backnang betreffende Quellenangaben fehlen. Da der „Wegweiser“ sich auch im Fall Bucke-Minnich (s. u.) in fundamentaler Weise irrt, ist eine gewisse Skepsis angebracht, zumal wir bei unseren Zeugenbefragungen nichts in Erfahrung bringen konnten. Andererseits wäre ein Fortbestehen zumindest der kommunistischen Strukturen in Backnang bis 1934 nicht ganz abwegig, da sich in der Landeshauptstadt Stuttgart die KPD heimlich sogar bis 1935 hielt.

Für die Backnanger KPD war es jedenfalls schwer, Kontakte nach Stuttgart zu halten. Nicht zuletzt deshalb begann die Backnanger kommunistische Szene allmählich auszutrocknen. Dazu kamen immer wieder Verhaftungen. Das Klima von Angst und Einschüchterung darf nicht unterschätzt werden. Jegliche Aktivitäten für die KPD waren im höchsten Maße gefährlich:

*Ich weiß, daß mein Vater immer mit dem Feuer spielte, wenn er auf seinem Motorrad Flugblätter und Zeitungen transportierte. Insgesamt wurde er zwischen März 1933 und Mai 1934 viermal verhaftet und auf dem Heuberg und in Ulm im Fort Kuhberg eingesperrt. Er wurde aber jedesmal aus Mangel an Beweisen wieder freigelassen.<sup>126</sup>* Die massiven Unterdrückungsmaßnahmen nach dem Tod von Hermann Bucke (s. u.) beendete alle kommunistischen Hoffnungen auf ein Leben im Untergrund. Man mußte neue Wege finden, um die Kontakte zwischen den Mitgliedern einer möglichen Opposition aufrechtzuerhalten.

Die Distanz zwischen den Backnanger Sozialdemokraten und Kommunisten, die schon die Weimarer Zeit geprägt hatte, dauerte fort. Die Kommunisten trafen sich heimlich immer wieder bei der Familie Hopfensitz; umgekehrt organisierte der Sozialdemokrat Hermann Lachenmaier senior Treffen von Sozialdemokraten, um die persönlichen Kontakte nicht einschlafen zu lassen. Übrigens trafen sich auch Leute aus dem liberalen Umfeld, an den Treffen nahm auch der Jude Carl Robitschek teil. Ob man von eigentlichen politischen

<sup>124</sup> Aussage am 20. 12. 1994.

<sup>125</sup> Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstands und der Verfolgung 1933 – 1945. Bd. 5, Baden-Württemberg I, Regierungsbezirke Karlsruhe und Stuttgart. Hrsg. v. Studienkreis Deutscher Widerstand. Frankfurt/M. 1991, S. 277.

<sup>126</sup> Aussage von Frau M. am 2. 11. 1992.

Versammlungen sprechen kann, ist offen. Da die Kommunisten und Sozialdemokraten oft auch persönlich miteinander befreundet waren, waren die Übergänge zwischen privatem Treffen und politischem Kontakt fließend.

Der Künstler Hermann Krimmer, der vom Verkauf kleiner hölzerner Wegweiser lebte, war einer der wichtigsten Inspiratoren von heimlichen Diskussionskreisen.<sup>127</sup>

Nach außen gerichtete Aktivitäten gab es nach 1933 weder von seiten der Kommunisten oder Sozialdemokraten noch von seiten bürgerlich-demokratischer Gruppen. Daß die Kontakte gleichwohl nie ganz abgerissen waren, zeigte sich Ende 1944 und Anfang 1945, als es gelang, innerhalb des Backnanger Volkssturms eine Widerstandsbewegung aufzubauen, die sinnlose militärische Kämpfe gegen die Amerikaner vermeiden und die Übergabe der Stadt organisieren konnte. Jetzt gelang es erstmals, über die Parteigrenzen hinweg zwischen Kommunisten, Sozialdemokraten und Bürgerlichen zusammenzuarbeiten.<sup>128</sup>

## 4.4 Der Fall Bucke-Minnich

Im Backnang der NS-Zeit ist der Fall Bucke-Minnich zweifellos das spektakulärste Ereignis. Am 15. Mai 1934 erschoss der Kommunist Minnich den Backnanger Wachtmeister Bucke. Da der Tod Buckes schwerwiegende Konsequenzen für das politische Leben, insbesondere für die Angehörigen der Linken in Backnang hatte, sei der Fall ausführlich dargestellt.

### 4.4.1 Die Person Minnichs

#### 4.4.1.1 Seine Biographie

Das erste Problem im Zusammenhang mit der Person Minnichs ist bereits sein Name: Während die zeitgenössischen Quellen seinen Vornamen mit z. T. mit Eduard überliefern, gibt seine Enkelin Gesa Kupferschmidt den Vornamen ihres Großvaters unzweifelhaft mit Erhard an.<sup>129</sup> Weitere Probleme schließen sich an. Alle hängen mit der schwierigen Quellenlage zusammen. Wir konnten eine Reihe von Zeugen befragen. Unter ihnen war Frau D. besonders wertvoll, die in Sechselberg lebt. Dort

hatte sich auch Minnich eine Zeitlang aufgehalten. Frau D. war in ihrer Kindheit mit Christian W. befreundet. Dieser war seinerzeit eng mit Minnich befreundet. Frau D. hat Minnich relativ gut gekannt. Unter den schriftlichen Quellen ist der ausführliche Gerichtsbericht aus dem „Murrthal-Boten“ vom 6. Juli 1934 zu nennen, in dem das Leben Minnichs am Vorabend seiner Verurteilung zum Tode wiedergegeben ist. Bei der bekannten politischen Einstellung dieses Blattes wird man den Wert dieser Quelle vorsichtig beurteilen müssen. Dennoch bleibt der Quellenwert des Gerichtsberichtes hoch, da niemand von den befragten Zeugen in der Lage war, die Aussagen aus dem „Murrthal-Boten“ über Minnichs Leben in irgendeiner Weise zu präzisieren. Die reinen Fakten im „Murrthal-Boten“ scheinen aber im wesentlichen durchaus korrekt zu sein.

Minnich wurde 1907 in Steinschönau in Böhmen geboren, also im damaligen Österreich-Ungarn. Er studierte in den 20er Jahren kurzfristig an der Universität Wien Mathematik und Naturwissenschaften. Da er über keine ausreichenden finanziellen Mittel verfügte, mußte er 1925 sein Studium abbrechen und war in Bayern als Werksstudent tätig. In Passau und namentlich in München besuchte er „häufig“ Veranstaltungen der NSDAP. Etwa 1927 hielt er sich mit verschiedenen, nie sehr langfristigen Beschäftigungen in Mecklenburg auf. Etwa 1928 verließ er Mecklenburg. *Dann wurde Minnich Werftarbeiter in Lübeck und kam durch seinen dauernden Umgang mit marxistischen Elementen langsam ins kommunistische Fahrwasser*, berichtet der „Murrthal-Bote“.

Nachdem er 1929 die deutsche Staatsangehörigkeit erworben hatte, fand er im Ruhrgebiet eine Beschäftigung als Grubenarbeiter. Zu dieser Zeit wollte er auch seine Verlobte heiraten. Dies soll an der Tatsache gescheitert sein, daß er keine deutsche Geburtsurkunde beibringen konnte. Er verließ daraufhin seine Verlobte und das bereits geborene Kind, mußte von diesem Zeitpunkt an aber Alimentezahlungen an die Mutter seines Kindes leisten. Etwa Ende 1929 war Minnich immer noch als Bergmann tätig, nun aber nicht im Ruhrgebiet, sondern in

<sup>127</sup> Wegweiser (wie Anm. 125), S. 277. Dr. Karlmann Maier schreibt am 15. 1. 1995 dazu, *Carl Robitschek war in bürgerlichen Kreisen ein beliebter Gesprächspartner, sein Rat, den er mit seiner sonoren Baßstimme vortrug, war gefragt. Aber politische Versammlungen waren das sicher nicht.*

<sup>128</sup> Vgl. die in Anm. 3 genannten Titel zum Kriegsende in Backnang.

<sup>129</sup> Brief von Gesa Kupferschmidt an das StAB vom 30. 10. 1994.

Oberschlesien. Laut „Murrthal-Bote“ verfügte Minnich dort über unerwartete finanzielle Mittel – was sich die Zeitung nur mit seinen Verbindungen zur KPD und mit finanzieller Unterstützung aus Rußland erklären konnte. Er sei viel gereist, habe sein Kind in Detmold mit „namhaften Geldbeträgen“ unterstützt und sich sogar ein Motorrad kaufen können. Frau D. bestätigt übrigens finanzielle Unterstützung durch die KPD durchaus.

In der Backnanger Gegend erschien Minnich 1931, jedoch ohne zunächst einen festen Wohnsitz zu haben. Wahrscheinlich wohnte er in Stuttgart, kam jedoch oft nach Backnang, wo er häufig in der Gaststätte „Germania“, dem KPD-Lokal, zu Gast war. Frau D. gibt an, er sei im Herbst 1932 nach Sechselberg gezogen. Der „Murrthal-Bote“ datiert seinen Umzug nach dort dagegen auf April 1933. Minnich wohnte in Sechselberg im Haus von Maria W. und deren Sohn Christian an der Straße nach Lippoldsweiler. Auch Christian W. gehörte der KPD an. Maria W. arbeitete in der Spinnerei Adolff und gehörte entweder der KPD ebenfalls an oder sympathisierte zumindest mit dieser.

Nach den Aussagen von Frau D. soll Minnich mit einem politischen Auftrag nach Backnang gekommen sein, von dem aber keiner der örtlichen Kommunisten etwas Genaueres wußte. Laut „Murrthal-Bote“ könnte es sich um den Wiederaufbau der kommunistischen Jugendorganisation gehandelt haben.

#### 4.4.1.2 Minnichs Rolle in Backnang

Das unterstreicht auch die mittlerweile verstorbene alte Backnanger Kommunistin Emilie Hopfensitz.<sup>130</sup> Minnich sei „ein ausländischer Hans“ gewesen, den man nicht weiter gekannt und auch nicht sonderlich beachtet habe. Von einem eventuellen Partei-Auftrag Minnichs habe man in Kreisen der Backnanger Untergrund-KPD nichts gewußt.

Demgegenüber berichtet Frau D., Minnich sei insbesondere seit der Machtergreifung Hitlers politisch immer aktiver geworden und habe sich vor allem um die Jugendorganisation der Kommunisten gekümmert und sich auch sonst intensiv im Untergrund betätigt. Die Freundschaft mit Christian W. ermöglichte ihm, in Sechselberg eine unauffällige Basis für seine

Arbeit aufzubauen. Er habe in Sechselberg in seinen Mußstunden eine ganze Reihe ideologischer und philosophischer Werke gelesen, die nach seiner Verhaftung alle beschlagnahmt wurden. Das Vorhandensein einer „umfangreichen Bibliothek“ bestätigt auch der „Murrthal-Bote“. Minnich begab sich laut Frau D. oft zusammen mit Christian W. nach Stuttgart, wo er eine Beschäftigung als Maurer hatte. Schon lange vor der spektakulären Tötung Buckes im Mai 1934 sei Minnich von der Polizei überwacht worden, die durch zahlreiche Aussagen verhafteter Kommunisten seit 1933 auch Informationen über ihn erhalten hatte.

Laut „Murrthal-Bote“ war Minnich stets bewaffnet und hatte seit September 1933 eine falsche Identität angenommen. Frau D. kann dies nicht bestätigen. Bucke und Minnich kannten sich, denn im Laufe der zahlreichen politischen Auseinandersetzungen war Bucke wiederholte Male gegen Kommunisten eingeschritten und hatte Minnich angeblich schon früher verhaften wollen.

Die Tatsachen, daß Minnich in kurzer Zeit auffällig oft seinen Wohnsitz wechselte, daß er meist nicht allzulange einer Arbeit nachging, daß er bewaffnet war und wohl eine falsche Identität besaß, sprechen durchaus dafür, daß Minnich irgendein politisches Ziel verfolgte, das heute nicht mehr genau zu ermitteln ist. Daß dieses Ziel mit der KPD zusammenhing, liegt auf der Hand; vielleicht war es tatsächlich der geheime Aufbau einer Jugendorganisation. Wenn alte örtliche Kommunisten wie die Familie Hopfensitz über Minnich nichts wußten, dann mag man aber sogar annehmen können, daß Minnich einen Auftrag von überörtlicher Bedeutung hatte.

Auch ansonsten bleibt einiges über Minnich unklar. Nach einer Mitteilung von Frau F.<sup>131</sup> soll Minnich eine Freundin namens Elfriede gehabt haben. An eine solche kann sich freilich Frau D. überhaupt nicht erinnern. Er sei stets allein in Sechselberg gewesen. Frau F. weiß indessen ziemlich genau Bescheid: Sie sei Anfang 1934 mit Elfriede, deren Familienname nicht bekannt ist, im Backnanger Krankenhaus in einem Zimmer gelegen. Minnich habe Elfriede täglich besucht. Einige Male sei er von einem Iraner

<sup>130</sup> Interview von Gerhard Fritz mit Frau Hopfensitz am 30. 1. 1984.

<sup>131</sup> Von Wilhelm Traub an Gerhard Fritz übermittelter Brief von Frau F. vom 5. 3. 1993.

begleitet worden. Frau F. war über die Besuche Minnichs und seines ausländischen Freundes sehr angetan, weil Minnich immer Bonbons und Schokolade mitgebracht habe, Produkte, die man damals nicht jeden Tag bekommen habe.

Wenn man tatsächlich annimmt, Minnich sei von der KPD finanziell ausgestattet gewesen, dann mag man eine Erklärung dafür haben, daß er Süßigkeiten verteilen konnte. Wer aber war der rätselhafte Iraner, eine Person, die in dem provinziellen Backnang anno 1934 äußerst exotisch wirken mußte? Konnte es sich ein Ausländer ohne weiteres erlauben, mit einem bewaffneten Kommunisten zusammen unter den Augen der Ordnungsmacht eines totalitären Staates Krankenbesuche durchzuführen? Die Person Minnichs bleibt 60 Jahre nach den Ereignissen nicht weniger mysteriös, als sie damals den Zeitgenossen schien.

#### 4.4.2 Die Tat

##### 4.4.2.1 Die Quellen

Praktisch allen von uns befragten Zeugen ist der Tod des Wachtmeisters Bucke in lebhafter Erinnerung geblieben. Allerdings waren die eigenen Erfahrungen meist beschränkt, und man hatte in der Regel keinerlei Kenntnisse über die Hintergründe des Falles. Dennoch haben wir durchaus wertvolle Quellen: Neben dem bereits genannten, ausführlichen Bericht im „Murrthal-Boten“ vom 6. Juli 1934 sind dies vor allem die Aussagen von Herrn E.,<sup>132</sup> Herrn S.,<sup>133</sup> der ein Augenzeuge des Mordes war<sup>134</sup> und die Mitteilung von Frau F.<sup>134</sup> Allerdings widersprechen sich die verschiedenen Quellen in Details über den Ablauf der Ereignisse.

Der erst 1991 erschienene „Heimatgeschichtliche Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung“ stellt den Fall Bucke-Minnich folgendermaßen dar:

*Im Mai 1934 verhafteten Stuttgarter Gestapo-Männer erneut eine Anzahl Backnanger Antifaschisten. Eduard Minnich, einer der Gesuchten, versuchte am 15. Mai 1934 zu fliehen und erschoss einen seiner Verfolger.*<sup>135</sup>

Diese Sicht der Dinge stellt sicherlich die Tatsachen auf den Kopf. Die Schüsse fielen gegen Mittag, und die ersten Verhaftungen begannen etwa um 19 Uhr. Nach Aussagen der Inhaftierten bzw. ihrer heute noch lebenden Familienmitglieder war es auch nicht die Stuttgarter Gestapo, die die Verhaftungen durchführte, sondern Backnanger SA und insbesondere eine SS-Abteilung, die aus Ellwangen herangeholt worden war.

Auch Wachtmeister Bucke wird von den Zeugen ausgesprochen unterschiedlich beurteilt. Hermann Bucke stammte aus Weingarten in Oberschwaben, und er galt als ausgesprochen pflichtbewußter, genauer Beamter. Im Laufe des Jahres 1933 hatte er eine Zeitlang auch eine nicht näher bekannte Funktion im Konzentrationslager Heuberg inne, bevor er wieder nach Backnang zurückkehrte. Frau A. beurteilt Bucke folgendermaßen: *Die Bevölkerung war über den Mord außerordentlich schockiert. Dazu kam noch, daß man in meiner Familie Bucke als sehr sympathischen Mann kannte.*<sup>136</sup> Herr B. kommt zu einem ganz anderen Urteil: *Bucke stammte nicht aus Backnang. Er war arrogant und eingebildet, und mein Vater kritisierte oft die Art und Weise, wie er seinen Dienst versah. Ich stand den Kommunisten keineswegs allzu verständnisvoll gegenüber, aber die Art und Weise, wie Bucke mit ihnen umsprang, war einfach unerträglich.*<sup>137</sup> Wachtmeister Bucke wurde von der gesamten Bevölkerung ausgesprochen respektiert und genoß hohes Ansehen, aber er war auch sehr gefürchtet. Zweifellos war er einer der führenden Anti-Kommunisten.<sup>138</sup> Ähnlich lautet auch die Meinung von Frau Hopfensitz, die Bucke kurzweg als *Kommunisten-Hasser* charakterisiert.<sup>139</sup> Daß Bucke wegen seines schnellen Zugreifens bei den Kommunisten sehr gefürchtet war, bestätigt auch der „Murrthal-Bote“.

##### 4.5.2.2 Der Ablauf der Ereignisse

Minnich scheint bereits am Vormittag des 15. Mai 1934 längere Zeit in Backnang gewe-

<sup>132</sup> Aussage von Herrn E. am 1. 12. 1992.

<sup>133</sup> Aussage von Herrn S. am 3. 12. 1992.

<sup>134</sup> Brief von Frau F. vom 5. 3. 1993.

<sup>135</sup> Wegweiser (wie Anm. 125), S. 277.

<sup>136</sup> Aussage vom 3. 12. 1992.

<sup>137</sup> Aussage vom 23. 11. 1992.

<sup>138</sup> Aussage von Herrn G. am 17. 11. 1992.

<sup>139</sup> Aussage im Gespräch mit Gerhard Fritz, 30. 1. 1984.

## Zum Gedächtnis von Polizeiwachtmeister Bucke

### Weihe einer Gedenktafel

Badnang 15. Mai. Heute vor drei Jahren um die Mittagsstunde durchzittelte die Schreckensstunde die Stadt: Polizeiwachtmeister Bucke erschossen! Von der Kugel eines landfremden Kommunisten getroffen, mußte Hermann Bucke im blühenden Mannesalter sein Leben lassen. Einem glücklichen Familienleben, einer aussichtsreichen Berufslaufbahn wurde durch ruchlose Mörderhand ein vorzeitiges, schnelles Ende bereitet.



Wie ein Fanal wirkte die meuchlerische Tat. Sie zeigte mit erschreckender Deutlichkeit, wohin wir ohne das Rettungswort des Führers getrieben wären. Manchem, der dies bis dahin noch nicht einsehen wollte, wurden die Augen geöffnet. Hermann Bucke starb den Opfertod für das Dritte Reich. So erhält das unbegreifliche Geschehen doch seinen tieferen Sinn. Ueber Gräber, über unvermeidliche Opfer führt der Weg vorwärts und aufwärts!

In der Einwohnerschaft ist der Abscheu vor dem ruchlosen Mord und das Andenken an den pflichtgetreuen, hervorragenden Polizeibeamten lebendig geblieben. Die Stadtverwaltung hat ihm an seinem dritten Todestag eine besondere Ehrung zuteil werden lassen. Heute vormittag 11 Uhr wurde am Ort der grauenvollen Tat, an der Möbelfabrik Sorg in der Stuttgarter Straße, eine Gedenktafel enthüllt.

Für alle Zeiten ist unserem treuen Gedenken und unserer unverlöschlichen Dankbarkeit gegenüber Hermann Bucke nun auch ein äußeres, sichtbares Zeichen gesetzt!

sen zu sein. Nach dem „Murrthal-Boten“ vom 16. 5. und 6. 7. 1934 trafen sich Minnich und der Wachtmeister Bucke im Laufe des Vormittags mindestens einmal, aber Minnich konnte eine Personenkontrolle vermeiden. Um 11.45 Uhr verließ Bucke eben das Rathaus und nahm seinen Streifendienst wieder auf. Er ging die Marktstraße hinauf in Richtung Stuttgarter Straße. Nachdem er an der Kreisleitung der NSDAP vorbeigegangen war, bog er in die Stuttgarter Straße ein und überquerte dieselbe in Richtung der Gaststätte „Engel“. Er hatte anscheinend irgend jemanden bemerkt. Plötzlich hörten wir Pistolenschüsse. Wir drehten uns sofort in Richtung der Schüsse um und sahen Wachtmeister Bucke auf dem Boden liegen. Der Mann, der die Waffe in der Hand hielt – also Minnich – starrte auf den am Boden liegenden Körper und verschwand dann in Richtung Bahnhof. Wir rannten zu Bucke, nur der Friseur direkt neben dem „Engel“ lief weg, um Hilfe für den Sterbenden zu holen. Sonst war zu diesem Zeitpunkt niemand auf der Straße. Es war sehr schönes Wetter und außerordentlich heiß.<sup>140</sup> Herr S., von dem dieser Augenzeugenbericht stammt, war kurz zuvor zusammen mit mehreren Klassenkameraden aus der Lateinschule am Ölberg gekommen. Die Polizei tauchte nach den Schüssen rasch auf.

Der „Murrthal-Bote“ berichtete im wesentlichen dasselbe, nur gab die Zeitung an, die Straße sei zum Zeitpunkt der Schüsse sehr belebt gewesen. Dies erscheint angesichts des heißen Wetters eher unwahrscheinlich. Laut „Murrthal-Bote“ floh Minnich zum Ungeheuerhof südwestlich von Badnang, wo er um 14 Uhr von seinen Verfolgern umstellt wurde. Minnich muß also die Bahngleise überquert haben und dann etwa über die Stelle, wo sich heute das Max-Born-Gymnasium befindet, weiter in Richtung Unterweissach bzw. Ungeheuerhof geflohen sein. Im Ungeheuerhof soll er sich nach den Erinnerungen

Abb. 25: Der Nachruf auf Wachtmeister Bucke aus dem Murrthal-Boten vom 15. 5. 1937 ist von besonderem Interesse, weil er eine – wenn auch qualitativ schlechte – Porträtaufnahme des Getöteten enthält.

<sup>140</sup> Aussage von Herrn S. am 3. 12. 1992.



von Frau D. in einem Stall, nach denen von Herrn S. und nach dem Bericht des „Murrthal-Boten“ auf freiem Feld versteckt haben. Man benötigt vom Backnanger Bahnhof zum Ungeheuerhof zu Fuß etwa eine halbe Stunde. Man weiß freilich nicht, ob Minnich sich schon auf dem Weg dorthin verstecken mußte, aber er wird wohl zwischen etwa 12.30 und 13.00 Uhr am Ungeheuerhof angekommen sein.

Jedenfalls scheint Minnich bei der Polizei bestens bekannt gewesen zu sein. Das ergibt sich aus der Aussage von Herrn E., damals Gärtner und Krankenwagenfahrer im Backnanger Krankenhaus: *Am Tage der Ermordung von Wachtmeister Bucke erhielt ich gegen 12.45 Uhr die Anweisung, zusammen mit einem Polizeifahrzeug nach Sechselberg zu fahren. Wir hielten auch vor einem Haus vor Sechselberg an, fuhren aber dann bald wieder zurück, weil niemand da war. Ich wußte zu diesem Zeitpunkt überhaupt noch nicht, worum es eigentlich ging. Die Polizisten hatten mir nur gesagt, daß es Verletzte geben könnte, deshalb müsse ich sie begleiten. Auf der Hinfahrt und auf der Rückfahrt benutzten wir die Straße durch den Ungeheuerhof.<sup>41</sup>* Die Tatsache, daß E. sofort zum Wohnhaus Minnichts nach Sechselberg fahren mußte, zeigt, daß die Polizei über die Identität des Täters schon bald voll im Bilde war. Da Herr S. und seine Kameraden Minnich nicht kannten und die Polizei nicht weiter über den Täter informieren konnten, wird es wohl der Friseur oder einer der Gäste des „Engel“ gewesen sein, der der Polizei den entscheidenden Hinweis gab.

Das Haus der W.s, wo Minnich wohnte, war leer, weil sich alle Bewohner in Backnang befanden. Frau D. berichtet: *Am Tag des Mordes war ich in Backnang. Gegen halb eins traf ich Christian W. und erfuhr, daß Minnich einen Polizisten getötet habe. W. war aus der Spinnerei gekommen, wo Mutter W. arbeitete. Die Nachricht, daß Minnich der Täter war, verbreitete sich in Windeseile in der Stadt.* Außer der Polizei hatte man auch das Reichsarbeitsdienst-Lager auf der Maubacher Höhe alarmiert, ebenso die örtliche SA und die Feldschützen. Alle beteiligten sich an der Jagd nach

Minnich. Herr S. erhielt von der Polizei den folgenden Auftrag:

*Ein Polizist sagte mir, ich müsse nach Maubach laufen, um dort die Arbeiter des Steinbruchs zu alarmieren, damit diese sich ebenfalls an der Suche beteiligen sollten. Ich kam etwa eine halbe Stunde nach dem Verbrechen dort an, aber der Eigentümer des Steinbruchs hatte es überhaupt nicht eilig, die Tätigkeit seiner Arbeiter zu unterbrechen. Ich ging daraufhin nach Hause und blieb dort.*

Minnich jedenfalls war um 14 Uhr beim Ungeheuerhof gestellt worden. Über die weiteren Ereignisse weichen die Nachrichten etwas voneinander ab. Auf jeden Fall wurde er durch einen Schuß verletzt, wobei der „Murrthal-Bote“ am 16. Mai berichtete, der Schuß sei von seinen Verfolgern abgegeben worden. Am 6. Juli berichtete der „Murrthal-Bote“ dann, Minnich habe sich in selbstmörderischer Absicht selbst in den Kopf geschossen.<sup>42</sup> Der verletzte Minnich wurde ins Backnanger Krankenhaus gebracht. Dort traf auch Frau Bucke ein, wobei nicht ganz klar ist, warum. Sie soll Minnich gefragt haben, weshalb er ihren Mann erschossen habe; Minnich soll – auch nach Aussage kommunistischer Zeugen – Frau Bucke angespuckt haben. Minnich blieb drei Tage im Krankenhaus. Dann brachte man ihn nach Stuttgart, wo er vor Gericht gestellt wurde. Am 5. Juli 1934 wurde er zum Tode verurteilt und am 23. Juli durch Erhängen hingerichtet. Mit ausschlaggebend für das Todesurteil war laut Urteilsbegründung, daß er noch zweimal auf den am Boden liegenden und bereits schwer verletzten Bucke weitergefeuert habe.

Zu Ehren Buckes wurde am Ort der Tat eine Gedenktafel angebracht, die allerdings von der amerikanischen Besatzungsmacht wenige Tage nach dem Einmarsch im April 1945 entfernt wurde. In der Sachsenweilersiedlung erhielt eine Straße seinen Namen, die heutige Ostendstraße.

#### 4.4.3 Die Folgen der Tat

##### 4.4.3.1 Minnichts Motive

Es kann kein Zweifel sein, daß es sich bei Minnichts Schüssen um eine spontane, nicht

<sup>41</sup> Aussage von Herrn E, am 1. 12. 1992.

<sup>42</sup> Dem widerspricht die Mitteilung von Frau F., Minnich sei am Bein verletzt worden. Die Details aus dem „Murrthal-Boten“ sind allerdings eindeutig. Minnich hatte eine Kopfverletzung, bei der allerdings keine lebenswichtigen Teile verletzt worden waren.

geplante Tat handelte. Politisch machte der Mord an einem Polizisten nicht nur überhaupt keinen Sinn, sondern war geradezu kontraproduktiv. Falls Minnich tatsächlich irgendwelche übergeordneten Aufträge für die Untergrund-KPD ausführte, worauf einige Indizien hindeuten, dann bestanden diese sicher nicht in der Tötung einer völlig untergeordneten Person einer württembergischen Provinzstadt. Bei einiger Überlegung hätte sich Minnich darüber klar sein müssen, daß seine Tat für alle Backnanger Linken eine Katastrophe bedeutete. Jetzt war der Repression durch die Staatsmacht Tür und Tor geöffnet. Aber Minnich war zweifellos gar nicht in der Lage, klar zu überlegen. Er fürchtete eine Personenüberprüfung durch Bucke, der dann nach aller Wahrscheinlichkeit die Pistole entdeckt und Minnich verhaftet hätte. Dem wollte Minnich offenbar in einer Art Panikreaktion entgehen – er schoß.

Minnich hat selbst wenig zur Klärung der Tat beigetragen: Zunächst verweigerte er jede Aussage. Dann soll er eine ganze Reihe verächtlicher Bemerkungen über seine Tat und über Bucke gemacht haben. Vor Gericht sagte er dann, es habe sich nicht um politische Motive gehandelt, sondern er habe „nur den Gedanken seiner eigenen Freiheit“ gehabt. Ob Minnich bei seinen Vernehmungen in Stuttgart geschlagen oder gefoltert wurde, geht aus dem „Murrthal-Boten“ natürlich nicht hervor.

Den Backnanger Kommunisten und Sozialdemokraten, die noch am selben Tag die Folgen von Minnichts Tat zu erleiden hatten, war schon unklar gewesen, was Minnich überhaupt in Backnang gewollt hatte. Seine Tat verstanden sie vollends nicht.<sup>143</sup>

#### 4.4.3.2 Die Razzia vom 15./16. Mai 1934 und ihre Folgen

Für die Nazis bot Minnichts Tat einen unerwarteten Anlaß, gegen alle die Backnanger vorzugehen, die man als links stehend und „gefährlich“ einstufte. Offen ist allerdings, ob und inwieweit bei den Backnanger Nazis Pläne in den Schubladen lagen, die die Verhaftung der führenden Kommunisten und

Sozialdemokraten vorsahen, oder ob es sich bei den Maßnahmen vom 15./16. Mai 1934 lediglich um eine improvisierte, spontane Aktion handelte.

Jedenfalls tauchte am 16. Mai morgens eine aus Ellwangen gekommene SS-Abteilung auf und umstellte die Häuser der Backnanger Kommunisten und Sozialdemokraten. Der Haft entging nur Friedrich Weller aufgrund der oben erwähnten Fürsprache des NSDAP-Kreisleiters Dirr und seiner Mutter. Backnanger SA hielt sich bei der ganzen Aktion im Hintergrund. Hermann Lachenmaier junior erinnert sich an die Verhaftung seines Vaters:

*Am nächsten Morgen etwa um 5 oder 6 Uhr war unser Haus von SS und SA umstellt worden. Sie riefen, daß sie schießen würden, wenn wir nicht die Fenster im 1. Stock schließen würden, wo meine Großeltern lebten. Mein Vater hat sich sofort ergeben, jeder Widerstand war ja auch sinnlos. Er wurde ins KZ Kuhberg in Ulm gebracht, wo er bis Ende Juli 1934 blieb. In der Folge wurde unser Haus durchsucht. Als die Nazis in der Wäsche einen elektrischen Föhn fanden, glaubten sie zunächst, daß es sich bei dem schwarzen metallischen Gebilde um eine Waffe handle und meinten, uns damit überführt zu haben. Tatsächlich hatte man bei den Backnanger Sozialdemokraten aber die wenigen Pistolen, die man besaß, aus Angst schon längst vorher heimlich in die Murr geworfen.<sup>144</sup>*

Inhaftiert wurden auch die beiden W.s. Das Schicksal des jungen W. war bizarr: Er wandelte sich binnen kurzem vom Kommunisten zum Nazi und trat 1936 sogar in die Gestapo ein.<sup>145</sup>

Eine 1994 erschienene Untersuchung über das „Schutzhaftlager“ Kuhberg in Ulm<sup>146</sup> nennt die folgenden anlässlich der Razzia vom 15./16. Mai 1933 und in den folgenden Tagen verhafteten und inhaftierten Backnanger: Von der KPD: Wilhelm Barth, Karl Dittus (Haftermin unklar), Fritz Graf, Franz Hopfensitz, Wilhelm Stein, Christian W., Gotthilf Weigle; von der SPD: Robert Ehret; Hermann Lachenmaier, Hermann Ulmer (außerdem Leiter des Reichsbanners Backnang), Eugen Wilms (außerdem Reichsbanner); Kampfbund gegen den Faschis-

<sup>143</sup> Aussage von Emilie Hopfensitz gegenüber Gerhard Fritz am 30. 1. 1984.

<sup>144</sup> Aussage von Hermann Lachenmaier jun. am 19. 11. 1992.

<sup>145</sup> Aussage von Frau D. am 10. 12. 1992.

<sup>146</sup> „Doch die Freiheit, die kommt wieder“, NS-Gegner im Württembergischen Schutzhaftlager Ulm 1933 – 1939. Hrsg. v. Haus der Geschichte Baden-Württemberg. Stuttgart 1994, S. 68 – 83.

mus (KPD-nah): Eugen Maier, Adolf Sannwald aus Erbstetten, Gottlieb Unkauf, Albert Wahl, Friedrich Wölpert (außerdem Rotfrontkämpferbund); ohne Nennung einer Organisationszugehörigkeit, wohl meist KPD oder KPD-nah: Albrecht Klenk, Gottlob Klotz, Adolf und Paul Knoll, Fritz Layer, Wilhelm Maier, Willi Riexinger, Harry Röhrle, Hermann Schlipf, Adolf und Robert Wahl, Eugen und Hermann Weigle, Eugen und Robert Wörner; inhaftiert wurden auch mehrere Frauen, von denen aber nur Emilie Hopfensitz und Maria W. namentlich bekannt sind. Auch der Kommunist Eugen Häberlin kam in Haft, jedoch nicht auf den Ulmer Kuhberg, sondern ins Gefängnis nach Rottenburg, dann nach Stuttgart in die „Büchschmiedere“. Bei Häberlin sollen Waffen gefunden worden sein, vermutlich wurde er deshalb nicht mit den anderen Verhafteten zusammen eingesperrt.

Der am 16. Mai ausgestellte Haftbefehl gegen Robert Ehret ist noch vorhanden. Zweifellos werden die anderen Haftbefehle ähnlich ausgesehen haben.<sup>147</sup>

Der Haftbefehl nennt ausdrücklich Ehrets immer noch bestehende „kommunistische“ Gesinnung als Haftgrund und vermutet einen Zusammenhang mit dem Bucke-Mord. In der Lagerhaft auf dem Kuhberg konnte indessen keinerlei Beweis erbracht werden, daß die Backnanger Kommunisten und erst recht nicht die Sozialdemokraten irgend etwas mit der Tat Minnichs zu tun hatten. Nach drei Monaten wurden alle Beteiligten – außer Häberlin, der bis 1937 im Gefängnis saß – wieder entlassen.

Obwohl also für die meisten betroffenen Personen alles noch vergleichsweise harmlos ausging, war die Erfahrung der Lagerhaft doch ein Schock. Die Kommunisten – so beispielsweise Franz Hopfensitz – waren oft bereits zum zweiten Mal inhaftiert. Hopfensitz hatte bereits die Zeit von März bis August 1933 im Lager verbracht. Für die Sozialdemokraten handelte es sich zwar um die erste Haft, aber die Erfahrung, daß nun auch sie Opfer der Staats- und Parteigewalt geworden waren, saß doch so tief, daß man in der Folge keinerlei politische Aktivitäten mehr wagte.

## 5. Die Backnanger Juden

### 5.1 Die Verhältnisse vor 1933

#### 5.1.1 Die demographische Entwicklung der Backnanger Juden

Die Backnanger Juden waren im gesamten 19. und 20. Jahrhundert bis 1933 stets nur eine kleine Bevölkerungsgruppe. Eine eigentliche jüdische Gemeinde im religiösen Sinne hat nie existiert. In Backnang lebte 1846 nur ein einziger Jude.<sup>148</sup> Bei der Gründung des Deutschen Reiches 1871 war ihre Zahl auf 12 gestiegen. Ob die Zunahme der Juden in Backnang zwischen 1846 und 1871 irgend etwas mit der ständigen Verbesserung der Rechtsstellung der württembergischen Juden im Laufe des 19. Jahrhunderts zu tun hat – 1864 waren die letzten Reste von Rechtsbeschränkungen gefallen<sup>149</sup> – kann nicht gesagt werden. Zwischen 1871 und der letzten Volkszählung vor dem Ersten Weltkrieg 1910 pendelte die Zahl der Backnanger Juden stets zwischen etwas weniger als 10 und etwas mehr als 20; die Höchstzahl war im Jahre 1880 mit 23 Personen erreicht.<sup>150</sup> Nach dem Ersten Weltkrieg sank die Zahl der Juden in Backnang deutlich ab, eine Entwicklung, wie sie in Württemberg im allgemeinen zu beobachten war. Die Juden waren dabei, sich entweder durch Mischeheiraten völlig in ihre nichtjüdische Umwelt zu integrieren oder aber in größere jüdische Zentren – beispielsweise nach Frankfurt oder Berlin – abzuwandern. In Backnang wurden 1925 noch 9, bei Hitlers Machtübernahme 1933 noch ganze zwei „Volljuden“, also Personen mit jüdischem Vater und jüdischer Mutter gezählt. Daneben gab es noch eine Anzahl „Halbjuden“, bei denen nur ein Elternteil jüdischer Herkunft war.

#### 5.1.2 Die Backnanger Juden im politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben der Stadt

In irgendeiner Weise spürbare antisemitische Aktionen oder Äußerungen hat es in Backnang vor 1933 nach den Aussagen der Betroffenen

<sup>147</sup> Vgl. das Faksimile in: *Erst die Arbeit...* (wie Anm. 113), ohne durchgehende Seitenzählung. Die Aussagen zu Häberlin nach Mitteilungen seiner Tochter, verheiratete Weller, vom 31. 1. 1995.

<sup>148</sup> Die Zahlen und Daten nach einer jüngeren handschriftlichen Abschrift unklarer Herkunft im StAB Sammlung 3. Reich, Juden.

<sup>149</sup> Vgl. Aaron Tänzer: *Die Geschichte der Juden in Württemberg*. Stuttgart 1937.

<sup>150</sup> 1871: 12; 1875: 7; 1880: 23; 1885: 12; 1890: 20; 1895: 9; 1900: 18; 1910: 12 Juden.



Abb. 26: Aus dem Nachlaß von Berta Feigenheimer haben sich einige Fotos erhalten, die eine – angesichts des Schicksals der Familie – erschütternde Normalität zeigen: Hier ist im Kleinkindalter eines der Kinder des Julius Feigenheimer um 1900 dargestellt, wahrscheinlich Bertas späterer Ehemann Emanuel Feigenheimer. Die Feigenheimers lebten wie alle Backnanger, ließen ihre Kinder wie alle Backnanger Bürgerfamilien fotografieren, sprachen dieselbe Sprache wie die Backnanger – bis 1933, als Hitlers Rassen-Irrsinn sie zu Ausgestoßenen machte.

nicht gegeben. Das verwundert angesichts der winzigen Zahl von Juden und ihrer weitgehenden Integration in die städtische Gesellschaft nicht. Auch in Backnang war die Assimilation der Juden in vollem Gange: Der Vater des jüdischen Gerbereibesetzers Carl Robitschek war mit einer Nichtjüdin verheiratet, Carl Robitschek selbst heiratete ebenfalls eine Nichtjüdin. Auch Emanuel Feigenheimer, dessen Familie ebenfalls im Gerbereigewerbe tätig war, heiratete eine Nichtjüdin.

Die Backnanger Juden haben niemals in ihrer Eigenschaft als Juden oder in Form einer jüdischen Organisation ins politische oder soziale Leben der Stadt eingegriffen. Lediglich Carl Robitschek war politisch engagiert; er war Mitglied der liberalen DDP und bestritt in den Jahren bis 1933 stets für den Reichstagsabgeordneten Theodor Heuss, den späteren Bundespräsidenten, den Backnanger Wahlkampf. Auch als nach 1945 wieder eine liberale Partei gegründet wurde – nun als FDP – trat Robitschek ihr sofort wieder bei und konnte noch mehrfach Theodor Heuss in seinem Backnanger Haus begrüßen.<sup>151</sup>

Über die Schützengilde und den Liederkranz und in seiner Eigenschaft als Lederfabrikant kannte er maßgebliche Honoratioren der Stadt. Robitscheks Mitgliedschaft in diesen beiden Vereinen zeigt überdies, wie sehr und wie selbstverständlich der „Halbjude“ Carl Robitschek in Backnang integriert war.

Die Juden (und die „Halbjuden“) hatten in Backnang, obwohl einzelne in nicht unbedeutenden Positionen waren, niemals eine beherrschende Position im örtlichen Wirtschaftsleben. Der Gerbereibetrieb Feigenheimer beendete bereits in den 20er Jahren seine Tätigkeit. Übrig blieben der Betrieb von Carl Robitschek, der in der Regel etwa zehn Arbeiter beschäftigte, und das Textiliengeschäft von Dora Caspary in der Uhlandstraße in der Stadtmitte – gewiß keine Betriebe, die angesichts der verschiedenen Großbetriebe – etwa Adolff oder Kaelble – in der Stadt den Ton angegeben hätten. Wichtigere Gerbereien als Robitschek waren allemal Schweizer, Kaess oder Langbein, auch wenn Robitschek im Ruf stand, ein ideenreicher und dynamischer Unternehmer zu sein. Sein Sohn sagt dazu:

*Unser Geschäft lief sehr gut. Unsere zehn Arbeiter leisteten gute Arbeit und unsere Kunden waren zufrieden. Eine Rivalität zu den anderen Gerbereien gab es nicht. Wir hatten zu den anderen lederverarbeitenden Betrieben im Gegenteil sogar sehr gute Beziehungen, die Verträge über gegenseitige Unterstützung mit einschlossen.*

Bei Robitschek arbeiteten durchaus auch verschiedene aktive Kommunisten, und Robitschek hat auch den arbeitslosen Emanuel Fei-

<sup>151</sup> Aussage von Werner Robitschek am 7. 12. 1992.

genheimer eingestellt, als dieser einer Stelle suchte.

Über Dora Casparys Geschäft ist schwerer etwas zu ermitteln, da keine unmittelbaren Nachkommen mehr leben. Immerhin erinnert sich eine Zeugin aus dem von uns befragten Personenkreis: *Ich weiß, daß meine Mutter oft in dem jüdischen Geschäft in der Uhlandstraße einkaufte. Sie sagte, die Qualität sei gut und die Besitzerin wäre eine sehr liebenswürdige Dame.*<sup>152</sup>

Neben Robitschek und Feigenheimer gab es noch die Brüder Oppenheimer, die einen Viehhandel betrieben. Sie lebten im Gebäude des heutigen Elektro-Geschäftes Pfeil. Einer der Oppenheimers hieß mit Vornamen Moses. Darüber hinaus gab es außerhalb Backnangs im Umland noch Juden, die Holzhandel betrieben. Der Holzhandel war praktisch ganz in jüdischer Hand. Der Backnanger Albert Sorg erinnert sich folgendermaßen an die damaligen Verhältnisse: *Das Möbelgeschäft meines Vaters hatte sehr enge Geschäftsverbindungen mit Juden. Diese waren im Holzhandel der Gegend sehr stark vertreten. Mit einer ganzen Anzahl dieser Juden pflegte mein Vater durchaus freundschaftliche Beziehungen.*<sup>153</sup>

In allen Aussagen aus dem Bereich des Wirtschaftslebens wird deutlich, daß die Juden in Backnang und Umgebung einen konstitutiven Teil des Wirtschaftslebens ausmachten. Man wußte in der Regel zwar, daß es sich um Juden handelte, man störte sich daran aber in keiner Weise. Es gab keine Probleme, wenn man Waren in einem jüdischen Geschäft kaufte, und es gab auch keine Probleme, wenn man mit einem jüdischen Groß- oder Einzelhändler zusammenarbeitete.

## 5.2 Die Backnanger Juden unter dem Nationalsozialismus

### 5.2.1 Das „Verzeichnis der Juden in hiesiger Stadt“

Zu einem nicht genau bekannten Zeitpunkt, wohl ungefähr 1935/37, wurde in Backnang – vermutlich von einem nicht näher bekannten Beamten der Stadtverwaltung – ein Verzeichnis der Juden in hiesiger Stadt angelegt. Der Hintergrund der Verzeichnisses ist sicher in den

„Nürnberger Gesetzen“ von 1935 zu suchen, die die strikte Trennung und Nichtjuden und Juden bzw. die Aussonderung der letzten anordneten.<sup>154</sup> Die Volkszählung von 1933 hatte zwar nur zwei „Volljuden“ ausgewiesen, in dem „Verzeichnis“ wird indessen eine wesentlich größere Anzahl jüdischer Personen genannt. Das „Verzeichnis“ führt in vier Spalten auf: 1. Namen und Wohnung, 2. Geburtstag, 3. Geburtsort, 4. Dienstboten. Es verzeichnet offenkundig auch „Halbjuden“ oder „Arier“, die einen jüdischen Ehepartner hatten. Aufgeführt werden:

1. Caspary, Dora, geb. Machol, Uhlandstr. 23, \* 21. 8. 1879 in Potsdam, ohne Dienstboten.

2. Feigenheimer, Emanuel, Hindenburgstr. 56, \* 23. 5. 1901 in Backnang, ohne Dienstboten.

3. Günther, Max, led. Gerbereiarbeiter, Eugen-Adolf-Str. 32, \* 13. 5. 1915 in München, ohne Dienstboten.

4. Lehmann, Willi, Gewerbelehrer, bzw. dessen Ehefrau Herda, Wilhelm-Murr-Allee 27, er \* 30. 11. 1906 in Frankfurt am Main. Die Spalte über Dienstboten enthält den Eintrag: *Die Ehefrau ist Jüdin, sie hat kein Dienstmädchen*, d. h. Willi Lehmann selbst war offenbar gar kein Jude.

5. Robitschek, Karl, Lederzurichter, Wilhelmstr. 16. \* 12. 6. 1877 in Backnang.

6. Robitschek, Emilie, geb. Kümmerle, Größeweg 5, \* 28. 2. 1857 in Backnang. Die letzte Spalte enthält den Eintrag: *Die Robitschek hatte einen Juden zum Mann.*

7. Robitschek, Sofie, led., Größeweg 5, \* 22. 11. 1875 in Backnang. In der letzten Spalte hieß es: *ist bei der Mutter.*

8. Seyffer, Hedwig, led., Mühlstr. 7, \* 19. 6. 1912 in Stuttgart. Die letzte Spalte vermerkte: *Der Vater ist Jude.*

Demnach lebten um 1935 acht Personen in Backnang, die entweder „Voll-“ oder „Halbjuden“ waren. Wenn diese Personen nicht ledig waren, dann lebten sie grundsätzlich in Familienverhältnissen, die die Nazis als „privilegierte Mischehe“ bezeichneten, d. h. sie waren mit Nichtjuden verheiratet. Die Brüder Oppenheimer sind in dem Verzeichnis nicht erwähnt, offenbar hatten sie zu diesem Zeitpunkt Back-

<sup>152</sup> Aussage von Frau N. am 14. 12. 1992.

<sup>153</sup> Aussage vom 17. 11. 1992.

<sup>154</sup> StAB (wie Anm. 148).

nung bereits verlassen. Ebenso fehlt auch das Ehepaar Stern, von dem insbesondere Frau Martha Stern, geborene Feigenheimer, eng mit der Frau des Backnanger Buchhändlers Kreuzmann befreundet war. Herr Stern war aus dem Ersten Weltkrieg Träger des Eisernen Kreuzes 1. Klasse und des Goldenen Verwundetenabzeichens. Er hatte als deutscher Soldat für sein Vaterland einen Arm verloren.<sup>153</sup>

### 5.2.2 Die Folgen der NS-Judenpolitik für die Backnanger Juden

Die antijüdischen Maßnahmen der NS-Regierung schockierten die Juden in allen jüdischen Gemeinden Deutschlands. In Stuttgart beispielsweise verwahrten sich die Juden am 1. April 1933 in aller Form gegen den von den Nazis verkündeten Boykott jüdischer Geschäfte und wiesen darauf hin, daß sie sich als gute, heimatverbundene Deutsche fühlten.<sup>156</sup> Die Hoffnung, der Boykott sei nur eine „Anfangsünde“ der NS-Bewegung, erwies sich indessen als trügerisch. Alle Loyalitätsbeteuerungen der deutschen Juden, alle Hinweise auf ihre Blutopfer im Ersten Weltkrieg erwiesen sich als vergebens. Die berüchtigten „Nürnberger Gesetze“ von 1935 machten jedem klar, daß die antijüdischen Exzesse kein zufälliger „Ausrutscher“ des NS-Staates waren, sondern daß sie System hatten - ein System, das sich mit der sogenannten „Reichskristallnacht“ von 1938 zu offenem Terror und mit der Vernichtungspolitik der Kriegszeit zum Völkermord steigerte.

Auch in Backnang begannen die antijüdischen Maßnahmen mit dem Boykott vom 1. April 1934. Offenbar stand vor dem Geschäft von Dora Caspary ein SA-Posten. Herr G. erinnert sich: *Meine Mutter ging trotz der SA in das Geschäft von Frau Caspary, um Stoff zu kaufen. Sie wurde zwar von der SA nicht direkt behindert, aber mein Vater wurde sofort auf die Kreisleitung bestellt und erhielt dort eine Verwarnung.*<sup>157</sup>

Das „Gesetz über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ von 1933 verlangte von

allen Beamten oder Angestellten in öffentlichen Funktionen den sogenannten „Ariernachweis“. Man hatte damit urkundlich zu belegen, daß bis zurück zur Großelterngeneration kein Jude unter den jeweiligen Vorfahren war.<sup>158</sup> Da in Backnang keine Juden in entsprechenden Positionen tätig waren, war der praktische Effekt zwar gleich null, dennoch war das Gesetz in seiner Gesamttendenz doch unmißverständlich.

Auch noch unter den Diskriminierungen der „Nürnberger Gesetze“ von 1935 konnten die Backnanger Juden, wenngleich immer mehr isoliert und in einer zusehends unerträglicheren Position, ihre Geschäfte weiterbetreiben. Dora Caspary und Carl Robitschek blieben im Besitz ihrer Betriebe bis 1938, als die „Arisierung“ der Wirtschaft eine neue Stufe erreichte. Robitschek mußte schließlich seinen Betrieb 1939 schließen. Er wurde von dem Backnanger Lederunternehmer Langbein weiterbetrieben.

Dabei scheint in Backnang die sogenannte „Reichskristallnacht“ vom 9. November 1938 nicht sehr spektakulär abgelaufen zu sein. Weder das Geschäft von Dora Caspary noch die Gerberei Robitschek wurden verwüstet, allerdings sollen vor dem Geschäft Caspary wieder Posten gestanden und antijüdische Schmierereien angebracht worden sein.

Im benachbarten Murrhardt trieb die „Kristallnacht“ seltsame Blüten: Ein am Ort durchaus bekanntes NSDAP-Mitglied, das ein Geschäft in der Stadtmitte betrieb, fand am nächsten Morgen ebenfalls antijüdische Parolen an seinem Schaufenster: Weil der Murrhardter Parteigenosse eine Mutter mit jüdisch klingendem Namen hatte – obwohl es sich tatsächlich um keine Jüdin handelte – war er von übereifrigen Gesinnungsfreunden offenbar als Jude angesehen worden.<sup>159</sup>

Was Werner Robitschek angeht, der nach dem Nazi-Sprachgebrauch nur ein „Vierteljude“ war, so wurde dem jungen Mann rasch klar, daß seine Situation im Vergleich zu der

<sup>153</sup> Die ergänzenden Hinweise zum „Verzeichnis“ basieren auf Gesprächen, die Gerhard Fritz am 4. 11. 1988 mit Robert Kreuzmann und am 30. 12. 1994 mit Rolf Schweizer aus Murrhardt geführt hat. Im Falle des Ehepaars Stern ist nicht ganz eindeutig, ob die Sterns selbst in Backnang gewohnt haben oder ob sie dort nur oft zu Besuch waren.

<sup>156</sup> Müller (wie Anm. 1), S. 283.

<sup>157</sup> Aussage von Herrn G. am 17. 11. 1992.

<sup>158</sup> Vgl. das faksimilierte Formular, das Hermann Lachenmiaer sen. als Angestellter der Krankenkasse am 20. Juni 1933 auszufüllen hatte, in der französischen Originalversion unserer Arbeit.

<sup>159</sup> Aussage von Herrn S. gegenüber Gerhard Fritz, 30. 12. 1994.

Abschrift

D I E N S T Z E U G N I S

Herr Willi Lehmann stand seit 17. April 1923 im  
Württ. Gewerbeschuldienst und zwar zuerst neben-  
amtlich an der Gewerbeschule Öhringen und sodann  
vom 16. April 1929 ab als Gewerbehilfslehrer bis  
zu seiner am 16. Oktober 1937 erfolgten Entlas-  
sung an der Gewerbeschule Backnang. Seine Entlas-  
sung mußte wegen seiner Ehe mit einer nichtari-  
schen Frau ausgesprochen werden.

Herr Lehmann hat sich während seiner Dienstlei-  
stungen an den Gewerbeschulen als sehr tüchtiger,  
gewissenhafter und charaktervoller Lehrer erwie-  
sen.

Stuttgart, den 23. Dezember 1937.

Ministerialabteilung  
für die Fachschulen.

Diese Abschrift beglaubigt:  
Stuttgart, den 23. Dezember 1937.

gez. Dr. Borst.

Ministerialabteilung  
für die Fachschulen.

Registatur

*Hobmann*



Abb. 27: Ein Dokument von Hitlers Rassenwahn: Der mit einer Jüdin verheiratete Willi Lehmann verlor 1937 seinen Beruf als Gewerbelehrer, obwohl er sich „als sehr tüchtiger, gewissenhafter und charaktervoller Lehrer erwiesen“ hatte.

seiner Altersgenossen nicht mehr normal war. Robitscheks Erfahrungen waren absurd:

*Ich trat wie alle andern auch ins Jungvolk und in die Hitlerjugend ein, anfangs noch ohne mir viele Gedanken zu machen. Am Vorabend des Zweiten Weltkriegs jedoch begann ich allmählich über meine Situation nachzudenken. Der Anlaß war an sich läppisch, für mich aber sehr spürbar: Man hatte mir verboten, mit den anderen Fußball zu spielen und ins Kino zu gehen. Das konnte ich nicht verstehen. Paradoxaerweise wurde ich in der Schule von meinem Lateinlehrer, der wohl nichts von meinem jüdischen Großvater wußte, meinen Kameraden als Paradebeispiel eines typischen Deutschen vorgestellt.*

*Als man mir verboten hatte, Fußball zu spielen, wollte ich bei der Hitlerjugend mit meinem Vorgesetzten sprechen, um ihn zu bitten, mich doch wieder mitspielen zu lassen. Mein Vater verbot mir das und erklärte mir, wir müßten uns so unauffällig wie nur möglich verhalten, um nicht noch weitere Schwierigkeiten zu bekommen. Ich gehorchte, war aber todunglücklich. Als ich wenig später meine Kameraden auf dem Sportplatz besuchte, fragte mich einer, warum ich nicht mitspiele. Ich antwortete ihm einfach: „Ich bin dazu nicht berechtigt!“ Er schien überhaupt nicht zu verstehen, was ich meinte.<sup>160</sup>*

Mit Kriegsbeginn verschärfte sich die Lage der Backnanger Juden erheblich, weil sie keine Lebensmittelkarten mehr erhielten. Zudem hatten sie in der Regel auch keine Arbeit mehr und lebten entsprechend in erbärmlichen materiellen Verhältnissen.

### 5.2.3 Die Reaktion der nichtjüdischen Bevölkerung

Die Aussagen der Zeugen über ihr Verhältnis zu den Juden sind naturgemäß mit großer Vorsicht zu behandeln. Natürlich beansprucht heutzutage fast jeder, ein Freund der Juden gewesen zu sein; auch hier muß man nicht unbedingt an bloße Schutzbehauptungen und bewußte Lüge denken, vielmehr dürfte auch in diesem Fall die Erfahrung der Nachkriegszeit,

die Kenntnis der NS-Verbrechen für eine psychologisch durchaus verständliche „Korrektur“ der eigenen Biographie im Hinblick auf die Juden sorgen.<sup>161</sup> In der Tat fiel bei fast allen Zeugenbefragungen auf, daß der Holocaust unheilbare Verletzungen bei den Interviewten hinterlassen hat. Die meisten Zeugen gaben an, ehrlich und voller Idealismus an die Größe und die positiven Ziele des Dritten Reiches geglaubt zu haben. Man habe sich ein Verbrechen wie den Holocaust schlechterdings nicht vorstellen können. Viele hatten auch die ersten Informationen aus dem Mund der Siegermächte nach der deutschen Kapitulation noch für reine Greuelpropaganda gehalten, und erst als sich die Nachrichten im Laufe der Jahre immer mehr verdichteten, wurde nach und nach die grausige Realität geglaubt. Herr M. aus Backnang charakterisiert die damalige Haltung in einem Schreiben vom 15. 1. 1995 folgendermaßen:

*Das „Judenproblem“ spielte in Backnang eine ganz untergeordnete Rolle. Man beachtete die Polemik der Nazi gegen die Juden kaum. ... Erst die zunehmend schärfer werdende Hetze ließ manche aufhorchen. Man hatte aber andere Sorgen, war auch beeindruckt von den Erfolgen Hitlers und zudem schon in Unsicherheit und Ängsten wegen einer möglichen Bespitzelung und Repressalien. Zum Holocaust schreibt er: Man ... wußte oder ahnte nichts von diesen Grausamkeiten. Spärlichen Gerüchten glaubte man nicht.*

### 5.2.4 Das Schicksal der Backnanger Juden

Wegen der komplizierten psychologischen Lage sind deshalb zunächst die Äußerungen aus Backnanger Opferfamilien für uns interessant, denn diese Familien haben natürlich keinerlei Gründe, das Verhalten ihrer nichtjüdischen Mitbürger im Dritten Reich schönzufärben. Hier sind insbesondere die Äußerungen von Werner Robitschek und Berta Feigenheimer, der Witwe Emanuel Feigenheimers,<sup>162</sup> von Interesse. Von einiger Glaubwürdigkeit dürfte auch die Aussage der Witwe von Pfarrer Goës

<sup>160</sup> Aussage von Werner Robitschek am 7. 12. 1992.

<sup>161</sup> Erwähnt seien die folgenden Äußerungen: *Ich hatte immer Angst vor der antijüdischen Politik der Regierung. Außerdem war die ganze Judenpolitik der Nazis für mich auch eine schwere innere Belastung, weil sie nicht mit meinen christlichen Idealen in Einklang zu bringen war.* (Aussage von Herrn E. am 1. 12. 1992) – *Mein Vater wiederholte immer wieder: Für das, was wir den Juden antäten, würden wir eines Tages noch schwer büßen müssen.* (Aussage von Frau B. am 1. 12. 1992) – *Ich war gegen den Antisemitismus der Nazis. Was mich am meisten in Wut versetzt hat, war der Schrecken der „Kristallnacht“ vom 9. November 1938.* (Aussage von Herrn G. am 17. 11. 1992)

<sup>162</sup> Aussagen Frau Feigenheimers gegenüber Gerhard Fritz am 4. 11. 1988. Frau Feigenheimer ist mittlerweile verstorben.



sein, der, wie wir gezeigt haben, ein ausgesprochener Nazi-Gegner war. Frau Goes erinnert sich: *Vor der Apotheke an der Ecke Dilleniusstraße – Obstmarkt hingen Plakate mit antijüdischen Karikaturen. Ich habe, immer wenn wir an der Apotheke vorbeigingen, meinen Kindern verboten, diese Plakate anzuschauen. Wie Dr. Heinz Mayer aus Sulzbach mitteilt, damals Schüler an der Realschule mit Lateinabteilung, handelte es sich nicht um Plakate im eigentlichen Sinne, sondern um einen Schaukasten, in dem Julius Streichers antijüdisches Hetzblatt „Der Stürmer“ aushing.*

Bei den Opferfamilien profitierte Carl Robitschek ganz einfach davon, daß er und seine Familie angesehene Bürger Backnangs waren. Im Liederkrantz konnte er erstaunlicherweise bleiben, ja man brachte ihm noch 1937 anlässlich seines 60. Geburtstags ein Ständchen dar. Er wurde in der Regel noch geachtet und wenigstens von der Bevölkerung nicht erkennbar diskriminiert. Allerdings wog die Entziehung von Robitscheks Gerberei schwer. Carl Robitschek durfte noch etwa ein Jahr lang wenigstens weiterarbeiten, bevor er endgültig ausgeschlossen wurde. An seiner Stelle wurde seine Frau schließlich zur Arbeit zwangsverpflichtet. Ihr Sohn Werner Robitschek erinnert sich: *Meine Mutter mußte in der Firma Carl Kaess arbeiten. Das war sowohl dem Fabrikbesitzer als auch seinen Direktoren Himmelsbach und Hilkepe peinlich. Sie suchten nach Möglichkeiten, meiner Mutter die miserabel bezahlte Tätigkeit zu ersparen und schlugen die Nazis schließlich mit ihren eigenen Waffen: Mit der Begründung, meine Mutter habe als Ehefrau eines Halbjuden sich ihres „Germanentums“ unwürdig erwiesen und sei für die Firma Kaess nicht zumutbar, konnten die Backnanger Nazis überzeugt werden, daß meine Mutter zu entlassen sei. Auf diese Weise konnte meine Mutter die schwere Tätigkeit bei Kaess beenden.*

Anfang 1945, der NS-Staat lag bereits im Sterben, wurde der „Halbjuden“ Robitschek dann ernsthaft bedroht. Sein Sohn berichtet darüber: *Im Februar 1945 hätte mein Vater zusammen mit Emanuel Feigenheimer nach Theresienstadt abtransportiert werden sollen, aber Landrat Reuß ließ den Deportationsbefehl für meinen Vater verschwinden. Weil infolge der allgemeinen Lage die Strukturen immer mehr zusammenbrachen, konnte mein Vater gerettet werden.*

Noch bemerkenswerter sind die Erfahrungen Emanuel Feigenheimers. Er war das zweitjüngste von insgesamt 11 Kindern des Backnanger Lederfabrikanten Feigenheimer. Alle seine Geschwister hatten schon vor 1933 Backnang verlassen; abgesehen von drei, die nach Amerika auswanderten, und Emanuel selbst wurden alle Feigenheimer-Geschwister in der NS-Zeit umgebracht. Da die Feigenheimers mit den Besitzern der Schuhfabrik Romika in Trier verwandt waren, ging auch Emanuel Feigenheimer von Backnang weg. Als er bei Romika 1937 entlassen wurde, kam er wieder in seine Heimatstadt zurück und fand eine Anstellung in der Lederfabrik Robitschek.

Emanuel Feigenheimer galt im Gegensatz zu dem zupackenden Carl Robitschek keineswegs als Führungspersönlichkeit, sondern hatte in seinem Bekanntenkreis den Ruf, ein sehr stiller, introvertierter Mensch zu sein. Seine Geschwister machten sich über den stillen „kleinen Bruder“ sogar oft lustig. Nach seiner Rückkehr nach Backnang hatte er viel zu erdulden, weil insbesondere Kinder und Jugendliche ihn als Juden anpöbelten. Feigenheimer litt sehr unter diesen Flegelien. Er fand eine Zeitlang noch Trost in seiner Religion. Seine Frau hebt hervor, daß Emanuel Feigenheimer regelmäßig die Synagoge in Stuttgart-Bad Cannstatt besuchte, bis diese schließlich am 9. November 1938 dem Pogrom der „Kristallnacht“ zum Opfer fiel. Er habe aber immer darauf bestanden, daß seine evangelische Frau, wenn er in der Synagoge war, den evangelischen Gottesdienst besuchte. Als der Betrieb Robitschek schließlich „arisiert“ wurde, verlor Feigenheimer seine Arbeitsstelle und war vorübergehend arbeitslos.

Er fand schließlich eine neue Tätigkeit an ganz unerwarteter Stelle – nämlich bei der Backnanger Stadtverwaltung, die ihn seit 1941 als Straßenkehrer einsetzte. Das ist absolut ungewöhnlich und weithin ohne Beispiel. Nach dem nationalsozialistischen Rechtsverständnis durfte eine öffentliche Körperschaft einem Juden nie und nimmer einen Arbeitsplatz geben.

Deutet bereits die Beschäftigung Feigenheimers bei der Stadt auf Ungewöhnliches hin, so wird das Bild noch verwirrender, wenn man seine Beziehungen zu den Backnanger Nazis betrachtet. Natürlich erhielt Feigenheimer regelmäßig diskriminierende Benachrichtigungen von der Partei. Aber diese kamen, so erinnert

sich seine Frau, allesamt von der Gauleitung in Stuttgart, niemals von der Kreis- oder Ortsgruppenleitung in Backnang. Die Backnanger Nazis hätten sich allesamt korrekt gegenüber Emanuel Feigenheimer verhalten.

Das ist nicht ganz so paradox, wie es zunächst scheinen mag. Emanuel Feigenheimers Bruder Wolfgang war vor 1933 mit Dr. Stoppel sogar recht eng befreundet gewesen; allerdings zog sich Stoppel später von Wolfgang Feigenheimer zurück. Emanuel Feigenheimer selbst war ein Altersgenosse von NSDAP-Kreisleiter Alfred Dirr. Dirr kannte Emanuel Feigenheimer deshalb gut und behandelte ihn nach Mitteilung von Frau Feigenheimer immer anständig. Am bemerkenswertesten ist folgende Episode: Dirr habe Feigenheimer – es müßte wohl 1938/39 gewesen sein – einmal auf die Kreisleitung bestellt und ihm mitgeteilt: „Emanuel, ich kann nichts mehr machen, ich kann dir nicht mehr helfen. Wandere doch um Himmels willen aus!“

Feigenheimer wanderte nicht aus. Während der Kriegszeit erfuhr er zunächst einmal die bereits erwähnte Unterstützung durch den Posten als Straßenkehrer bei der Stadtverwaltung. Lebensmittelkarten erhielt er zwar nicht, aber Frau Feigenheimer weiß zu berichten, daß sie durch verschiedene Arbeiten – insbesondere für Backnanger Metzgereien – illegal immer soviel zum Essen habe beschaffen können, daß man durchgekommen sei. Auch habe ihr Mann beim Straßenkehren in den zusammengekehrten Dreckhäufchen oft versteckte Lebensmittelkarten gefunden. Das sei so häufig und regelmäßig geschehen, daß es sich nicht um Zufall habe handeln können. Offenbar hätten viele Backnanger ihren jüdischen Mitbürger auf diese Weise gezielt unterstützt.

Auch das KZ blieb Feigenheimer beinahe erspart. Erst im Februar 1945 erhielt Feigenheimer aus Stuttgart den Bescheid, sich nach Bietigheim zu begeben. Von dort wurde er ins KZ Theresienstadt abtransportiert und bis Kriegsende dort festgehalten. Ende Mai 1945 kam er wieder in Backnang an. Er war noch am Leben, wenn er auch von rund 90 kg auf 52 kg abge-

magert war. Emanuel Feigenheimer ist 1969 in Backnang gestorben.

Über die anderen Backnanger Juden läßt sich bei weitem nicht soviel ermitteln wie über Robitschek und Feigenheimer. Dora Casparys Geschäft erhielt keine Warenlieferungen mehr und wurde im Zuge der „Arisierungsmaßnahmen“ geschlossen. Über ihr Schicksal liegen widersprüchliche Meldungen vor: Eine Zeugin behauptet, sie sei bald nach der „Arisierung“ von einem Tag auf den anderen aus Backnang verschwunden, ein anderer Zeuge meint, sie sei in Backnang eines natürlichen Todes gestorben.<sup>161</sup>

Eines natürlichen Todes starben auf jeden Fall Emilie und Sofie Robitschek. Max Günther und Hedwig Seyffer und ihr Schicksal waren allen befragten Zeugen ganz unbekannt. Herda Lehmann kam auf undurchsichtige Weise ums Leben: Sie soll beim Putzen in ein Fenster oder in einen Glasballon gestürzt und an ihren Schnittwunden verblutet sein. Man habe aber damals in Backnang gemunkelt, es habe sich um Selbstmord aus Verzweiflung gehandelt.<sup>162</sup> Von den Brüdern Oppenheimer war nichts zu erfahren, allerdings soll ein Sohn nach 1945 in Backnang gewesen sein.<sup>163</sup>

### 5.2.5 Wurden die Backnanger Juden protegiert?

Insgesamt weist das Schicksal des Emanuel Feigenheimer – und auch das des Carl Robitschek – in Backnang im Dritten Reich eine Fülle höchst beachtenswerter Elemente auf. Diskriminierungen von seiten der Partei und des Staates kamen bei Feigenheimer durchaus in massiver Weise vor – angefangen von der Entziehung der Lebensmittelkarten bis hin zu Einweisung ins KZ 1945. Aber diese Diskriminierungen kamen immer aus der anonymen Ferne. In Backnang selbst beschränkten sich die Diskriminierungen „nur“ auf Spott und Pöbeleien, die insbesondere von Kindern und Jugendlichen ausgingen. Die Erwachsenen hielten sich in ihrer überwiegenden Mehrheit zurück, ja wirkten sogar unterstützend. Stellenweise fast tragische Züge nimmt Feigenheimers Verhältnis zur örtlichen Partei an. Die Haltung von

<sup>161</sup> Nach Aussage von Frau Groß anlässlich eines Vortrages von Gerhard Fritz über die „Reichskristallnacht“ bei der Katholischen Kirchengemeinde Backnang am 6. 11. 1988 soll Dora Caspary Backnang in der beschriebenen Weise verlassen haben. Nach der Erinnerung von Robert Kreuzmann (Aussage vom 4. 11. 1988) sei Dora Caspary in Backnang verstorben.

<sup>162</sup> Aussage von Robert Kreuzmann am 4. 11. 1988.

<sup>163</sup> Ebd.

# Die Verjudung der höheren Bildung in Württemberg

Von Bürgermeister Dr. A. Rienhardt, Backnang

Die in den beiden letzten Menschenaltern und insbesondere bis zum nationalen Umbruch in Deutschland vor sich gegangene Verjudung des öffentlichen Lebens, und der höheren Bildung im besonderen, ist dem Volksbewußtsein erst im Laufe der nationalen Revolution aufgegangen. Fast im geheimen, ohne Aufhebens, so ganz selbstverständlich waren die Juden Bestandteil des deutschen Volkslebens geworden, und die Allgemeinheit sah in ihrem steigenden Hervortreten und zunehmenden Einfluß insbesondere nicht das Volksfremde. Die sog. „Judenemanzipation“ (Ende der 1860er Jahre), d. h. die bürgerliche Gleichstellung der Juden und ihre Zulassung zu den Staats- und Gemeindeämtern, war der äußere Ansporn, und die günstige wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands nach 1870 die besondere Gelegenheit für die macht-gierige jüdische Jugend, in die akademischen Berufe in Masse einzudringen und in der Folge einzelne akademische Berufszweige geradezu in Besitz zu nehmen.

Die in seltener Toleranz, Rohheit und Gleichgültigkeit den Juden 1860

Abb. 28: Bei der Entnazifizierung wohlweislich verschwiegen: Bürgermeister Dr. Rienhardts Artikel in der Beilage des Stuttgarter NS-Kuriers vom 31. 10. 1938.

Kreisleiter Dirr kann wohl nicht anders gedeutet werden, als daß Dirr seinen Altersgenossen Feigenheimer jahrelang bewußt protegiert hat. Das paßt durchaus mit dem auch ansonsten überlieferten Urteil über Dirr zusammen, dieser sei kein Unmensch gewesen. Daß Dirr verantwortlich für das vergleichsweise moderate Vorgehen gegen die Backnanger Juden war, steht für verschiedene Zeugen fest: *Kreisleiter Alfred Dirr war recht gemäßigt. Es gibt eine ganze Reihe Backnanger Juden, die von Dirr beschützt wurden und so an der Deportation vorbeikamen.*<sup>166</sup>

Da aber Feigenheimer auch nach Dirrs Tod 1941 weiterhin in Backnang ein relativ unbehelligtes Dasein führte, muß man noch weitere prominente heimliche Beschützer Feigenheimers annehmen.

Sicherlich trug auch die „privilegierte Mischehe“ Feigenheimers mit einer „Arierin“ dazu bei, daß Feigenheimer nicht in ein Vernichtungslager kam. Aber die Tätigkeit bei der Stadt Backnang weist doch darauf hin, daß neben Dirr der zweite Gönner Feigenhei-

mers kein anderer als Bürgermeister Dr. Rienhardt war. Ohne dessen Billigung hätte Feigenheimer nie bei der Stadt eingestellt werden können.

Dies ist nun allerdings erstaunlich, denn Rienhardt hatte sich in den Jahren zuvor durchaus keinen Ruf als Judenfreund erworben – im Gegenteil: Am 31. Oktober 1938 erschien in der Beilage „Besondere Beiträge“ des Stuttgarter „NS-Kurier“ ein ausführlicher Artikel Rienhardts über „Die Verjudung der höheren Bildung in Württemberg“. Rienhardt führte darin aus, daß die Juden, gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil, an den Universitäten völlig überrepräsentiert seien und polemisierte heftig gegen diesen Zustand. Für einen württembergischen Bürgermeister war ein derartiger Beitrag keineswegs etwas Normales. Die allermeisten Kollegen Rienhardts haben sich nie in vergleichbarer Weise schriftstellerisch betätigt.

Man tappt über Rienhardts Motive für diesen antisemitischen Aufsatz ebenso im dunkeln wie über die Motive gegenüber Feigenheimer. War da wieder der Opportunist Rienhardt am Werk,

<sup>166</sup> Aussage von Herrn M. am 14. 11. 1992.



Abb. 29: Das Ehepaar Robitschek am 1. Mai 1944 – noch hat alles den Schein der Normalität, ein Dreivierteljahr später hätte Carl Robitschek nach dem Willen der Stuttgarter Nazis ins KZ eingeliefert werden sollen.

der sich einerseits bei den NS-Oberem mit anti-jüdischen Pamphleten einschmeicheln, aber andererseits – mit dem untrüglichen Instinkt für die Zukunft – doch auch ein jüdisches Eisen im Feuer behalten wollte?

In der Tat hat Rienhardt in seinem Entnazifizierungsverfahren auf seine in seinen Augen betont jüdenfreundliche Haltung nachdrücklich hingewiesen:<sup>167</sup> Für seine konkrete Politik in Backnang wird man eine solche nicht einmal bestreiten können. Seinen „Verjudungs“-Artikel erwähnte er in seinem Verfahren vor der Spruchkammer wohlweislich nicht.

An dritter Stelle muß noch der Landrat August Reuß erwähnt werden.<sup>168</sup> Er war nach dem Urteil von Werner Robitschek eindeutig derjenige, der seinen Vater vor der Deportation ins KZ gerettet hat. In der Tat war Reuß von der NSDAP als Hindernis betrachtet worden und wurde im Laufe des Krieges in ein Stuttgarter Ministerium abgeschoben. Von dort aus war er jedoch weiterhin für einige Backnang betreffende Sachgebiete zuständig. Als Mitglied des Ministeriums konnte er seine Maßnahmen für Carl Robitschek durchführen. Nicht zuletzt seine Haltung gegenüber Robitschek und sein gespanntes Verhältnis zur Backnanger NSDAP sorgten schließlich dafür, daß er im Spruchkammerverfahren als „Mitläufer“ eingestuft und damit praktisch entlastet war.

Der stellvertretende Kreisleiter Dr. Stoppel wird nirgendwo als ein Mann erwähnt, der Juden geholfen hätte. Vielmehr wird er im Spruchkammerverfahren als strenger und disziplinierter, ja fanatischer Nazi dargestellt. Deshalb wurde er auch als „Belasteter“ eingestuft und entsprechend bestraft.<sup>169</sup> Stoppel hat für seine Haltung im Dritten Reich schwer bezahlt. Nach Aufenthalt in einem amerikanischen Lager konnte er sich in Backnang nicht mehr halten und ging nach Schwäbisch Hall. Dort hat er als Zahnarzt bis in die 70er Jahre praktiziert. Im übrigen dürfte auch er – zumindest im Falle Robitschek – eher zurückhaltend gewesen sein. Carl Robitschek hatte lange vor dem Jahre 1933 Stoppel bei der Eröffnung seiner Backnanger Zahnarztpraxis geholfen. Außerdem hatte Stoppel bei den Robitscheks zur Miete gewohnt. Wegen dieser alten Verbindungen hat offenbar auch Stoppel von Maßnahmen gegen Robitschek abgesehen.

## 6. Fazit

Wir haben in dem vorstehenden Beitrag die erste größere Darstellung zu Backnang in der NS-Zeit überhaupt geliefert. Der Rahmen einer

<sup>167</sup> StAL EL 902/3, J/1/4410, darin die Verteidigungsschrift Rienhardts vom 3. 12. 1946. Rienhardt hielt dafür, stets ein entschiedener Gegner der Ziele und Mittel der NS-Judenpolitik gewesen zu sein. Er habe als Vorgesetzter der Backnanger Polizei es immer vermieden, diese zu Verfolgungen gegen Personen einzusetzen, die NS-Gesetze gebrochen hätten. Außerdem habe er insbesondere Herrn Robitschek geholfen. Schon seit 1933 habe er sich für die Backnanger Juden eingesetzt, so daß diese die NS-Zeit ohne große Probleme überstanden hätten. Nur ein einziger Jude sei ins KZ gekommen, und dieser – Feigenheimer – sei schließlich auch wieder unversehrt zurückgekehrt. Feigenheimer habe durch ihn auch dreieinviertel Jahre lang als Straßenkehrer bei der Stadt beschäftigt werden können, so daß er während dieser Zeit seine Ruhe gehabt habe.

<sup>168</sup> Vgl. seine Spruchkammerakte StAL EL 902/3, J/4/1/10147.

<sup>169</sup> Ebd., J/75/994.

Maitrise-Arbeit war von vorneherein zu eng, als daß die Backnanger Geschichte von 1933 bis 1945 hätte umfassend behandelt werden können. Deshalb haben wir uns auf die ersten sechs Jahre der NS-Herrschaft beschränkt. Für die Zukunft bleibt also die Aufarbeitung der Jahre 1939 bis 1945 eine wichtige Aufgabe der Stadtgeschichtsforschung; wie erwähnt liegen innerhalb dieses Bereichs für das Kriegsende 1945 bereits einige Untersuchungen vor. Aber auch für die Zeit von 1933 bis 1939 konnte unsere Arbeit nicht mehr sein als ein erstes Kratzen an der Oberfläche. Manche Bereiche mußten ganz ausgespart, andere konnten nur in grober Skizze dargestellt werden.

Es sei auf folgende Themenbereiche hingewiesen, die einer Vertiefung oder überhaupt einer Erstbearbeitung bedürfen: Die Akten des Landeskirchlichen Archivs in Stuttgart ermöglichen es, die Strukturen der Konflikte innerhalb der Evangelischen Kirche Backnangs noch wesentlich genauer zu zeichnen, als wir dies taten. Die Haltung der Katholischen Kirche Backnangs konnte von uns noch nicht einmal ansatzweise angetippt werden. Auch hier ist bei näherer Nachforschung wohl manches zu erwarten.

Im Rahmen der Gleichschaltungspolitik der Nazis verdient die Art und Weise, wie der Backnanger Gemeinderat auf NS-Kurs gebracht wurde, unbedingt eine nähere Behandlung. Die Gemeinderatsprotokolle müßten hier detailliert ausgewertet werden. Wie war die exakte Zusammensetzung des Gemeinderats vor der NS-Zeit? Wie und wann wurde wer ausgeschaltet? Wie funktionierte der Backnanger Gemeinderat nach der Gleichschaltung?

Schließlich ist kaum untersucht, ob und wie es zu Reibereien zwischen der Partei und der Kommunalverwaltung kam. Auch für das Landratsamt wären analoge Betrachtungen anzustellen.

Die Struktur der Backnanger NSDAP, ihre Funktionäre, ihre Gliederungen, ihre Aktivitäten verdienen unbedingt eine genauere Untersuchung. Das „Schwarze Brett“ der NSDAP im „Murrthal-Boten“ liefert für die gesamte NS-Zeit ein hervorragendes und bisher nicht ausgewertetes Material für eine solche Analyse der Backnanger NSDAP. Zahlreiche redaktionelle Beiträge des „Murrthal-Boten“ könnten ebenfalls hierfür herangezogen werden. Für eine exakte Bewertung der einzelnen NS-Funktionäre ste-

hen der Forschung nun seit einigen Jahren auch die von uns nur in wenigen Fällen benutzten Spruchkammerakten zur Verfügung.

Schließlich bleibt eine genaue Aufarbeitung der Geschichte der „Nationalpolitischen Erziehungsanstalt“ in Backnang ein weiteres Desiderat der Forschung. Auch hier dürfte aus dem „Murrthal-Boten“ noch manches herauszuholen sein.

Ein ganz unbeackertes Feld ist auch die Rolle der Backnanger Betriebe. Hier dürfte freilich die Quellenlage am schwierigsten sein, da es sich meist um Privatakten handelt. Über die kriegswichtigen Betriebe dürfte immerhin einiges aus den Akten der Stuttgarter Ministerien zu erfahren sein. Vielleicht bringt die in Arbeit befindliche Dissertation von Petra Bräutigam aus Murrhardt über die Lederindustrie Südwestdeutschlands hier auch für Backnang neue Erkenntnisse.

Schließlich und endlich sei noch darauf hingewiesen, daß die Geschichte der nach Backnang eingemeindeten Orte – angefangen mit Steinbach 1941 bis hin zu den Eingemeindungen der 70er Jahre – in unserer Untersuchung auch noch nicht ansatzweise gestreift wurde, ebenso auch die Geschichte des Oberamts bzw. des Kreises Backnang von 1933 – 1945.

Eine Quellengruppe freilich wird für die Zukunft von Jahr zu Jahr immer weniger vorhanden sein: Die Zeitzeugen. Noch in den 80er Jahren konnte Dr. Fritz viele wichtige Zeugen befragen, die heute längst nicht mehr leben. Er hat mir sein Material zum Glück zur Verfügung gestellt. Ich selbst konnte in der Regel nur noch Personen befragen, die 1933 bis 1939 junge Leute oder gar Kinder waren. Von den politisch interessanten Entscheidungsträgern lebt längst niemand mehr. In der Zukunft werden leider auch jene Zeugen nach und nach sterben, die mir noch nützliche Informationen lieferten. NS-Geschichte wird damit immer weniger zur erlebten Zeitgeschichte und immer mehr zu einer in die Ferne der Vergangenheit zurücksinkenden bloß noch historischen Epoche.

Man sieht auf jeden Fall: Die Arbeit ist mit meiner Untersuchung nicht etwa abgeschlossen, sondern beginnt erst. Vielleicht kann mein Aufsatz als Initialzündung für viele weitere Einzelbeiträge zur Backnanger Geschichte in der NS-Zeit werden.